

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pränumerando
Berechnung: 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfons-Gebühr
Belastet für die hochgehaltene Kolonelle
oder deren Raum 20 Pf., für
politische und gesellschaftliche Verordnungen
und Veranlassungen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ das erste
gedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Stellenangebote und
Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 6 Pf., Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Anzeige für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1953.

Wittwoch, den 13. Oktober 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1954.

Ein „Volksaufhetzer“.

Wenn man den ganzen Jammer des deutschen Liberalismus erfahren will, so braucht man nur nach England zu blicken. Der Kontrast zwischen dem englischen und dem deutschen Liberalismus ist riesengroß. Nicht bloß in der äußerlichen Situation, wo er freilich gerade schneidend genug ist. Der englische Liberalismus stellt zurzeit die weitaus stärkste Partei des Landes vor und hat die Regierungsgewalt in der Hand, während der deutsche Liberalismus einen kleinen Bruchteil der deutschen Wählerschaft und des deutschen Reichstags vorstellt und sehnlich auf die Gelegenheit wartet, wo er von den Junkern und ihrer Regierung wieder als Bedienter in der Regierungsnähe zugelassen wird. Aber weit größer und schärfer noch als dieser Unterschied in der äußerlichen Lage ist jener in der inneren Verfassung. Ein Unterschied wie zwischen einem unternehmungslustigen, seiner Kräfte sicheren und bewußten, mit Zubeisicht und Tatendrang in die Welt blickenden Mann in den besten Jahren und einem resignierten, altersschwachen, des kräftigen Selbstvertrauens entbehrenden Greis. Der englische Liberalismus kämpft um die Herrschaft im Staate, der deutsche schachtet um ein wenig Einfluß.

Besonders deutlich tritt dieser innere Unterschied in einer Situation hervor, die in beiden Ländern ungefähr die gleiche ist. Und diese Gleichheit der Situation ist — zwar nicht gleichzeitig, aber doch nur mit nur kleiner zeitlicher Trennung — vorhanden. In England wird jetzt ein Kampf um eine Reichsfinanzreform ausgefochten, der dem Streite, der in Deutschland vor einiger Zeit geführt wurde, sehr ähnlich ist. Auch in England wehrt sich die Klasse der Großgrundbesitzer gegen eine direkte Steuer, die sie treffen soll. Und gleich den ostelbischen Junkern wehren sich die britischen Landlords weniger um der sehr wenig drückenden Steuer selbst willen, die ihnen auferlegt werden soll, als um der Möglichkeit willen, daß sie später erhöht wird, und weil mit ihrer Einführung eine allgemeine Aufnahme ihres Vermögens notwendig wird. Dieselben Gründe waren ja auch für unsere Grundherren maßgebend, als sie die Erbschaftsteuer zu Fall brachten. Daß der englische Finanzreformplan im übrigen mit dem deutschen nicht auf eine Stufe zu stellen ist, daß er weit mehr direkte, die Besitzenden treffenden Steuern enthält als indirekte, die die Minderbemittelten belasten, ist hier schon mehrfach dargelegt worden. Die deutsche Reichsfinanzreform wollte von vornherein, selbst in ihrer relativ besten Gestalt, vier Fünftel der neuen Steuern den Minderbemittelten auflegen und nur ein mageres Fünftel den Leuten vom Geldsack. Im englischen Budgetplan ist das Verhältnis der Steuern auf Besitz und Armut ungefähr umgekehrt. Der Plan stellt noch lange nicht eine Steuerumverteilung vor, wie sie die Sozialdemokratie fordern muß, aber gegen den Steuerraubzug, den der Schnapsbros am deutschen Volke verbrochen hat, nimmt er sich doch aus wie ein Ausbund von Gerechtigkeit.

Der Widerstand der Landlords gegen die Grundtaxe ist nicht minder erbittert als der unserer ostelbischen Ritter gegen die Erbschaftsteuer. Wenn sie auch im Unterhause, wo die Liberalen die Mehrheit haben, nichts ausrichten können, so haben sie doch ihre feste Position im Oberhause, in der Kammer der geborenen Befehlshaber. Und im Lande suchen sie sich die imperialistische Strömung und die aus dem Kerger in denen sie die Schutzparole in die Waffen werfen wollen. Schon wird im Lande ein Vorkampf ausgefochten. Meeting folgt auf Meeting. Die Landlords haben große Mittel und in den Herren der Hochfinanz, die natürlich auch sehr schnell auf dieses „revolutionäre“ Budget schaut, starke und reiche Verbündete. Die konservative Partei — die Vertretung dieser beiden Schichten — ist sehr rührig. Aber die Liberalen nicht minder. Sie sind aus anderem Stoffe gemacht als die unserer. Sie beschränken sich nicht auf die Verteidigung, sie sind entschlossen und auf der ganzen Linie zum Angriff auf den Feind übergegangen. Und wenn auf dem rechten Flügel auch eine gewisse Neigung zum Vergleich mit dem Gegner ab und an bemerkbar wird — der linke Flügel ist um so kampflustiger und rücksichtsloser. Er führt eine Agitation gegen die Lords in einer Sprache, die in Deutschland der Liberalismus höchstens noch gegen den „roten Umsturz“ findet. Wenn ein deutscher Junker diese Reden liest, so wird er bei seiner mangelnden Kenntnis dessen, was das eigentliche Wesen des Sozialismus ist, darauf schwören, daß sie von knallroten Sozialdemokraten gehalten worden. So „hebersch“ ist Ton und Inhalt dieser liberalen Reden, mit solcher Schärfe gehen sie den Landlords zu Leibe, und mit solcher Rücksichtslosigkeit decken sie den Kontrast zwischen der Lage der Armen und der Reichen auf, mit solcher Respektlosigkeit behandeln sie so „erhabene“ Institutionen wie die der Lords und der Lordkammer. Sie appellieren an die Volkseinstimmungen, sie mühen in bewußtester Weise die sozialen Gegensätze zur Schürung des Volkszorns gegen die Lords, und dabei entfärbt den Rednern manches Wort, das die Liberalen in anderer Situation zu sprechen sich sicherlich zehnmal überlegen würden. Denn diese Worte werden sich einst wider sie selbst kehren,

wenn mehr auf dem Spiele stehen wird als ein Budgetplan und neue Steuern oder auch die Frage, ob die Erbküchen des Volkes oder die Lords das Land regieren; wenn die Liberalen mit ihren jetzigen Feinden, den Konservativen, gegen die Arbeiterklasse kämpfen werden. Und dann werden diese Worte in Munde der Sozialisten den Massen als Beweise erscheinen, daß selbst die Liberalen die Schäden dieser Gesellschaftsordnung nicht leugnen können, daß sie selbst sie zugegeben haben. So ist die Rede, die der Schatzkanzler, der Minister Lloyd George am Sonnabend in Newcastle hielt, eine solche, die an sogenannter „Volksverbeugung“, d. h. an treffender Charakterisierung der jetzigen Zustände, der Privilegien der Besitzenden und des Lofes der Armut nichts zu wünschen übrig läßt. Jeder Sozialdemokrat wird diese Rede mit Nutzen lesen und aus ihr eine Reihe wichtiger Zugeständnisse an seine Beurteilung der heutigen Ordnung zusammenstellen können. Nach den Londoner „Daily News“ hat der Minister etwa ausgeführt:

Welches sei der Hauptanwand, der gegen das Budget erhoben werde? Der, daß es einen Angriff auf die Industrie und das Eigentum darstelle. Er glaube aber nachweisen zu können, daß weder das eine noch das andere der Fall sei. Es sei doch merkwürdig, daß, seitdem der Angriff im Unterhause begann, der Handel sich gehoben habe. Die Industrien, die noch im vorigen Jahre mit Verlust arbeiteten, fingen an, wieder mit Nutzen zu produzieren. Die Ausfuhr und Einfuhr seien in den letzten Monaten um Millionen in die Höhe gegangen. Die industriellen Geldanlagen seien wieder mäßigend geworden, selbst die Bauverträge seien gestiegen. Der einzige Artikel, in dem eine Waage eintrat, seien die Perzöge. Jüngst habe ein besonders kostspieliger Herzog eine Rede gehalten, und die Tagespresse sagte: Ist dieser Herzog wert, daß wir an ihn jährlich fünf Millionen Mark bezahlen? Gerade so viel, wie ein paar Dreadnoughts kosten. Dabei sind diese ein ebenso großer Schaden und dauern länger. Solange die Perzöge damit zufrieden waren, Idole zu sein und das vornehme Stillleben zu bewahren, welches ihrem Rang und ihrer Intelligenz wohl anstand, ging alles gut. Aber dann kam das Budget, und sie stiegen von ihren Sigen herab, weil dieses von der Vergoldung ihrer Staatsstücke etwas fornahm. Zwei Klassen seien es, die gegen das Budget eingenommen seien, die einen, die eine vollständige Aenderung in dem fiskalischen System des Landes verlangten und die Rohstoffe zu besteuern wollten, die andere, die mächtigere Klasse, aber seien die Großgrundbesitzer. Was haben Sie dagegen einzuwenden. Würde doch die Steuer in diesem Jahre nur 13 Millionen betragen haben. Woher denn also all der Kerger? Daher, daß diese Steuern wachsen würden. Der Reichtum würde besser verteilt werden und die Arbeiter würden bessere Heimstätten verlangen. Sie verlangen keine Paläste, seien aber der Lächer überdrüssig. Wenn sich diese fruchtbringenden Ideen erfüllten, würde mehr Land erforderlich sein und mehr Steuern würden bezahlt werden. 20 Proz. mehr. Aber der Hauptanwand der Landherren sei der, daß das Budget Einschätzungsverschlüsse enthalte. Die staatliche Einschätzung würde zum ersten Male eine unparteiische Feststellung des Wertes des Landes zur Folge haben und diese könne man den Landherren entgegenhalten, wenn sie exorbitante Mieten und Preise für ihre Güter verlangten. Dagegen bezahlten die Landherren nicht einen Pfennig zu den schweren wachsenden Steuern ihres Distriktes.

Er frage jeden vernünftigen Menschen, ob es unter diesen Verhältnissen eine Ungerechtigkeit sei, solche Leute zu besteuern. Wenn der Staat Geld brauche, Geld für die Verteidigung des Landes, für Pensionen, für alte Leute, die ihr ganzes Leben damit zugebracht haben, den Boden zu bearbeiten, Bergwerke anzulegen und ihr Leben nach allen Richtungen hin zu wagen! Man werde diese Vorlage dem Oberhause zugehen lassen. Alle Steuern oder keine! Und man werde sehen, was die Lords tun werden. (Großer Beifall.) Das Oberhaus möge eine Revolution decretieren, aber das Volk werde sie leiten. Das sei eine Angelegenheit, die vielmehr das Oberhaus angehe als die Liberalen. Die unverantwortlichen und leichtfertigen Mitglieder des Oberhauses wünschten die Bill zu verworfen. Aber diese Absicht hinge vom Wetter ab. Die Lords seien Schwärmermatrosen und auf Lord Lansdowne mit seinem alten kranken Schiff und seiner mütterlichen Besatzung sei kein Verlaß. Das Schicksal des Budgets würde in erster Linie vom Lande abhängen. Wenn etwas in der britischen Verfassung feststehe, so sei es das, daß das Haus der Gemeinen die Kontrolle über die Finanzen habe. Was die Väter durch die Jahrhunderte im Kampfe und unter Blutergüssen erworben hätten, würde die Gegenwart nicht aufgeben. Wenn eine Revolution von den Lords hervorgerufen würde, so würde unter anderem die Frage entstehen, warum fünfhundert Männer, die zufällig und aus den Beschäftigungslosen gewählt seien, das wohlverwogene Urteil von Millionen Menschen aus dem Volke über den Haufen werfen dürfen, die arbeiten und die den Wohlstand des Landes begründen? Wer sei dafür verantwortlich, wenn ein Mann, der sein Leben lang schwer gearbeitet und am Ende seiner Tage vom Staate 65 Pf. pro Tag fordere, diese nur durch eine Revolution erlangen könne, während ein anderer Mann, der sein Leben lang nichts getan, an einem Tage mehr erhalte als sein armer Nachbar während des ganzen Jahres? Diese Fragen und Antworten schlossen große Gefahren ein. Denn die finsternen Wege, die die Menge durch die Jahrhunderte mit geschlossenen Lippen gewandelt seien, öffneten sich jetzt gegen das Licht.

So sprach der englische Finanzminister! Der „Volksverbecker“, wie ihn unsere Junker nennen werden. Wenn zwei sich streiten, so hat der Dritte Grund, sich zu freuen. Der Dritte ist in diesem Falle das Proletariat. Die Saat, die Lloyd George aussäet, mag zunächst liberale Frucht bringen, aber es ist kein Zweifel, daß sie schließlich die Ernte des Sozialismus reifen lassen muß. Denn die Konsequenzen der Ausführungen, die der Minister gemacht hat, müssen den Arbeitern aufstoßen und wenn sie sich gewöhnt haben, die

Dinge unter diesem Gesichtspunkte zu betrachten, so ist es sicher, daß sie vor den Geldschränken der industriellen Unternehmer einst die Augen nicht niederzuschlagen werden.

Zum Wahlkampf.

Der Einigungs-kandidat.

Im Landtagswahlbezirk Berlin VII hat der Berliner Stadtverordnete Goldschmidt, der endlich gesandene Freisinnsmann, mit dem man alle bürgerlichen Wähler zu befriedigen hofft, vor dem Liberalen Bezirksverein Friedrichshagen das „Programm“ entwickelt, das er als der Kaiserlorene der „vereinigten bürgerlichen Parteien“ braucht. Der „Vorwärts“ habe, sagte er, den Weg gemacht, daß dem für Berlin VII zu suchenden Einigungskandidaten wie einem mit ganz besonderen Eigenschaften ausgestatteten politischen Wandertier entgegenzugesehen werden müsse. Goldschmidt bemühte sich, den Nachweis zu erbringen, daß er in der Tat dieses „Wandertier“ sei. Den Standpunkt, von dem aus er als durchfallbereiter Kandidat des „vereinigten Bürgerturns“ den Kampf führen will, präziserte er kurz und bündig dahin: „Eine Eigenschaft haben wir alle: wir wollen keinen Sozialdemokraten, darin sind wir alle einig“. Er gewiß, darin sind sie alle einig! Das deckt sich so ziemlich mit dem „Programm“ des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die Einigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie war das einzige, worüber Herr Goldschmidt sich unzweideutig ausdrückte. Dagegen war in seinen Ausführungen nichts zu hören von einer klaren Stellungnahme zu den großen, für die Geschichte Preussens bedeutungsvollen Fragen, über die im Landtage entschieden werden soll. Das darf man aber auch nicht verlangen von einem Manne, der vor einem Wählermischmasch hintreten will. So ein „Einigungskandidat“ muß das „Rädchen aus der Fremde“ spielen, das „jedem eine Gabe“ ansteilt; nur darf dabei niemand merken, daß er keine etwas Rechtes gibt. Eben darin bestehen ja die besonderen Eigenschaften, die das „Wandertier“ haben muß. Daß Herr Goldschmidt sie hat, zeigte auch seine Stellungnahme zur Wahrfreistfrage. Der „Vorwärts“ habe ihn und seiner Partei den Vortritt gemacht, daß in einem auch von ihm unterzeichneten Aufruf nicht in bestimmter Form das Reichstagswahlrecht für Preussens Landtag gefordert worden sei. Wenn das, wofür da der Freisinn „agitiert“ wollte, nämlich die Beseitigung des Dreiklassen-systems, der öffentlichen Abstammung und der veralteten Wahlkreiseinteilung, erreicht werden könnte, dann werde, so tröstete der „Einigungs-kandidat“, vom preussischen Landtagswahlrecht nicht mehr viel übrig bleiben. Doch auch jetzt fiel es ihm nicht ein, ohne Umschweife die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preussen zu fordern. Er machte den Vorbehalt, daß das jetzt nicht Durchzuliegende für „später“ anzustreben sei. Na, ja! Mit dieser weisen Bescheidung stößt man keinen vor den Kopf, nicht die Freunde einer ernstlichen Wahlrechtsreform und auch nicht ihre Gegner, so denkt sich's wenigstens der „Einigungs-kandidat“. In der Sprache des Freisinn heißt es: nur das Erreichbare fordern. Herr Goldschmidt hat als Stadtverordneter für Berlin oft genug sich noch deutlicher für diese Politik des „Erreichbaren“ ausgesprochen und sich auch praktisch in ihr betätigt. Hier hat er besonders gegenüber dem Ruf der Sozialdemokraten nach mehr Arbeiterfürsorge das Verfahren befolgt, nicht Größeres zu verlangen, als die freisinnige Mehrheit „erreichen“ lassen wollte. Dieser Schwärmer für das „Erreichbare“ will nur beglücklich seiner persönlichen Wünsche sich nicht dieselbe Beschränkung auferlegen; er „fordert“ das dem Freisinn Unerreichbare, den „Sieg“ in Berlin VII.

Seinen Zuhörern stellte er sich als ein Arbeiterkandidat vor. Diesen Rat hatte er, obwohl alle Welt weiß, daß er nur der zarten Rücksichtnahme des Freisinn auf die Hausbesitzer seine Kandidatur verdankt. Landtagskandidaten des Berliner Freisinn haben zu allererst mit dem Hausagrarierturn zu rechnen, nicht mit der werktätigen Bevölkerung, den Arbeitern, den Keinen Gewerbe- und Handelsreisenden, den Beamten und Lehrern. Darüber, was Herr Goldschmidt im Landtag, wenn er hineinkläme, für das Hausagrarierturn tun möchte, machte er nur die kurze Bemerkung, auch die Hausbesitzerinteressen seien „abgewogen zu berücksichtigen“. Sehr gut gesagt, dieses „abgewogen“! Dabei können die Wähler jeder Bevölkerungsschicht denken, was jede einzelne sich wünscht. Wähler aus der werktätigen Bevölkerung werden vielleicht der Hoffnung sich hingeben, daß dieser Freisinnsmann dem Hausagrarierturn nicht mehr werde zuzwingen wollen, als sich mit den Interessen der Gesamtbevölkerung verträgt. Die Hausbesitzer aber dürfen darauf vertrauen, daß der „Einigungs-kandidat“, den sie der Wählerschaft aufzwingen, bereit ist, ihnen die Schale zu füllen, bis ihre Forderungen aufgewogen sind. Vor Wählern aller Bevölkerungsschichten trägt ein freisinniger „Einigungs-kandidat“ solche Herzensneigungen nicht gern zur Schau. Lieber schließt er sich mit seinen Bärtlichkeitsbeweisen in das verschwiegene Kämmerlein eines Grundbesitzervereinsvorstandes. „Wenn wir nachher alleine sind, dann wird sich alles finden.“

Zur Wahlbewegung in Baden.

Die Koalition des Zentrums mit den Konservativen ist in Baden jetzt soweit gediehen, daß das Zentrum in nicht weniger denn 14 Kreisen die konservativen Kandidaten gleich im ersten Wahlgang unterstützen wird, während das vor vier Jahren nur in einem einzigen Kreise der Fall war. Allerdings hat das Zentrum bei der Stichwahl in vier Kreisen seine Kandidaturen damals nicht mehr aufrecht erhalten,

sondern ist für die Konserbativen und Bauernbündler eingetreten, denen es auf diese Weise vier Mandate zuguschanden vermochte. Nach dem babilischen Wahlgang kommt, wenn im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, jeder, der mindestens 15 Proz. Stimmen auf sich vereinigt, in die Stichwahl. Das Zentrum befürchtet nun offenbar, daß bei der herrschenden Stimmung die Konserbativen wenig Aussicht haben, die vorgeschriebenen 15 Proz. zu erreichen und seine Stichwahlhilfe daher zu spät kommen dürfte. Der Verzicht des Zentrums auf eigene Kandidaten in diesen Kreisen entspringt also der Sorge, die Konserbativen könnten für die Stichwahl ausfallen.

Im Kreise Wiesloch-Bruchsal, wo bei der letzten Wahl der Zentrumskandidat Freiherr v. Mentingen mit 78 Proz. der abgegebenen Stimmen siegte, propagieren unzufriedene Zentrumsanhänger mit geheimer und offener nationalliberaler Hilfe die Kandidatur des Bürgermeisters Gillenbrand von Kronau, der verspricht, im Falle seiner Wahl sich keiner Fraktion anzuschließen. Nun, er wird sicherlich nicht in die Lage kommen, sich über seine Fraktionsstellung im Landtag entscheiden zu müssen. Dafür ist die Organisation des Zentrums zu fest gefügt, wie ein ähnlicher Vorgang vor vier Jahren gezeigt hat. Im Kreise Tauberhofsheim wollte damals der bisherige Zentrumsvertreter, Professor Köhler, sich von dem Benefiziaten Dr. Schifer nicht verdrängen lassen. Der offizielle Zentrumskandidat aber wurde mit 89 Proz. aller abgegebenen Stimmen gewählt. Jetzt ist die Lage des Zentrums allerdings viel schlechter, und da im Wieslocher Kreise starke Tabakindustrie vorhanden ist, so wird die schwarze Partei sicherlich einen erheblichen Stimmenrückgang erleiden. Aber das dürfte viel mehr der Sozialdemokratie zugute kommen als dem „wildem“ Zentrumskandidaten.

In Karlsruhe hat das Zentrum gleichfalls auf die Aufstellung eigener Kandidaten verzichtet und unterstützt die von Mittelparteilern aufgestellten Kandidaten. In dem westlichen Wahlkreis haben aber bereits drei Herren, die als Kandidaten aufgestellt wurden, abgelehnt, weil sie gemerkt hatten, daß hinter der ganzen Mittelstandsbevægung die Drahtzieher des Zentrums standen. Jetzt glauben sie in dem Bureauassistenten der Eisenbahner-Krankenkasse, B. Keller, einen geeigneten Durchfallskandidaten gefunden zu haben. Die Stadt Karlsruhe stellt vier Abgeordnete, die Sozialdemokratie hatte zwei Mandate, die Nationalliberalen und die Freisinnigen hatten je ein Mandat inne. Die Mittelständler werden auch mit Zentrumshilfe keine Geschäfte machen. Die Zeiten sind vorbei.

Die klerikale Rachejustiz in Spanien.

Die spanische Regierung setzt unbestimmt um den Einpruch der Gebildeten aller Nationen ihren Nachfeldzug im Dienste des spanischen Marsch fort. Die Ueberführung Ferrers nach der bei Barcelona gelegenen Bergfestung Montjuich ist in der Montagnacht erfolgt. Der Gefängniswärter sagte ihm, der Richter wolle ihn sprechen. Ferrer warf sich schnell in seine Kleider, weil er glaubte, es handle sich um eine Betrugung, und zog in der Eile nicht einmal Strümpfe an, da er erwartete, rasch wieder in seine Zelle zurückgebracht zu werden. Aber als er die Treppe zum gewöhnlichen Verhörszimmer hinaufgehen wollte, hielt ihn der Wärter an und sagte ihm, heute ginge der Weg zum Sitzungslokal. Sie kamen an eine Gittertür, die zum Hofe führte. Auf diesem stand ein Wagen, der von Warden umringt war. Ferrer begriff, daß er fortgebracht werden sollte; er erblickte und blieb stehen. Der Hauptmann des Wächterdienstes näherte sich ihm und sagte beruhigend: „Wir wollen Sie nur in ein anderes Gefängnis bringen.“ Ferrer sagte sich und erwiderte: „Wie ist alles gleich.“ Mit Handschellen gefesselt wurde er durch die Straßen eskortiert, auf denen Militärpatrouillen den Wächterdienst versehen. Montag vormittag sandte der Direktor das Ferrer gehörige Geld nach Montjuich. Es wird erzählt, daß Ferrer Sonnabend früh um acht Uhr, nach anderen schon Mittwoch abend, erschossen werden soll.

Nach der Mitteilung der „Daily News“ bestand der Kriegsgerichtshof, der Ferrer verurteilte, aus dem Präsidenten Obersten Lacale, sechs Kapitänen als Beisitzer und einem Weisiger-Stellvertreter. Die öffentliche Anklage wurde von Kapitän Morales vertreten. Zeugen wurden, wie das beim Kriegsgericht üblich ist, nicht vernommen.

Noch die Regierung begnügt sich nicht, Ferrer dem Rachedurst des spanischen Volkstums zu opfern; sie hat nach russischem Rezept auch den Offizier, den Ferrer sich als Verteidiger vor dem Kriegsgericht erwählt hatte und der seinen Klienten mit Geschick und Eifer verteidigt haben soll, verhaften lassen — allem Anschein nach, weil dieser Verteidiger, der Geniehauptmann Colceran, sich öffentlich mißbilligend über das gegen Ferrer besorgte Gerichtsverfahren geäußert hat. Darin wird von der herrschenden klerikalen Clique eine Ueberschreitung der Verleumdungsrechte erblickt.

In verschiedenen Städten Frankreichs und Italiens fanden vorgestern und gestern Demonstrationen gegen die Verurteilung Ferrers statt. In Paris hatte die sozialdemokratische Parteileitung der Seine zum Montagabend eine große Volksversammlung einberufen. Sembat und Jaurès referierten. Jaurès sagte:

„Wir wissen nicht, ob unser Einpruch noch etwas helfen kann. Der Mann, den wir retten wollen, ist vielleicht schon unter den Augen gefoltert. Unserer Verwahrung wird indessen vielleicht dazu beitragen, neue Verbrechen zu verhüten, die zu begehen man sich vorbereitet. Zwischen den freiwillig geminteten Franzosen und den Opfern von Barcelona besteht eine Gemeinbürgerschaft. Was die spanische Regierung in Ferrer treffen will, das ist der Geist der Aufklärung, der von der anderen Seite der Pyrenäen in Spanien eindringt. Die französische Regierung ist es, die, indem sie uns in das marokkanische Abenteuer stürzte, die Kolonialbegehrlichkeit Spaniens wachrief und den Brand von Barcelona entzündete.“

Rom, 12. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute nachmittag fand hier eine Versammlung statt, die Protest gegen die Verurteilung Ferrers einlegte. Die Versammlung wies eine imposante Beteiligung auf. Circa 30 000 Personen nahmen an dieser Kundgebung teil. Es herrschte allgemeine Arbeitsruhe; selbst die Droschken und Straßenbahnen waren außer Betrieb. Außer sozialistischen und republikanischen Rednern sprach der Universitätsprofessor Sergi. Der „Avanti“ veranstaltete eine Extraausgabe für Ferrer. Militär war in ungeheurer Menge aufgezogen. Die spanische Gesandtschaft stand unter Kavalleriebewachung. Erste Zwischenfälle sind nicht vorgekommen, doch fanden zahlreiche Verhaftungen statt.

Paris, 12. Oktober. Die der „Agence Havas“ über Ferrer gemeldet wird, soll Ferrer, falls nicht ein Gegenbefehl erteilt, am Mittwochabend erschossen werden.

Paris, 12. Oktober. In der Kasse, daß im Prozeß Ferrer die Zeugnisaussagen und die Erklärungen Ferrers vor dem Antrage des Staatsanwalts nach den Protokollen der Voruntersuchung einfach verlesen wurden, meldet die „Agence Havas“ aus Madrid, daß dieses Verfahren gesetzmäßig ist und in allen dem Prozeß Ferrer gleichen Fällen beobachtet wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Oktober 1909.

Zur Reichstagswahl in Koburg.

Der Ausfall der Reichstagswahl in Koburg hat in den liberalen und konserbativen Kreisen blasses Entsetzen hervorgerufen. Noch bis in die letzten Tage verkündete die nationalliberale Presse, daß die Chancen für ihren Kandidaten im Koburger Wahlkreis ausgezeichnet ständen — und nun dieses Resultat! Ist doch die Gesamtstimmzahl des nationalliberalen und freisinnigen Kandidaten, die sich bei den Spottwahlen des Jahres 1907 auf 8565 stellte, auf 6501, also um mehr als 2000 Stimmen gefallen, während zugleich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 4306 auf 6185, um fast 1900 stieg. Das ist ein Erfolg der Sozialdemokratie, den selbst die Besimisten im liberalen Lager nicht erwartet hatten. Darüber, wodurch dieses für die bürgerlichen Parteien so ungünstige Resultat hervorgerufen ist, sind sich allerdings die liberalen Blätter nicht einig.

Die konserbative Presse schiebt der „mahlosen Hege“ der Liberalen gegen die Reichsfinanzreform die Schuld zu. Wie bei der Erziehung in Stollberg-Schneeberg schreibt auch jetzt wieder die „Deutsche Tagesztg.“:

„Von dieser Verheerung profitiert, wie wir schon oft gesagt haben und wie auch hier wieder bewiesen wird, lediglich die am weitesten linksstehende, die radikalste Partei. Wenn die Liberalen ihre verheerende Tätigkeit auch jetzt noch weiter fortsetzen und dagegen nichts getan wird, dann werden wir in Halle und in Landsberg dasselbe erleben, wie jetzt in Koburg und in Stollberg-Schneeberg.“

Die „Post“ hält den Liberalen vor, daß ihre Hege gegen die Reichsfinanzreform sie selbst am meisten schädigen müsse. Das Blatt stellt die Parteien an: „Es ist wahrhaftig hohe Zeit, daß die bürgerlichen Parteien sich auf sich selbst und ihre vaterländische Gesinnung wieder besinnen und sich zur gemeinsamen Abwehr gegen die sozialdemokratische Hochstuf vereinigen.“

Dagegen meint die „Post“:

„Das Wahlergebnis vom Sonntag ist bedeutungsvoll für die Stimmung der Wähler im Lande: Die Haltung des Zentrums und der Konserbativen bei der Reichssteuererhöhung hat den Sozialdemokraten wieder Scharen von Wählern zugeführt, die, ohne der sozialdemokratischen Partei sich zuzurechnen, durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels am kräftigsten ihrem Unmut Ausdruck geben zu können glauben.“

In einem Punkt sind sich jedoch die Blätter aller im Koburger Wahlkreis in Betracht kommenden bürgerlichen Parteien einig: darin, daß nun der gesamte Ordnungsbrei bei der Stichwahl für den nationalliberalen Kandidaten eintreten muß. Sie alle, von der „Kreuz-Ztg.“ bis zur „Post“, fordern, daß jetzt der Gader zwischen den bürgerlichen Parteien schweigt, damit bei der Stichwahl nicht das Koburger Mandat in unsere Hände fällt. Die „Post“ erklärt: „Pflicht der bürgerlichen Wähler ist es, alles daran zu setzen, daß diese Hoffnung vernichtet wird. Von den freisinnigen Wählern besonders darf und muß erwartet werden, daß sie in der Stichwahl Mann für Mann für den nationalliberalen Kandidaten Dr. Duard stimmen.“ Und selbst die „Post“ meint pathetisch: „Es ist Ehrensache aller bürgerlichen Wähler, dafür zu sorgen, daß bei der Stichwahl dieser Vorsprung nicht verloren wird und damit auch dieser Wahlkreis an die Sozialdemokraten übergeht, insbesondere von den linksliberalen Wählern, deren Kandidat bei der Stichwahl ausfällt.“

Es ist sicher, daß die sogen. Ordnungsparteien nach diesem Rezept handeln und sich bei der Stichwahl zu gemeinsamem Kampf gegen unsere Partei zusammenfinden werden. Um so energischer muß von uns die Gegenagitation betrieben werden. Es gilt die kurze Zeit bis zum Stichwahltermin möglichst auszunutzen. Der Wahlkreis Koburg muß erobert werden. Die Chancen sind günstig. Der Steuerraubzug hat den Massen die Augen über das Wesen der kapitalistischen Parteien geöffnet. Die Agitation fällt auf guten Boden.

Zur Reichstagswahl in Halle.

Der Termin für die Reichstagswahl in Halle ist nun endgültig festgesetzt worden und zwar auf den 26. November. Der eigentliche Wahlkampf wird also noch ungefähr sechs Wochen dauern. Die Gegner werden zweifellos alles aufbieten, um die Wähler zu ihren Gunsten zu bearbeiten, aber auch die sozialdemokratische Partei wird es an Agitationsarbeit nicht fehlen lassen.

Zu guter Letzt hat man nun auch noch eine zweite bürgerliche Kandidatur aufgestellt, nämlich eine Sonderkandidatur der Handwerker. In einer Versammlung, die am letzten Sonntag stattfand, wurde von den Handwerkern, die mit der Kandidatur Reimann nicht einverstanden sind, der Klempnermeister Karl Zwick in Halle zum Kandidaten nominiert. Man will offenbar auf eine Stichwahl hinwirken und in den Tagen zwischen Hauptwahl und engerer Wahl dem „nationalen“ Kandidaten Reimann Zugeständnisse in Handwerkerfragen entgegenbringen.

Der „Vorwärts“ hatte unlängst gemeldet, daß sich ein Vertreter des Bundes der technischen Angestellten für die Kandidatur Reimann ausgesprochen habe. Hierzu wird uns von der Ortsgruppe Halle des Bundes der technischen Industriellen Beamten mitgeteilt, daß dieser Bund jener Mitteilung auf das entschiedenste widersprechen müsse. Der genannte Verband schließt nach seinen Satzungen parteipolitische Bestrebungen vollständig aus, so daß das Eintreten eines Vertreters des Bundes für einen bestimmten Kandidaten mit den Statuten in Widerspruch gestanden haben würde.

Nationalliberale Bescheidenheit.

Nachdem der Altona-Block durch den Schnapsblock abgelöst worden, schien es als selbstverständlich, daß aus der neuen Mehrheit auch das neue Reichstagspräsidium gebildet werde. Mancher freute sich schon auf das Trifolium Stolberg-Spahn-Pattmann. Inzwischen haben aber konserbative Blätter durchblicken lassen, daß die konserbative Fraktion die Nationalliberalen nicht gern vom Präsidium ausschließen möchte. In den Kreisen, in denen man auf politisches Ehrgefühl hält, betrachtete man es als selbstverständlich, daß die Nationalliberalen den Sitz des dritten Vizepräsidenten zurückweisen würden; in nationalliberalen Kreisen jedoch ist man anderer Meinung. Dem „Hamburger Korrespondent“ wird von nationalliberaler Seite in bezug auf die Präsidentenfrage geschrieben: Es sei nicht gut einzusehen, warum die Nationalliberalen das Ansehen, die dritte Präsidentenstelle einzunehmen, mit Unterstützung von sich weisen möchten:

„Der Opposition angehörend und sich an der Leitung der Reichstagsgeschäfte beteiligend, ist durchaus kein Widerspruch. Wir haben eben nicht das parlamentarische Regime, das alle Plätze durch die Mehrheit besetzen läßt. Das englische Schema paßt nicht auf uns. Unser System ist weit komplizierter. Eine Präsidialstelle sichert der Partei, die sie inne hat, immerhin eine gewisse Einflußsphäre. Und wenn man überhaupt mitarbeiten will, so sollte man sich keinen Vorteil entgehen lassen; der durchaus nicht zu einem Opfer der Ueberzeugung verpflichtet. Die rein negative Opposition um der Opposition willen, die sich freiwillig ihres Einflusses beraubt, ist unpolitisch. Man darf sich durch Anwendung eines falschen Schemas nicht zu Konstruktionen drängen lassen, die geistreich und verzerrt erscheinen mögen, aber sachlich unhaltbar sind.“

Die ehemaligen freisinnigen Blockgenossen der Nationalliberalen sind also wieder in ihrer Verschätzung der Nationalliberalen enttäuscht worden. Die Herren Nationalliberalen werden nicht so „unpolitisch“ sein, auch nicht geistreich genug, um das falsche oppositionelle Schema zur Anwendung zu bringen, wenn der Kampf um den bisher freisinnig besetzten, dritten Vizepräsidentenposten entbrennt; sie werden ruhig nehmen, was ihnen von den Konserbativen als Gnadenbrocken zugesprochen wird und vielleicht gar darin noch das Unterpfand für künftige neue Blockbündnisse mit den Junkern sehen.

Vertrauensvotum für Oriola!

Der nationalliberale Abgeordnete Graf Oriola, der seiner Haltung zur Erbschaftsteuer wegen aus der nationalliberalen Reichstagsfraktion ausgeschieden mußte, hat am Sonntag in seinem Kreise in einer Versammlung eine zweistündige Rede gehalten. Die Versammlung sprach ihm einmütig ihr Vertrauen aus!

Die Hehl zu Herrnsheim und Oriola dürften denen um Wasser- und Mann noch schwer zu schaffen machen.

Rechtspflege in Ostpreußen.

Wieder ist ein ostpreussischer Gutbesitzer, der seinen Landarbeiter erschlagen hat, von bürgerlichen Geschworenen, die zum Teil selbst Gutbesitzer sind, freigesprochen worden. Es handelt sich um folgenden Vorfall:

Der Justizmann Tonkel, der beim Gutbesitzer Stoll bei Geldenburg tätig war, hatte im Winter zu wenig Deputat erhalten. Seit 10 Jahren alter Sohn wollte seinen Vater hierfür Schadlos halten, indem er dem Gutbesitzer 4 Kilogramm Gerste wegnahm. Der Inspektor Gnach forderte den jungen Menschen auf, die Gerste zurückzugeben. Dieser sagte aber zu dem Inspektor: „Wenn Sie betrügen, so kann ich stehen.“ Darauf erhielt der junge Mann von Gnach eine Ohrfeige. Das bemerkte sein Vater, der nun auf den Inspektor losgehen wollte, von diesem aber einige Stockhiebe erhielt. Dem holte der Inspektor den Gutbesitzer Stoll. Beide bewaffneten sich mit ihren eigenen Stöcken und gingen zum Stoll, wo ihnen der alte Tonkel mit einer Forke entgegenkam. Stoll schlug dem Justizmann die Forke aus der Hand und veretzte ihm mit dem eigenen Knüttel einige wichtige Stiche über den Kopf. Tonkel verließ blutend den Stall und starb nach drei Stunden.

Trotzdem von Retzweir keine Rede sein kann — der Staatsanwalt selbst ist nicht dieser Ansicht gewesen —, da er Anklage gegen den Gutbesitzer und Inspektor erhoben hatte, wurde der Gutbesitzer vom Schwurgericht in Allenstein freigesprochen und nur der Inspektor wurde zu sechs Monaten Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Von der Strafe wurden ihm drei Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Gutbesitzer wurde gar nicht verhaftet.

Zentrumsmanier.

Bei den reichstädtischen Bezirkswahlen geriet in Bergbieten im Kanton Wassenstein ein Anhänger der Liberalen mit einem Anhänger des Zentrums in Wortwechsel. Der Liberale wurde von seinem Gegner zu Boden geworfen und starb an den Folgen dieses Sturzes! Der Täter ist verhaftet.

Das Zentrum übt auf seine Leute einen sehr „erziehlischen“ Einfluß aus.

Reichsbank-Schneid.

Vor einigen Tagen wurde in einer Verhandlung vor einem Disziplinargericht festgestellt, daß man bei der Reichsbank Wert darauf legt, daß die Beamten Reserveoffiziere sind. Jetzt wird ein neuer Streich des Reichsbankpräsidiums bekannt: Die Bankbeamten beabsichtigen einen Vertretertag abzuhalten, der in Dresden stattfinden und sich mit der im Ausschitt stehenden Gehaltsaufbesserung befassen sollte. Das Präsidium der Reichsbank hat nun an die Beamten der Reichsbank eine Warnung ergehen lassen, sich an diesem Vertretertag zu beteiligen, weil dort Angriffe auf die Reichsbehörden ausgesprochen werden — könnten!

Herr Hovenstein, der neue Präsident der Reichsbank, scheint ein Meister des Terrorismus zu sein.

Sie wollen ihren Schnaps trinken.

Auf Erteilung der Schnapskonzession sagte vor dem Bezirksauswahl in Arnberg der Vorstand des Evangelischen Vereinshauses in Halle (Westfalen). Der Kläger führte in der Verhandlung u. a. aus:

Aufgabe der evangelischen Vereinshäuser sei es in erster Linie, ihren Besuchern heimliche Räume zu schaffen, um die Leute den Gefahren der gewöhnlichen Wirtschaften zu entziehen. Nun aber wollten die noch sehr rüchständigen Arbeiter, die aus dem Osten kämen, kein Bier und auch kein Wasser trinken. Sie sagten stets, diese Getränke könnten sie nicht vertragen; immer verlangten sie Schnaps und ihre Frauen einen süßen Likör. Erhalte man das Gemüthsbedürfnis nicht im Arbeiterverein, so gehe man, selbst in den Pausen der Vorträge, in die Nachbarschaft, und so werde die Fürsorge der Vereinshäuser für diese Leute bereitet. Nach den Versammlungen aber ströme erst recht alles in die Wirtschaften, in denen es Schnaps gebe, und dort hätten dann die Volksverführer und Agitatoren gewonnenes Spiel. Es liege also im vaterländischen Interesse, wenn der evangelischen Vereinshäuser der Ausschluß von Schnaps und Likören gestattet werde.

Die Klage hatte denn auch den gewünschten Erfolg. Dem Evangelischen Vereinshaus wurde der Schnapsauschank gestattet. Dieses Verlangen des christlichen Vereinshauses ist sehr bemerkenswert in einer Zeit, da die Sozialdemokratie den Schnapsbojkott erklärt hat. Die Junker aber werden den Segen der

Christlichen Bestimmung preisen, die dafür sorgt, daß ihr Schnaps getrunken und ihnen also die Liebesgabe erhalten wird, um die sie, wie die von uns erwähnte Versammlung der Brauereibrenner vom 12. Februar im Rheingold zu Berlin beweist, schon vor dem Beschluß des Brauereibrennerkongresses lebhaft angeht.

Die Krise in der Tabakindustrie.

In Mannheim legen nunmehr die durch die Tabaksteuer verursachten Arbeiterentlassungen mit aller Macht ein. Am Freitag wurden im dortigen Bezirk nicht weniger als 1800 Mann entlassen. — Es ist eine unabweisbare Notwendigkeit, sofort nach Eröffnung des Reichstags von der Regierung ausreichende Mittel zur Linderung der Not zu verlangen.

Ein Reinfall.

Die Dortmund-Zentrumsleitung, die für eine große Versammlung im „Freischütz“ bei Schwerte schon wochenlang Klama gemacht hat, erlebte ein niederschmetterndes Fiasko. Zwei Drittel der Zuhörer waren Sozialdemokraten. Die Versammlung begann mit einem Kampfe um die Redefreiheit und schließlich wurde zum größten Scherz der Versammlungsleitung erreicht, daß jeder Diskussionsredner eine halbe Stunde Redezeit erhielt.

Der Reichstagsabgeordnete Herold versuchte die bekannten Zentrumsbedenken, die selbst die frommen Gemüter der katholischen Arbeiter zum Aufwallen gebracht haben, zu beschönigen. Unter Genosse Max König hielt aber schlagend Abrechnung mit den Zentrumsverächtern.

Die Ausführungen Königs lösten Lambert Venjing, den Verleger und Besitzer des bekannten Dortmund-Zentrumsblattes „Armonia“, aus dem Bau. In unerhört provokatorischer Weise zog er gegen unsere Partei los, und zum Schluß brachte er eine Resolution ein, die der Zentrumsfraktion das Vertrauen der Versammlung aussprach! Der biedere Venjing wollte sofort — ohne jede Debatte und mitten in der Diskussion — über die Resolution abstimmen lassen, und zwar sollten nur die Zentrumsleute stimmberechtigt sein! Trotz lebhaften Protestes wurde denn auch über die Resolution abgestimmt, sie wurde aber abgelehnt. Von unserer Seite war inzwischen eine Gegenresolution eingebracht worden, in der das Vorgehen des Zentrums scharf verurteilt und eine gerechtere Verteilung der öffentlichen Kosten gefordert wird. Es war nicht möglich, eine Abstimmung über diese Resolution herbeizuführen. Ein ungeheurer, minutenlanges Lärm brach aus, in dessen Verlauf sich Venjing die gemäßigten Schimpferer zu schulden kommen ließ. Mit heiserer Stimme schrie er: Vagabunden geben wir nicht das Wort!

Schließlich verließen unsere Genossen mit einem brausenden Goh auf die Sozialdemokratie und unter dem Gesange der Arbeitermarschallise das Versammlungsgelände.

Was die Steuerzahler alles tragen müssen.

In der Marine sind in den letzten Wochen wieder bedenkliche Personalveränderungen vorgenommen worden. Von den Admirälen z. B. blieben nur der Staatssekretär v. Tirpitz und der Chef der Disposition v. Prillwitz in ihren Stellungen. Alle anderen Admiräle haben jüngeren Nachfolgern Platz machen müssen! Die verläutet, soll diese rapide Verjüngung des Offizierskorps der Marine noch nicht zum Abschluß gelangt sein.

Auch hier sind wieder Männer in vollster Mäßigkeit ausgespart worden. Die Kosten tragen ja die Steuerzahler. Fortgesetzt fabuliert man von „Sparfamkeit“ und in einem Zuge wird der Pensionsetat um Hunderttausende in die Höhe geschraubt! Von einer wirklichen Sparfamkeit im Reiche wird solange keine Rede sein können, als man nicht bei der Arme und bei der Marine zu sparen anfängt.

Die Neutralität der christlichen Gewerkschaften.

Das vom Abgeordneten Dr. Pieper, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, an die Zentrumsvertrauensleute gerichtete Rundschreiben, von dem der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsnummer berichtet hat, enthält eine Stelle, die der nachträglichen Hervorhebung wert ist. Es heißt da nämlich:

„Sodann ist eine große Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, zu der solche Arbeiter einzuladen sind, die auf dem Boden der Zentrumspartei stehen und in den Arbeitervereinen, den christlichen Gewerkschaften, im Volksverein und in der Zentrumspartei in hervorragendem Maße tätig sind. Diese Vertrauensmännerversammlung hat die nachfolgende große Arbeiterversammlung in allen Teilen gut vorzubereiten“ usw.

Die christlichen Gewerkschaften tun bekanntlich sehr entzückt, wenn man sie als Zentrumsgewerkschaften bezeichnet. Wie zutreffend diese Bezeichnung ist, beweist das Rundschreiben des Zentrumsabgeordneten Dr. Pieper, der die christlichen Gewerkschaftsführer als ganz selbstverständlich in den Dienst eines Unternehmens stellt, das weiter nichts ist als eine politische Aktion des Zentrums.

Von der Mosel

wird uns geschrieben:

Bei der Reichstagswahl im Kreise Adenau-Rohem-Geil, die im vergangenen Frühjahr stattfand, fiel eine unerwartet hohe Zahl von Stimmen auf den Genossen Dr. David, der gar nicht einmal von unserer Partei, die von einer Wahlbeteiligung abzusehen beschloffen hatte, sondern von einer Anzahl Liberaler in den vorliegenden evangelischen Orten Trarbach-Trarbach-Enkirch usw. aufgestellt worden war. Die Unzufriedenheit mit manchen Bestimmungen des Wahlgesetzes, die damals noch drohende Gefahr der Weinsteuere hatte die Winger jener Gegenden mobil gemacht und wenn auch die von ihnen aufgestellte Kandidatur David zunächst nur einer augenblicklichen Verärgerung entsprang, so hatte sie doch das Gute, daß sie die Aufmerksamkeit der dortigen Bevölkerung auf die Sozialdemokratie lenkte und weiteren Kreisen auch die Scheu vor unserer Partei benahm, denn schließlich konnte eine Partei, aus deren Reihen ein Kandidat den Wängern des Moseltales empfohlen wurde und zwar von Leuten von tadelloser nationaler Gesinnung empfohlen wurde, doch nicht das Schreckgespenst sein, als das man uns bisher immer hingestellt liebt. Nach der Wahl gelang es dann dem Agitationsmittler für die obere Rheinprovinz, in Trarbach ein Lokal für eine Versammlung — das erste Mal in dem weiten Gebiete zwischen Trier und Koblenz — zu erhalten, in der die Genossen Gofrichter und Gariels (Köln) den zahlreich anwesenden Moselbewohnern mal etwas anderes über die Sozialdemokratie erzählten, als sie bisher durch das Kreisblattchen und den Herrn Parzer gehört hatten. Und am vorigen Sonntag gelang es, dort zum zweiten Male eine Versammlung abzuhalten, diesmal in einem der größten Säle der Stadt, die denn auch von mindestens 500 Personen besucht war. Diesmal war den beiden Zeitungen der guten Stadt Trarbach-Trarbach, dem liberalen wie der ultramontanen, die vorher die Versammlungsangelegenheiten aufgenommen hatten, das Herz bereits in die Hosen gefallen; sie verweigerten jetzt die Aufnahme der Versammlungsangelegenheiten; die würdigen Vertreter der öffentlichen Meinung fürchteten den Vorn des Herrn Landrats und des Herrn Parzers. Indessen ging es auch ohne die Trarbach-Trarbacher „Publizität“, wie das baldige Tausend Versammlungsbesucher bewies, unter denen sich solche befanden, die fündenweit von den Bergen der Mosel herbeigezogen waren. Der Vortrag des Genossen Dr. Erdmann-Köln über die Sozialdemokratie und ihre Gegner und die sich daran anschließenden anfeuernden Worte des Genossen Gofrichter zum

Anschluß an die Sozialdemokratie fanden ungeteilte Aufmerksamkeit und reichen Beifall, und als die Versammlung auseinanderging, erhielten die beiden Redner von manchen der Anwesenden die Aufforderung, bald wieder zu kommen, es sei an der Zeit, daß auch an der Mosel etwas mehr Licht und Bewegung hincombe. Der Anfang dazu ist gemacht und soweit es auf uns ankommt, werden wir dafür sorgen, daß es Tag und Nacht in dieser Gegend, wo bisher das Zentrum ungehört seine irreführende Tätigkeit ausüben durfte.

Aus einer kleinen Gemeinde.

Aus Mülheim wird uns geschrieben: Die Gemeinde Hotten im Kreise Mülheim (Ruhr) besitzt eine 448 Morgen große Weidefläche, an welcher 151 Bürgerstellen seit mehreren Menschenaltern hindurch ein Nutzungsrecht ausgeübt haben. Durch die Industrialisierung der Umgegend ist die Gemeindebevölkerung nicht nur erheblich gewachsen, sondern auch ihre Belastung, was die Gemeindevertretung beranlaßt, auf Abfindung des Weiderechts der 151 „Festungsbürger“ zu dringen, um den Grundbesitz, der als Bruchland unrentabel liegt, zu kapitalisieren. Nun beantragten aber die 151 Bevorrechtigten das Eigentumsrecht an der Weide, indem sie geltend machten, daß ihren Vorfahren der Komplex von einem Grafen Soundis „geschenkt“ sei. Dagegen wandte sich die Gemeindevertretung und bot den Leuten als Abfindungssumme die Zinsen von 1000 M. auf die Dauer von 25 Jahren. Hiermit waren aber die Festungsbürger nicht einverstanden. Sie klagten deshalb im Verwaltungsstreitverfahren auf Anerkennung ihres Eigentumsrechts, wurden aber mit ihrer Klage abgewiesen. Bevor nun der Zivilkollegat beschränkt wurde, hatte der Bürgermeister mit den Weideneigentümern ein Arrangement dahin getroffen, daß jeder der 151 den Betrag von 2000 Mark erhalten und dann notariell sich aller Rechte entäußern solle. Diese Abmachung wurde der Gemeindevertretung unterbreitet und durch das Mitsimmen von sechs Weideneberechtigten zu deren Gunsten entschieden, obgleich von 20 Gemeinderatsmitgliedern neun einen Verbotungsantrag gestellt hatten. Weshalb beim Landrat wurde kurzerhand zurückgewiesen! In der nächsten Sitzung wurde dann auch gleich der Verkauf von 800 Morgen zum Preise von 400 000 M. an die „Gutehoffnungshütte“ beschlossen, ein Preis (rund 1890 M. pro Morgen), der in Anbetracht der Industrialisierung der Umgegend viel zu niedrig ist. Das der Landbesitzer.

Nun besagt aber § 65 der Rheinischen Landgemeindeordnung: „Wer bei einer Angelegenheit ein von den Interessen der Gemeinde verschiedenes Interesse hat, darf an der Beratung keinen Teil nehmen. Kann wegen persönlicher Beteiligung der Mitglieder eine beschlußfähige Versammlung nicht gehalten werden, so beschließt der Kreisrat auf Antrag des Gemeindevorstandes oder der einzelner Gemeindeglieder ist.“ Daß diese Bestimmung der Rheinischen Landgemeindeordnung auf vorstehenden Fall Anwendung findet, bedarf wohl keiner besonderen Betonung. Und da es nun an einer anderen Stelle der Landgemeindeordnung heißt: „Gemeinderatsbeschlüsse, an denen Gemeindeglieder mitwirkend teilgenommen haben, die ein von dem Interesse der Gemeinde verschiedenes eigenes Interesse an der Angelegenheit haben, sind ungültig“, so hätte der Landrat der Beschlüsse ohne weiteres statgeben müssen. Und dennoch wurde die Beschwerde zurückgewiesen! Wie war das möglich? Darüber ein Urteil zu fällen, wollen wir uns mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch verjagen. Die notwendig das Einbringen unserer Genossen in die Kommunalverwaltungen ist, zeigt jedenfalls der Fall aufs deutlichste.

Ein Ausweisung- und Naturalisationskuriosum.

Ein seit langen Jahren in Preußen anlässiger Russe F. hatte beim Regierungspräsidenten in Posen die Naturalisation beantragt und sie nach Zahlung von 50 M. auch erhalten. Nach einiger Zeit erhielt er jedoch zu seinem Erstaunen einen Ausweisungsbefehl, die Naturalisationsurkunde wurde ihm dabei abgenommen mit dem Vermerk, sie sei ihm aus Versehen von einem niederen Polizeibeamten ausgehändigt worden. Er erhob Klage beim Bezirksauschuss, der nun die Ausweisungsbefehlsurkunde auf die Urkunde rechtskräftig sei. Trotzdem legte der Regierungspräsident gegen die Aufhebung Berufung ein. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte jedoch die Verfügung des Bezirksauschusses. Es erklärte die Urkunde für rechtskräftig und den Russen für naturalisiert.

Ausweisung eines Cafetiers.

Kürzlich ging die Mitteilung durch die Presse, daß in Rattow in Obererschlesien ein Caféhäusbesitzer österreichischer Nationalität ausgewiesen worden sei, weil er die Gewerbeordnung dadurch übertreten habe, daß er einer Wuffeldante den ihr zukommenden Ruhetag nicht gewährt habe.

Wir konnten der Sache, soweit wenigstens, als die Gründe der Ausweisung in Betracht kommen, nicht recht Glauben schenken. Was? Der preussische Staat sollte einen Mann ausweisen, der nichts getan, als eine Angestellte um ihren Ruhetag gebittet?

Nach unseren Erkundigungen, die wir in Rattow angestellt, scheinen in der Tat ganz andere Gründe vorgelegen zu haben. Der betreffende Cafetier hatte wohl recht häufig auf dem Gewerbegericht zu tun, jedoch, weil ihn ein Wuffeldantlein verklagt hatte. Dabei soll er nun mit dem antretenden Richter einen starken Zusammenstoß gehabt haben, wobei ihm dieser in schroffer Weise sein Ausländertum in Erinnerung gebracht haben soll. Genaueres konnte aber auch unser Genährsmann nicht erfahren, soviel aber scheint sicher, daß der Cafetier bei den Rattow'schen Behörden nach und nach sich unliebsam gemacht hat, so daß er schließlich als „lästig“ empfunden wurde.

Wir haben wohl kaum nötig zu betonen, daß wir die Ausweisung eines ausländischen Unternehmers aus dem anfangs bezeichneten Grunde durchaus nicht billigen würden. Der Staat hat genug weit weniger rigorose Mittel in der Hand, die Unternehmer zur Innehaltung der Arbeitergesetzbestimmungen zu zwingen; die von ihm beliebten allerdings wirken im allgemeinen mehr wie ein Anreiz zur Gesehumsgehung.

Militärische Erziehung.

Vor dem Oberkriegsgericht in Köln standen fünf Soldaten vom Küstlerregiment Graf Selter. Sie waren vom Kriegsgericht wegen fortgesetzter schwerer Mißhandlung und Würgung von Rekruten zu Strafen von 7, 6 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten hatten gewohnheitsmäßig die Rekruten nachts aus den Betten „kommandiert“ und sie mit allen erdenklichen Gegenständen schwer mißhandelt. Zu ihrer Entschuldigung führten die Soldaten an, es sei Usus, daß der jüngere Jahrgang von dem älteren Hiebe bekomme! Ihnen sei es auch so ergangen! In einem Falle wurde festgestellt, daß der Unteroffizier Gähren schwere Mißhandlungen mitangehört hat, ohne einzuschreiten! Ein Unteroffizier verweigerte die Aussage auf die Frage, ob er den alten Leuten gefogt habe: Die Lust in der Baracke 4 sei „rein“, sie könnten dort „Stubendienst“ tun (d. h. die Rekruten „erziehen“). Das Oberkriegsgericht verwarf die Berufung.

Die Hauptschuldigen aber, die anstiftenden Unteroffiziere, gehen frei aus. . .

Schweiz.

Die Agrarier und das Getreidemonopol.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Der Bauernsekretär Dr. Lurz hat eine „Studie“ über die Einführung eines schweizerischen Getreide- und Mehlmonopols und die Landwirtschaft veröffentlicht, in der er zu dem Schluß kommt, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung der Neueinführung von Monopolen nicht günstig gesinnt sei und nur schwerwiegende Gründe sie zur Freundin eines Getreidemonopols machen könne. Solche Gründe erblickt der Bauernsekretär in der Bedeutung des Monopols für die Konsumenten (Sicherung der Brotverforgung), in der Besserstellung der Landwirtschaft durch das Monopol und in der Erhaltung der Mälzerei. Natürlich ist für die Stellungnahme des Bauernsekretärs zugunsten des Monopols nur der Nutzen derselben für die Landwirtschaft maßgebend, denn die Konsumenten sind ihm wie dem erstbesten Kapitalisten nur Mittel zum Zweck der Profitmacherei. Unter den Bedingungen für die Zustimmung zum Monopol figurieren folgende: der Anbau und Verkauf inländischen Getreides soll durch das Monopol nicht eingeschränkt werden; die Monopolverwaltung soll inländisches Getreide zu einem den inländischen Produktionskosten entsprechenden Preise kaufen, der natürlich einen beträchtlichen Profit sichert; der Ankauf bei den Bauern, die Reinigung und Lagerung des inländischen Getreides soll landwirtschaftlichen Getreidelagergenossenschaften auf dem Konzessionswege übertragen und diese — der Woll als Gärtner — sollen durch Kredite, Beiträge an die Gründungskosten und sachmännischen Rat unterstützt werden; die Landwirtschaft ist durch gesetzliche Bestimmungen vor Ueberzahlung der Futtermehle usw. zu schützen; die Einfuhr von Futtermehl und -Getreide soll durch das Monopol keine Einschränkung erfahren; der Landwirtschaft sind genügende Weiden zur Verfügung zu stellen und das Weiden inländischer Weidfrucht, die nicht von der Monopolverwaltung gekauft wird, ist vollständig freizugeben; die Entstehung landwirtschaftlicher Genossenschaftsmöhlen ist durch Kredite, Subventionen und Beirat zu unterstützen.

Da nur die größeren und großen Bauern Getreide haben und über den eigenen Bedarf hinaus verkaufen können, so würde nach den Forderungen des Bauernsekretärs Dr. Lurz das Getreide- und Mehlmonopol nichts anderes sein, als eine neue Verreicherungsquelle der Agrarier auf Kosten der Konsumenten. Was hier gefordert wird, geht noch über das seinerzeitige Monopolprojekt des deutschen Grafen Kautz hinaus und beweist, daß die schweizerischen Agrarier punkto Abgebrühtheit den deutschen Agrariern nicht nachstehen. Ein Monopol nach den Vorschlägen des schweizerischen Bauernsekretärs würde nichts anderes bedeuten, als die staatliche Organisation des Brotwuchers und dafür bedanken sich die Konsumenten.

England.

Lohn und Arbeitszeit.

London, 11. Oktober. (Eig. Ber.) Die Arbeitsabteilung des Handelsministeriums veröffentlichte gestern den Jahresbericht über die Veränderungen in Lohn und Arbeitszeit in den letzten Jahren. Der Bericht umfaßt eine Arbeiterzahl von 10 Millionen Personen. In den 12 Jahren von 1896 bis 1907, für die ausführliche Angaben vorhanden sind, stellten sich die Lohnänderungen wie folgt pro Woche:

Periode der steigenden Löhne	Periode der fallenden Löhne
(in Pfund Sterling)	(in Pfund Sterling)
1896 + 26 519	1901 — 76 557
1897 + 81 507	1902 — 73 595
1898 + 80 713	1903 — 88 827
1899 + 90 814	1904 — 89 230
1900 + 208 580	1905 — 2 159
	1906 + 57 897
	1907 + 200 912

Das Jahr 1908 zeigt wieder fallende Löhne. Die Lohnabnahme wird fürs ganze Jahr auf 873 800 Pfund Sterling geschätzt.

Während des ersten Halbjahres 1909 sind die Löhne weiter gefallen. Die Abnahme der Löhne pro Woche betrug 67 744 Pfund Sterling.

Im Jahre 1908 wurden 28 500 Arbeiter von Veränderungen in der Arbeitszeit betroffen: 23 000 Arbeiter erhielten eine Herabsetzung der Arbeitsstunden. Das Nettoergebnis dieser Veränderungen war eine Herabsetzung der Arbeitszeit um 88 440 Stunden pro Woche.

In den ersten 6 Monaten des Jahres 1909 erhielten 18 600 Arbeiter eine Herabsetzung der Arbeitszeit um 46 296 Stunden pro Woche, während 221 Arbeiter ihre Arbeitszeit um 883 Stunden pro Woche verlängern mußten.

Türkei.

Kämpfe in Albanien.

Saloniki, 12. Oktober. Auf dem Wege von Berat nach Jozel wurde eine Kompanie türkischer Soldaten von Albanern aus der Ortschaft Rodowje aus dem Hinterhalte angegriffen. Die Truppen hatten Mühe, sich der Angreifer zu erwehren; ein Offizier wurde verwundet. Daraufhin wurden Truppen mit Geschützen nach Rodowje geschickt, die die Ortschaft bombardierten und sieben befestigte Auslässe zerstörten und eine Anzahl Gefangene machten, die nach Jozel gebracht wurden.

Serbien.

Einberufung der Stupitschina.

Man schreibt uns aus Belgrad: Die serbische Volksvertretung ist für den 14. Oktober einberufen. Sie hat eine Reihe wichtiger Gesetzesprojekte zu erledigen. Der charakteristische Zug der meisten dieser Gesetze ist das Streben, die Militärmacht des Landes über die Kräfte des Volkes hinaus zu erhöhen.

Die Arbeiterklasse ist zu einer entschlossenen Opposition bereit. Sie selbst hat das größte Interesse an der bevorstehenden Session, weil sich unter den neuen Gesetzen ein Projekt der Gewerbeordnung nach Art des deutschen Gesetzes befindet. Die Bestimmungen dieser Vorlage sind von der größten Bedeutung für die Interessen der Arbeiter, Kinder und Frauen. Mit ihm soll der Grundstein für die Arbeitergesetzgebung in Serbien gelegt werden.

Dagegen interessiert die Regierung am meisten eine neue Staatsanleihe, weil sie in der vorjährigen politischen Krise für Militärkredite mehr ausgegeben hat, als Mittel vorhanden waren. Die Regierung verlangt von Pariser Banken 150 Millionen Frank unter denselben Bedingungen wie die früheren Anleihen, aber sie findet dafür kein günstiges Entgegenkommen. In den nächsten Tagen wird die Frage entschieden. Die Sozialdemokratie entsetzt in der Stupitschina und im Lande eine tüchtige Agitation gegen den militärischen Wahnsinn und gegen die neue Verschuldung des Volkes.

Marokko.

Ein neuer Angriff.

Melilla, 12. Oktober. Gestern nachmittag eröffnete der Feind ein Feuer gegen Venon de la Gomera. Die spanische Artillerie erwiderte das Feuer. Der Feind, der starke Verluste hatte, zog sich nach zweiflüchtigem Kampfe wieder zurück.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Maßregelung von Vertrauensleuten in der A. E. G.

Der Direktion der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist es äußerst unangenehm, daß sich die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter gewerkchaftlich organisieren. Noch unangenehmer ist es ihr aber, daß auch die Hilfsarbeiter (Packer, Lager-, Hof- und Transportarbeiter) diese Notwendigkeit ebenfalls erkennen und sich bis auf wenige Ausnahmen ihrer Berufsorganisation angeschlossen haben. Um den festen Zusammenschluß der Arbeiter möglichst zu verhindern, hat die Direktion in letzter Zeit recht oft zu sonderbaren Mitteln ihre Zuflucht genommen. Wiederholt sind aber geschickt eingeleitete Manöver, mit denen die Direktion die Arbeiter zu einzeln zu fangen zu können glaubte, von letzterer ebenso geschickt abgelehnt worden. Als eines solcher Mittel sollte auch sicher dienen, daß eine Reihe von Vorarbeiterstellen geschaffen, und ferner, daß eine ganze Anzahl von Stundenlohnarbeitern zu Wochenlöhnern umgewandelt wurden usw. Nachdem später die Direktion einsah, daß durch diese Neueinrichtung der Einigkeit der Arbeiter kein Abbruch getan werden konnte, wurden die Vorarbeiterstellen plötzlich wieder fassiert und ein Teil der Wochenlöhner wieder in Stundenlöhner zurückverwandelt.

Da alle bisherigen Experimente nichts nützten, so hat die Direktion der A. E. G., Brunnenstraße, jetzt eine neue Methode erfunden, von der sie erhofft, die Arbeiterorganisation auszutrocknen zu können, und zwar durch plötzliche Entlassungen von Vertrauensleuten.

Da sie die Auspionierung der Vertrauensleute nicht selbst betreiben kann, so bedient sie sich hierzu ihrer Beamtenschaft. Dem Wunsche der Direktion folgend, treten namentlich zwei Beamte äußerst rigoros auf. Diese beiden haben es fertig bekommen, im Laufe von drei Wochen drei Vertrauensleute zur Strecke zu bringen, und zwar Leute, die bereits auf eine 4-, 5- und 14jährige Arbeitstätigkeit im Betriebe zurückblicken können. Bei einem der Entlassenen wurde als Entlassungsgrund Arbeitsmangel angegeben, bei einem anderen, daß man nicht mehr mit ihm arbeiten will, und beim dritten, er hätte sich etwas zu schulden kommen lassen.

Die Hilfsarbeiterschaft der A. E. G., Brunnenstraße, nahm leithin in einer gutbesuchten Versammlung zu diesem Vorgehen Stellung und stimmte nach längerer Diskussion einer Resolution zu, in der die Arbeiter erklärten, sich auch durch den neu unternommenen Versuch in der Ausübung des Koalitionsrechtes nicht beirren zu lassen. Man verurteilte das rigorose Vorgehen der betreffenden Herren auf das entschiedenste. Die Versammelten gaben der Erwartung Ausdruck, daß auch diese Herren bald einsehen lernen, daß ihr Beginnen ein Kampf gegen Windmühlensflügel bedeutet.

Wachtung, Pauer! Der Bau Bismarck-, Schiller- und Weimarer Straße-Ecke, Charlottenburg, ist bis auf weiteres für Pauer gesperrt.

Der hier in Frage kommenden Gesellschaft (Terrast-Industrie) sind die Berliner Pauer nicht genehm. Sie hat 18 Pauer aus Prag kommen lassen. Da dieselben sich der Gesellschaft nicht fügen, sind Differenzen ausgebrochen und haben sämtliche Pauer die Arbeit eingestellt. Es wird ersucht, den genannten Bau strengstens zu meiden. Der Sektionsvorstand.

Die Lohnbewegung der Isolierer.

Der Tarifvertrag der Isolierer Berlins und Umgegend läuft am 1. November ab. Der Verband hatte den Vertrag am 1. Oktober gekündigt und trat mit der Organisation der Unternehmer in Unterhandlungen, um Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Im Vordergrund steht die Lohnfrage; der Stundenlohn, der jetzt als Mindestlohn 65 Pf. beträgt, soll um 5 Pf. erhöht werden. Da die Akkordarbeit vielfach eingeführt worden ist, so verlangen die Arbeiter jetzt, daß der Mindestlohn auch bei Akkordarbeiten garantiert werde. Damit wären die Unternehmer zuerst nicht einverstanden. In einer Versammlung der Isolierer, die am Montagabend bei Freiheit in der Dragonerstraße stattfand, berichtete H. Lange über die bisherigen Verhandlungen und verlas ein Schreiben der Unternehmer an den Verband. Der Grundstein, Nr. 41, hatte eine Notiz gebracht, nach welcher der Arbeitgeberverband für das Isolierergewerbe in Berlin mitgeteilt habe, daß er zu den vom Verband angebotenen Verhandlungen nur dann bereit sei, wenn die Forderung auf einen garantierten Mindestlohn fallen gelassen werde. Darauf schrieb der Arbeitgeberverband am 9. Oktober an den Verband der Isolierer das Folgende: „Wir lesen soeben in „Grundstein“ die Behauptung, daß unterdessen ein garantierter Mindestlohn abgelehnt worden sei. Dazu teilen wir Ihnen zur Richtschnur mit, daß wir nur ablehnen, bei Akkordarbeit den bisherigen Stundenlohn zu garantieren. Ueber einen wirklichen Mindestlohn zu verhandeln, sind wir dagegen nicht abgeneigt. Hochachtungsvoll Arbeitgeberverband usw. E. Brandt.“

Dies Schreiben war den Versammelten nicht klar genug, denn der verlangte Mindestlohn beträgt 70 Pf. pro Stunde und der bisherige Stundenlohn war 65 Pf. Man könnte aus der Berücksichtigung entnehmen, daß die Unternehmer über 70 Pf. als Mindestlohn verhandeln wollen, falls nicht irgend ein Sachding gegen die Arbeiter beabsichtigt ist. Es wurde der Verdacht laut, daß es den Unternehmern darauf ankomme, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Jedenfalls wollten die Versammelten keinen Zweifel darüber lassen, wie sie die Angelegenheit betrachteten und nahmen eine Resolution an, nach welcher sie ihre Kommissarien zu weiteren Verhandlungen ermächtigen auf der Grundlage, daß 70 Pf. als Mindestlohn gelten; zugleich erwarten sie eine Antwort der Unternehmer binnen einer Woche. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Situation für die Arbeiter nicht ungünstig sei und daß viel darauf ankomme, ob sie die genügende Festigkeit in ihren Entschlüssen zeigen.

Kontrollkarte, Einkassierer und Kassenboten!

Die Branchenleitung der Einkassierer und Kassenboten sah sich im vorigen Monat genötigt, eine neue grüne Kontrollkarte herauszugeben. Man hatte in Erfahrung gebracht, daß auf Grund verschiedener Manipulationen einige unfaubere Elemente in den Besitz der alten braunen Karte gelangt waren. Nachdem nun unsere neue grüne Karte im Umlauf ist, stellt die Versicherungsgesellschaft „Victoria“ den im Betriebe befindlichen „Gelben“ auch eine grüne Legitimationskarte aus.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die vom „Deutschen Transportarbeiterverband“ herausgegebene Karte eine „dunkelgrüne“ Farbe hat und monatlich abgestempelt sein muß mit dem Vermerk:

„Kontrolliert. Die Sektionsleitung.“

Man lasse sich nicht täuschen! Des weiteren teilen wir in bezug auf die vielen an uns gerichteten Anfragen mit, daß die Einkassierer der „Friedrich-Wilhelm“, „Duna“, „Wilhelma“ usw. zum größten Teil nicht organisiert sind.

Auch die Kassierer der Nähmaschinenfirmen „Singer Co.“, „Semke“, „Wittner“, „Arieg“ usw. stehen der Organisation noch fern.

Die Kreditgeschäfte „Damitt“, „Bindo“, „Wachsmann u. Co.“, „Glonau“, „Alle Tage anders“ usw. bilden auch keine Organisation. Die Branchenleitung der Einkassierer und Kassenboten.

N. A.: Friedr. Ludow, Nr. 97, Fehrbelliner Str. 3.

Das Tarifvertragsverhältnis in der Parfettbodenbranche, das durch die wirtschaftliche Krise eine keineswegs ordnungsmäßige

Lösung gefunden hat, soll jetzt wieder hergestellt werden. Obwohl dasselbe nur von einer Firma gekündigt worden ist, der Tarif also für die anderen Arbeitgeber von rechtswegen heute noch Geltung hat, hält sich fast keine der Firmen mehr an den Tarif. Das Bestreben der Arbeitgeber, die Arbeiten geringer als zu Tariflöhnen zu entlohnen, ist durch die Arbeiter bedauerlicherweise dadurch sehr begünstigt worden, daß diese während des wirtschaftlich ungünstigen Geschäftsganges nicht fest zur Organisation gehalten haben. Inzwischen haben sich aber die Parfettbodenleger fast vollständig wieder der Organisation angeschlossen. Auch die Unternehmer haben eine Konvention geschlossen, der aber noch ein erheblicher Teil der Arbeitgeber fernsteht. Der gegenwärtige Zustand im Gewerbe hat sich zweifellos für beide Teile, für Arbeitgeber und Arbeiter, als sehr nachteilig erwiesen. Hinzukommt noch, daß die Arbeitgeber ein Vorgehen der inzwischen erstarkten Arbeiterorganisation befürchten müssen. So kam denn auch bei ihnen das Bestreben, den Frieden zu sichern und bessere Verhältnisse im Gewerbe wieder herbeizuführen, zur Geltung. Auf ihren Wunsch fanden am 5. d. M. Unterhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Organisationen statt, über die sich in einer am Montag in Bökers Festsaal tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung der Parfettbodenleger berichtete. Von den Arbeitern ist die sofortige Wiederherstellung des alten Tarifverhältnisses gefordert worden. Die Unternehmer wollen erst vom 1. April 1910 ab die alten Tarifsätze zahlen. Bis dahin sollen folgende Löhne gezahlt werden: Bis 20 Stäbe auf den Quadratmeter 70 Pf., 21 bis 40 Stäbe 80 Pf., 41 bis 55 Stäbe 90 Pf. und 56 und mehr Stäbe 1,05 M. Die alten Tarifsätze betragen 0,90 M., 1.— M., 1,10 M. und 1,25 M. Nach zweistündigen Unterhandlungen waren die Arbeitgeber bereit, den Grundpreis von 70 auf 75 Pf. festzusetzen. Da die Arbeitervertreter nach dem letzten Versammlungsbeschluss am alten Tarif festhalten wollten, hat die Arbeitgeber aber weitere Zugeständnisse nicht machen wollen, hatte die Arbeiterseite selbst zu entscheiden, was nun zu geschehen habe. Nach langer Debatte nahm man folgende Resolution an:

Die heutige Versammlung der Parfettbodenleger Berlins nimmt Kenntnis von den Verhandlungen der Kommission mit den Unternehmern. Sie hält das Angebot der Unternehmer für zu gering und ersucht die Kommission dahin zu wirken, daß eine höhere Grundtarge festgelegt wird und die Uebergangsfrist bis zum 1. Januar 1910 genügt, um den alten Tarif wieder einzuführen. Der Wochenlohn ist im Tarif für Freitag festzulegen; sämtliche bis dahin fertiggestellten Arbeiten sind am Sonnabend zu bezahlen. Die Kommission soll beauftragt sein, in diesem Sinne noch weiter mit den Unternehmern zu verhandeln.

Deutsches Reich.

Die Differenzen in der Baufabrikerie von Ernst Mäke in Solingen sind zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Die Firma hat sich bereit erklärt, bei auswärtigen Arbeiten die üblichen Montagegelde und die Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeiten zu zahlen.

400 sächsische Arbeiter in Mainz protestierten entrüstet gegen die Verschleppung ihrer Eingabe wegen Lohnerböschung durch die Bürgermeisterei.

Eine Resolution fordert unverzüglich Regelung der seit zwei Jahren unerledigten berechtigten Forderungen der sächsischen Arbeiter.

Friede in Hanau?

Die unter Leitung des Oberbürgermeisters Gebehus von Vertretern der Zentral- und Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes und Vertretern der Vereinigung der deutschen Edelmetallindustriellen und des Arbeitsverbandes Hanau dieser Vereinigung über die Arbeiterbewegung in der Hanauer Gold- und Silberwarenindustrie begonnenen Verhandlungen wurden nach der „Frankfurter Zig.“ am Montag beendet, und zwar kam es zu einer Einigung. Zur Arbeitseinstellung wird es danach nicht kommen.

In der sächsischen Stein- und Schamottefabrik zu Laufitz bei Leipzig ist wegen Lohnreduzierung ein Streik ausgebrochen.

Die Firma behauptet, diese Lohnreduzierung sei „notwendig“ gewesen, um die Arbeiter zu zwingen, in den Abendstunden (hauptsächlich von 6—7 Uhr) intensiver zu arbeiten! Verhandlungen lehnt die Firma ab, weil sie angeblich schon auswärts andere Arbeiter für sich gewonnen hätte. Da die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowieso nicht gerade rosig sind, sondern viel zu wünschen übrig lassen, so erlauben wir alle arbeitserfreundlichen Blätter um sofortigen Nachdruck dieser Notiz. Zugang ist streng fernzuhalten. Fabrikarbeiterverband. Gau 2 Dresden.

Ausland.

Streik französischer Textilarbeiter.

Aus Lille wird berichtet: Die verschiedenen Verbände der Textilarbeiter haben gestern in einer neuen Versammlung den Generalausschuss beschlossen. Dieser wurde gestern bereits teilweise durchgeschickt. Nur in wenigen Fabriken wird noch gearbeitet. Es kam zu keinem Zwischenfall. Ein Streikomitee ist gebildet worden. Die gesamte Garnison von Lille ist überflüssigermesse zusammengezogen worden. 200 Gendarmen sind aus dem Departement Pas de Calais eingetroffen. Der Arbeiterführer Stouhonz ist wegen angeblich aufreizender Reden in Haft genommen worden.

Versammlungen.

Die Arbeiter der Englischen Gasanstalten erhoben in einer am Montag abgehaltenen Versammlung Protest gegen eine Reihe von Mißständen, die in letzter Zeit in den Betrieben der Englischen Gaswerke (J. E. G. A.) eingetreten sind.

Besonders wurde geklagt über die Beeinträchtigung der Rechte der Arbeiterausschüsse. Wie der Referent Polenske ausführte, hat die Verwaltung den Arbeitern im Jahre 1908 gewisse Garantien gegeben in bezug auf die Sicherung des Koalitionsrechtes und der Wahrung der Interessen der Arbeiter. Diese Garantien würden neuerdings fast gar nicht mehr beachtet. Die Zeit der wirtschaftlichen Krise sei von der Verwaltung benutzt worden, um die Vertretung der Rechte der Arbeiter im Ausschuss einzuschränken. Nach einer Verfügung des Direktors Kehlhoff dürften Beschwerden nur dann im Arbeiterausschuss verhandelt werden, wenn die Direktion die Beschwerden als zur Verhandlung geeignet erklärt habe. Auch die Arbeitsverhältnisse seien in mancher Hinsicht verschlechtert worden. Während früher Erfahrmänner eingestellt wurden für die Laternenwärter, welche Urlaub hatten oder ihre freien Tage genossen, deren sie zwei bis drei im Monat zu beanspruchen haben, Neuerdings würden keine Erfahrmänner eingestellt. Die Arbeiten der Verurlaubten müßten von den anderen Arbeitern mitgemacht werden. Uebrigens habe die Verwaltung mit dem System der Erfahrmänner noch ein Geschäft gemacht, denn die Laternenwärter erhielten einen Tagelohn von 2,65 M. Beim Urlaub seien ihnen 2,75 M. pro Tag abgezogen worden und der für den Verurlaubten eingestellte Erfahrmann habe 2,45 M. pro Tag erhalten. Als in der Mariendorfer Anstalt der Achtkundentag für die Ofenarbeiter eingeführt wurde, müßten sie statt 5 Oefen, die sie früher zu bedienen hatten, deren 7 bedienen. Auch das Jahrgeld werde den Arbeitern in Mariendorf nicht mehr bezahlt. Alle diese und andere Beeinträchtigungen der Arbeiterinteressen seien zum Teil dadurch möglich geworden, daß die Arbeiter der J. E. G. A. in letzter Zeit lau geworden seien in der Vertretung ihrer Rechte. Es werde besser werden, wenn die Arbeiter ihre Rechte und Interessen energisch verteten.

In der Diskussion wurden eine Reihe von Einzelfällen angeführt, welche die Ausführungen des Referenten treffend illustrierten. Ein Redner verwies darauf, daß die Arbeiter, welche im Arbeiterausschuss ihre Rechte vertreten, als „Großschmäuzen“ bezeichnet würden. Der Vertreter der Direktion lasse sie gar nicht aussprechen, so daß sie nicht in der Lage wären, die ihnen auf-

getragenen Beschwerden zu vertreten. Ein Arbeiterausschuss, wie ihn die Direktion wünsche, habe 1½ Jahre lang in Mariendorf bestanden. Diesem Ausschuss gehörten an:

ein Mann, der so stark rauchte, daß er kein Wort herausbringen konnte, wenn ihn jemand ansah (!), ein Pole, der kein Deutsch verstand (!!) und ein — Taubstummer!!!

Dieser Arbeiterausschuss habe zur vollen Zufriedenheit der Direktion gearbeitet.

Andere Klagen, welche außerdem in der Versammlung vorgebracht wurden, sind in der nachstehenden Resolution zum Ausdruck gebracht, die einstimmig angenommen wurde:

Die am 11. Oktober 1908 versammelten Handwerker und Arbeiter der Englischen Gasanstalten protestieren auf das schärfste gegen die Uebergriffe und Willkürakte der Beamten in einzelnen Betrieben sowie gegen die Behandlung der Arbeiterausschussmitglieder im Augenblicke.

Ganz besonders wenden sich die Versammelten gegen das willkürliche Strafsystem im Augenblicke. Sie erbitten darin die vollständige Aufhebung der im Jahre 1903 von der Verwaltung gegebenen Garantien.

Ferner protestieren die Versammelten gegen die ungleiche Behandlung der Arbeiter im Betriebe Gießerei Straße durch den Meister Burger, die einen Bruch des von der Verwaltung wiederholt gegebenen Versprechens, das Koalitionsrecht zu achten, bedeutet.

Desgleichen protestieren die Versammelten gegen die Verschleppung der Arbeiterausschusswahlen im Gaswerk Oberspreer. Demgegenüber erbitten die Versammelten in einer geschlossenen Organisation das einzige Mittel zur Wahrung ihrer Rechte und verpflichten sich deshalb, mit allen Kräften am Ausbau ihrer Organisation zu wirken.

Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Lohnbewegung u. g. Die Forderungen, welche im vorigen Jahre gestellt, aber abgelehnt worden sind, sollen aufs neue eingereicht werden. Die jetzt gezahlten Löhne werden als ungenügend bezeichnet, namentlich im Hinblick auf die erhebliche Verteuerung der Lebenshaltung infolge der neuen Steuererhebung. Eine Aufseherung der Löhne wird auch mit Rücksicht darauf als berechtigt bezeichnet, daß die gleichartigen Arbeiter in den städtischen Gaswerken, besonders aber in den Vororten, besser bezahlt werden wie in der J. E. G. A. Die aufgestellten Forderungen sind in der Hauptsache: Einführung von Wochenlöhnen unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 8 Tagen zu 9 Stunden bzw. 8 Schichten zu 8 Stunden. Die in die Woche fallenden Feiertage sind voll zu bezahlen. Ueberstunden werden mit 50 Proz., Sonntags- und Nachtarbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt. Für Schichtarbeiter gilt die 7. Schicht innerhalb einer Woche als Sonntagsarbeit. Auf Antrag von drei Arbeiterausschüssen soll eine Plenarsitzung aller Arbeiterausschüsse stattfinden. Die Anfangslöhne sollen betragen im Innenbetriebe für Handwerker 30 M., Maschinisten und Heizer 35 M., jährlich um 1,50 M. steigend bis 37,50 M. für die erste, 42,50 M. für die zweite Kategorie, Maurer 30 M., Betriebsarbeiter 35 M., Kohlenarbeiter 45 M., Hilfsarbeiter 33 M., Hofarbeiter 27 M., für die letzteren eine jährliche Steigerung von 1 M. bis zur Höhe von 32 M. Im Außenbetriebe: Mauerer 30 M., steigend jährlich um 1,50 M. bis 37,50 M., Verdrücker und Magazinarbeiter 30 M., steigend jährlich um 1 M. bis 35 M., Helfer, Glühlichtarbeiter, Wasseraufsteiger 27 M., steigend um jährlich 1 M. bis 32 M., Laternenwärter monatlich 90 M., steigend jährlich um 5 M. bis 105 M., Handwerker 30 M., steigend jährlich um 1,50 M. bis 37,50 M., Maschinisten und Heizer 35 M., steigend um 1,50 M. jährlich bis 42 M., Vorarbeiter und Steuerleute 30 M., steigend um 1 M. jährlich bis 35 M., Hofarbeiter 27 M., steigend um 1 M. jährlich bis 32 M. Bei Zulagen und Steigerungen ist den Mauerern und Helfern eine Zulage von 25 Pf. pro Tag zu gewähren. Die ersten Wasseraufsteiger sollen wöchentlich 1,50 M. mehr erhalten als die sonstigen Aufsteiger.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte für Sonntagmorgen eine Versammlung aller in der Schraubenbranche beschäftigten Einrichter an Schraubenautomaten und Einzelbanken nach dem „Arminhallen“ einberufen.

Zur Besprechung stand das Thema: „Was geben die Einrichter bei einsehender guter Konjunktur zu unternehmen? In einem kurzen Referat legte Paulisch von der Agitationskommission der Schraubenbranche dar, daß die Automateinrichter alle Ursache haben, sich einer Verschlechterung ihrer Arbeitsverhältnisse zu erwehren. Die Ansprache an die Leistungen der Einrichter werden immer mehr gesteigert, die Akkordarbeit bringe allerlei Nachteile, wenn nicht die ständige Aufmerksamkeit darauf gerichtet bleibe, die Preise hoch zu halten. Eine Hebung der Konjunktur sei gegenwärtig wahrzunehmen und es gelte, diese auch auszunutzen. Gegenüber den Schraubendrehern sollten die Einrichter mehr Solidarität üben. Für die Schraubendrehere hätten sich die Verhältnisse sehr verschlechtert und die Einrichter, die zum Teil noch besser gestellt seien, hätten dasselbe zu befürchten, wenn sie sich nicht mit Energie dagegen wenden, daß ihre Arbeitsbedingungen herabgedrückt werden. — In der Diskussion, die dem Referat folgte, wurden die Verhältnisse im Verufe näher beleuchtet und man kam überein, feierliche Verschlechterungen zu dulden und die Organisation sofort in Kenntnis zu setzen, wo schädigende Angebote gemacht werden. Andere bestimmte Beschlüsse wurden in dieser Versammlung nicht gefaßt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schwerer Eisenbahnunfall.

Drei Tote, drei Schwerverletzte.

Auf der Nebenbahn Reinidendorf—Groß-Schönebeck hat sich gestern Abend ein schwerer Unfall zugetragen. Der um 6,35 Uhr von Reinidendorf abgehende Zug überfuhr auf dem Wittenauer Bahndamm ein mit sieben Personen besetztes Fuhrwerk, wobei drei Personen ihren Tod fanden. Den Bahnzug leitete der Lokomotivführer Petersen aus Wilhelmsruh. Vor Erreichung des bezeichneten Bahndammes gab er, wie durch Zeugen festgestellt ist, wiederholt das vorgeschriebene Klingelzeichen. Bei der schon eingetretenen Dunkelheit war auf größere Entfernung nicht zu sehen, daß sich ein Fuhrwerk dem Uebergange nahe. Plötzlich gab es einen heftigen Knack, dem laute Hilferufe folgten. Es stellte sich heraus, daß ein Privatfuhrwerk überfahren worden war. Passagiere und Juppersonal machten sich sofort an die Bergung der Verunglückten und benachrichtigten die nächsten Bahnhaltungen. Unverzüglich wurde von Reinidendorf eine Lokomotive mit einem Personenzug nach der Unfallstelle abgelaufen und gleichzeitig ein Arzt und der Verband für erste Hilfe in Berlin benachrichtigt. In wenigen Minuten war der Arzt Deulshausen aus Wilhelmsruh auf seinem Fahrrad angelangt, der sich sofort der Verunglückten annahm. Drei von ihnen hatten bei dem Zusammenstoß ihr Leben eingebüßt, nämlich ein 18jähriger Knabe, ein gleichaltrige Knabe und das dreijährige Töchterchen des Schlichtermeisters Reymwald aus der Waldstraße 53 in Reinidendorf, dem auch das überfahrene Fuhrwerk gehörte. Schwer verletzt waren außerdem noch drei Personen, die auf Krankenwagen des Vereins für erste Hilfe nach Berlin ins Krankenhaus geschafft wurden.

Für Ferrer.

Rom, 12. Oktober. (B. Z. B.) Heute Abend wurde hier auf freiem Felde eine große Protestkundgebung gegen die Verurteilung Ferrers veranstaltet. Viele Arbeiter feierten, die Straßenbahnen und öffentlichen Fuhrwerke hatten den Verkehr eingestellt.

Der deutsche Hochschullehrertag und die Lehrfreiheit.

Auf dem dritten deutschen Hochschullehrertag, der am Dienstag in Leipzig seine Verhandlungen begann, wurde in der Vormittagssitzung des ersten Tages die Frage der akademischen Lehrfreiheit eingehend behandelt. Die Debatte über diesen Gegenstand, der ja namentlich für Deutschland höchst aktuell ist, bildete die Fortsetzung einer Aussprache auf dem vorjährigen Hochschullehrertag. Damals hatte Professor v. Amira-München dem Hochschullehrertag eine Reihe von Thesen unterbreitet, in denen es hieß, daß die wissenschaftliche Forschung unabhängig sein müsse von jeder Rücksicht, insbesondere von Traditionen und Vorurteilen der Masse, von Autoritäten und gesellschaftlichen Gruppen und von Interessenten, und daß aus einer amtlichen Stellung eines Forschers oder Lehrers keine Beschränkung seiner Forschung oder der Lehrfreiheit abgeleitet werden dürfe. Professor Alfred Weber-Heidelberg hatte beantragt, diese Thesen dahin zu erweitern, daß auch die Weltanschauung und die politische Stellung eines Lehrers niemals einen Grund zur Nichtzulassung zum akademischen Lehramt bilden dürfe. Dieser Antrag war jedoch gegen eine kleine Minderheit abgelehnt, dagegen ein anderer Antrag angenommen worden, wonach auf dem nächsten Hochschullehrertag das Thema einer weiteren gründlichen Behandlung zu unterziehen sei.

Die bisherige Debatte wurde durch zwei Referate von Professor Bach-Leipzig und Privatdozent Hartmann-Wien eingeleitet. Professor Bach legte seinem Referat folgende Thesen zu Grunde:

- 1. Es muß von den entscheidenden Instanzen gefordert werden, daß sie sich bei der Erteilung der venia legendi nicht durch Umstände bestimmen lassen, die von formalen Voraussetzungen abgehen, weder die wissenschaftliche Qualifikation, noch die Lehrtätigkeit oder persönliche Würdigkeit des Bewerbers betreffen, insbesondere nicht durch seine religiöse oder politische Überzeugung.
2. Es empfiehlt sich, die Entscheidung über die Applikation den Fakultäten zu überlassen und der Kontrolle der Regierung nur insoweit, als abgesehen von formalen Tatsachen vorliegen, die den disziplinarischen Ausschluss vom Lehrberuf zu begründen geeignet wären.
3. Als Hauptziel gegen den Mißbrauch innerhalb der Fakultät sind erwidernswert angemessene Verichterstattung, motivierte Abstimmung und begründeter Beschluß an die Bewerber.

Diese Thesen sehen ganz akzeptabel aus, jedoch zeigte sich bei dem Referat des Professors Bach, daß die durch Annahme der Thesen geschaffenen Garantien für eine wirkliche Lehrfreiheit immer noch sehr zweifelhaft wären! Professor Bach gibt sich in der Theorie durchaus vorurteilsfrei. Er verwarf prinzipiell jede Abhängigmachung der Lehrfreiheit von irgend einer politischen oder religiösen Überzeugung, aber er war zugleich ehrlich genug, zu erklären, daß es sich hier nicht um einen abstrakten Grundsatz handele, sondern um eine Personenfrage, daß man es zu tun habe mit lebendigen Menschen. Bei lebendigen Menschen kämen aber die religiösen und politischen Auffassungen zum Ausdruck, müßten sie zum Ausdruck kommen. So sei es selbstverständlich, daß beispielsweise ein Staatsrechtslehrer seine Grundanschauung durchblicken lasse. Die akademische Lehrtätigkeit sei ja wesentlich davon abhängig, daß der Lehrer sich in der Lehrtätigkeit als Persönlichkeit, als Mensch gebe. Wir sind keine Schemen und deshalb wird unsere politische und religiöse

Überzeugung zum Ausdruck kommen. Diese ganz vernünftige Ansicht bildete aber für Professor Bach nur die Gelegenheit, den Vertretern gewisser politischer und religiöser Überzeugungen für ihre Habilitation nunmehr ein Bein zu stellen. Denn jetzt ließ der Redner erkennen, was er unter der „Lehrfähigkeit“ und der „persönlichen Würdigkeit“ verstand, die auch nach seinen Thesen eine Voraussetzung der Erteilung der venia legendi bilden müssen. Herr Professor Bach meinte, der Umstand, daß auch Professoren keine Schemen seien und ihre politische und religiöse Überzeugung bei ihrer Lehrtätigkeit zum Ausdruck brächten, ändere an dem vorhergehend aufgestellten Grundsatz, daß politische und religiöse Ansichten keinen Grund zum Ausschluß von akademischer Lehrtätigkeit bilden dürften, zwar nicht das geringste, wohl aber könne die persönliche Überzeugung und ihre Bekundung bei der Lehrtätigkeit Formen annehmen, die es unmöglich machten, den Betreffenden zu habilitieren. So könne man keinen Anarchisten, keinen grundsätzlichen Regierer dazu berufen, das Recht an der Universität zu lehren!

So hoben die praktischen Bedenken des Herrn Professors seine theoretische Weitherzigkeit wieder vollständig auf! Dem warum nicht auch ein Anarchist oder sonstiger „Regierer“, also etwa ein Sozialist, Rechtslehrer, ja sogar Staatsrechtslehrer sein soll, vermag nur der zu begreifen, der unter der „reinen“, „voraussetzungslosen Wissenschaft“ von der unsere Herren Akademiker so gerne fabeln, in diesem Falle nichts Beringeres verlangt, als daß er als Staatsrechtslehrer das vorträgt, was den Interessen und Bedürfnissen des jeweiligen Staates, also der herrschenden Machtgeber entspricht! So hätte sich die grundsätzliche Respektierung jeder politischen und religiösen Überzeugung in der Praxis im Handumdrehen zu einer jede wirkliche Lehrfreiheit ausschließenden Rechnungs-trägererei gegenüber den herrschenden politischen und sozialen Gewalten verwandelt!

Aber Professor Bach ging noch weiter. Er machte die akademische Lehrtätigkeit auch abhängig von der außerberuflichen Tätigkeit eines Lehrers, die ja eine „Unart“ sein könne und zu dem Schluß berechtigte, er werde seine Lehrtätigkeit mißbrauchen: „Wer will uns Garantien dafür bieten, daß der von uns Habilitierte nicht Mißbrauch mit seinen religiösen oder besser gesagt irreligiösen Anschauungen treibt und diese Anschauungen seinen Studierenden eingibt? Das muß mit gewogen werden im Hinblick auf das Amt, und das meine ich in der ersten These mit den Worten „persönliche Würdigkeit“.

Der Sinn der Ausführungen des Herrn Professors Bach ist also kurz gefaßt der: Wer den Staat negiert, also Anarchist oder Sozialist ist, kann überhaupt in keinem Maße Lehrtätigkeit ausüben, das durch seine politischen Überzeugungen berührt wird. Er kann nicht Staatsrechtslehrer werden, vermutlich aber ebensowenig Historiker oder Nationalökonom, da doch in diesen Disziplinen die Weltanschauung nicht minder ausschlaggebend ist als in der Rechtswissenschaft. Ein Anarchist, Sozialist oder Atheist darf aber ferner überhaupt nicht Universitätslehrer werden, sofern er seine Überzeugung nicht hübsch beschneiden für sich behält, sondern auch im öffentlichen Leben mit Entschiedenheit vertritt! Die ganze „Lehrfreiheit“, die sich in den Thesen des Professors Bach so hübsch ausnimmt, sieht danach der Lehrfreiheit, wie wir sie heute in Preußen-Deutschland besitzen, ganz verzwweifelt ähnlich!

Mit Recht wendete sich dem auch der Korreferent Privatdozent Hartmann-Wien, gegen die Vorbedingung der „persönlichen Würdigkeit“. Der Begriff sei denn doch zu laienhaft: „Ich bin der Meinung, daß das, was jemand außerhalb des Berufs macht, niemand etwas an-

geht.“ In Oesterreich werde in geradezu größter Weise nach der persönlichen Würdigkeit geschneifelt, die Regierung schide als Detektiv den Hausmeister und erundige sich, ob der Bewerber würdig sei oder nicht. Er könne vor der Willkürlichkeit, die in dieser Forderung stecke, nicht nachdrücklich genug warnen. Dem gegenüber verteidigte Professor Bach noch einmal seine Thesen. Man könne doch nicht sagen, daß das außeramtliche Leben völlig Privatfache sei. „Wenn sich jemand betrunken in der Gasse herumwälzt, wofür er strafrechtlich noch nicht einmal verantwortlich gemacht werden kann, dann kann er ein Lehrer an der Universität sein. Und wenn er ein Gewerbe ausübt, das mit seiner Tätigkeit unvereinbar ist, ohne direkt unbillig zu sein, können wir ihn nicht brauchen.“ Man kann nicht umhin, diese Declaration ein wenig armfelig zu finden. Denn wenn es auch wissenschaftliche Genies gegeben hat, die sich in der Gasse wälzten, so würden solche Mitglieder eine Fakultät sicher noch weniger schänden, als die reputierlichsten Elemente, die durch Streberei und Liebedienerei die offizielle Wissenschaft nur zu sehr in Verruf gebracht haben!

An der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Redner. Professor Kaufmann-Breslau tritt wieder einmal das lahm akademische Stiefchen von der „voraussetzungslosen“ Wissenschaft. Er erklärte, daß er sowohl gegen einen Sozialdemokraten als auch gegen einen Orthodoxen Bedenken habe: „Es wäre mir sehr schwer, einen Marxist, der sich zu seinem Dogma bekennt, Staatswissenschaft lehren zu lassen, weil ich von ihm glaube, daß er nicht mit der nötigen Unbefangenheit die Sache behandeln wird.“ Professor Kaufmann verwirft also alle systematischen Auffassungen. Er verzieht nur, daß gerade auch auf anderen Gebieten der Wissenschaft, z. B. dem der Medizin, sich häufig extreme Theorien gegenüberstehen. Er verzieht, daß in der Wissenschaft nicht die faden, gesinnungslosen Köpfe, die temperamentlosen Kompilatoren die Träger des Fortschritts waren, sondern gerade die als „einseitig“ verschrienen Geister. Daß Professor Kaufmann, wenn auch ohne Namensnennung, Herrn Professor Sombart als Typus des Marxistens vorführte, war ein besonders origineller Witz.

Professor Max Weber-Heidelberg ging seinerseits dem Kern des Streits resolut zu Leibe. Er warf die Frage auf: Warum der ganze Spektakel im vorigen Jahre. Die Frage, ob ein Sozialdemokrat habilitiert werden darf oder nicht, hätte schon vor einem Jahre beantwortet werden können und müssen. „Der Vorredner hat gesagt, er glaube nicht, daß ein Orthodoxer oder ein Marxist unbefangene wissenschaftlich lehren könne. Ja, wozu in aller Welt haben wir denn das Colloquium? Man stelle an die Leute im Colloquium eine ganze Reihe von Fragen, mehr als in der Trägheit von den verehrten Kollegen meist gestellt werden. Und verlängern Sie das Colloquium, dann werden Sie schon bei dem Mann feststellen können, ob er fähig ist, das Lehramt unbefangene auszuüben oder nicht.“ Mit Recht wendet auch Max Weber gegen Professor Bach ein, daß man auch einem Mann wie Treitschke das Katheder habe verbieten müssen, wenn man an der besonders akzentuierten Tendenz und dem Temperament einer Persönlichkeit Anstoß nehmen wolle. Nach diesen treffenden Bemerkungen, die begreiflicherweise auch mancherlei Widerpruch erweckten, verstand sich Professor Weber den lebhaften Beifall der großen Mehrheit des Hochschullehrertages durch die Wendung zu sichern, daß man doch einmal die Sozialdemokratie den Versuch machen lassen solle, die Lehrtätigkeit zu bezeugen. Die Folge werde eine grenzenlose Plamage der Sozialdemokratie sein, die nicht die Kräfte dazu habe, abgesehen

Kleines Feuilleton.

Am Nordpol. Während der Streit zwischen den beiden Nordpol-entdeckern Cool und Peary immer noch nicht entschieden ist und auch niemand bisher feststellen konnte, ob überhaupt einer von beiden am Nordpol gewesen ist, fahren beide fort, ihre Erlebnisse in breiten Feuilletons zu schildern. Man kennt die Monotonie dieser polaren Reisebeschreibungen zur Genüge, und auch am Nordpol selber, bis zu dem Cool jetzt in seinen Berichten gelangt ist, sieht's nicht anders aus, als irgendwo sonst im hohen Norden. Cool gibt folgende Schilderung von dem Tage der Nordpolentdeckung: Die Sonne zeigt Mittag für den Ort, aber die Zeit existiert hier nicht, denn alle Meridiane treffen hier zusammen. Mit einem Schritt war es hier möglich, von einer Seite der Welt in die entgegengesetzte zu gehen, aus der Mitternacht in den Mittag zu treten. Hier hat das Jahr nur einen Tag und nur eine Nacht. Die Breite war 90, die Temperatur - 33,7 Grad Fahrenheit, der Barometerstand 29,83. Norden, Osten und Westen waren verschwunden, nur Süden lag in allen Richtungen der Windrose. Aber der Kompaß, der nach dem Magnetpol wies, war hier so nützlich wie überall.

Obgleich der Erfolg der Eroberung mich über und über mit Freude erfüllte, so änderte sich meine Stimmung doch am nächsten Tage, nachdem alle Beobachtungen gemacht und die lokalen Erscheinungen studiert worden waren. Ein Gefühl grenzenloser Verlassenheit kam über mich. Wie freudlos war die Stelle, nach welcher der Ehrgeiz so vieler Generationen gestrebt hatte. Endlose Gefilde purpurigen Sañees. Kein Leben, kein Land, kein Ort, der von der Einformigkeit des Profies erlöste. Wir waren die einzigen atmenden Wesen in einer Welt von Eis.

Musik.

Berliner Volks-Chor: Beethoven und Mendelssohn-Abend. Vor einer Zuhörerschaft von weit über 3000 Personen gab der Volks-Chor am Montag im Musiksaal „Friedrichshain“ sein erstes diesjähriges Konzert und zwar unter Mitwirkung des Blüthner-Orchesters. Den ersten Teil des Programms bestritten zwei seltener gehörte Werke Ludwig van Beethovens. Bei den „Ruinen von Athen“, einem Festspiel, das der Meister gleich dem „König Stephan“ auftragsmäßig schuf, noch dazu in einer Zeit (1812), als das sich steigende, später zu völliger Taubheit führende schwere Gehörleiden ihm sein Leben sehr verbitterte, mußte selbstverständlich von einer Vorführung des Ganzen abgesehen werden. Es konnte sich da nur um einzelne Stücke handeln, deren Musikwert den Gelegenheitswert, dem das Beispiel zu dienen hatte, weit übersteigt. Zugleich war darauf zu achten, daß die Anleihe im Nebeneinander doch eine sowohl leicht verständliche als künstlerisch in sich geschlossene Wirkung erzeuge. Nach beiden Richtungen hin hat Dr. Emil Sanders feinsinnige Hand das Rechte getroffen. In die alle Hauptmotive des Festspiels erklärend vorantastende Ouvertüre mochte sich der höchst originelle „Derwischchor“ einfügen, der in all seiner sanftmütigen

Wildheit vom Männerchor und Orchester sicher bewältigt wurde. Im „March und Chor“, der dem berühmten „fränkischen Marsch“ folgte, offenbart sich namentlich in der Aufforderung der Priester und in der Antwort der Jungfrauen eben doch Beethovens. Rechnet man den hier manchmal vielleicht als etwas überladen empfundenen Fadenaustrag von Pause und Wechsel ab, so gelang auch dieser Teil sehr gut. Im Violinkonzert - dem einzigen des Meisters - hatte man reichliche Gelegenheit, Raal Klingler wieder als hervorragenden Vertreter der jüngeren Geigergeneration kennen zu lernen. Zweifellos steigt dieser Künstler bei fortschreitender Verinnerlichung seines Spiels bis zum Gipfel edelster Vollendung hinauf! Lebzigens machte hierbei das Orchester trotz diskreter Parteilichkeit vollkommen seine Selbstständigkeit.

Der Aufführung der ersten Walpurgisnacht von Felix Mendelssohn-Bartholdy galt die zweite Abteilung des Programms. Die solistischen Gesangsparts darin wurden von Fräulein Hedwig Schmidt (Altitin) - hinsichtlich des Vortrages nicht sehr glücklich -, von Herrn Richard Fischer (Tenor) - dessen Stimme in tieferen Registern weniger durchdringend schien - und von Herrn von Raab vertreten. Dieser Sänger verfügt über einen weichen, vollen Bariton; sein Vortrag hat künstlerische Rundung und dramatische Fülle; und so wurde die Priesterpartie außerordentlich gut durchgeführt. Aber auch der Volkschor - diesmal besonders der weibliche Teil - zeigte hier, was er in gefanglicher und künstlerischer Beziehung tatsächlich zu leisten vermag. Von Begeisterung durchglüht, erhob er die Hörer zu begeisterten Umgebung an die Schönheiten dieses Tonwerks.

Die musikalischen Veranstaltungen des Volkschors nehmen unter den künstlerischen Bildungsbestrebungen der Berliner Arbeiterschaft, was die Musikpflege angeht, die erste Stelle ein. Dieser gemischte Arbeiterchor, hierorts unter allen von ähnlicher Gattung der größte, verfolgt die Aufgabe, der Musik in ihren reinsten und höchsten Tonschöpfungen zu dienen und zugleich Kunstgefühl und Musikverständnis im werktätigen Volke zu wecken, aber auch das Erregene dauernd zu befestigen. Soll dies Ziel nicht bloß angestrebt, sondern auch erreicht werden, so muß sich der Volkschor vom Bewußtsein allseitiger Unterstützung in Form aktiver oder inaktiver Mitgliedschaft getragen wissen.

Humor und Satire.

Seine in Hamburg.

Das ist die ewige Wiederkehr, Von der Freund Riechke geschrieben. Es heißt in den Schwanz sich die Vernunft, 's ist alles bei allen geblieben. Noch immer sitzen im hohen Senat Der Sitte gestrenge Richter, Und an der ganzen Verberbnis im Staat Sind schuld die Künstler und Dichter. Ich komme wie der verlorene Sohn Zurück nach siebenzig Jahren. Doch ist mir keiner im Lustballon Vor Freuden entgegengefahren.

Denn ich schien Ihnen zu kultiviert für einen der Bläse im Freien. Drum haben sie mich befehdend geplazert, Wo Wellchen und Raktus gedeihen.

Im Bisthof einer G. m. b. H. - Das utilo eint sich dem dulco - Steht Heinrich Heine lächelnd da Wie ein beliebiger Schulse.

Da steh' ich mitten im Bisthof Und drehe den Herzen um den Rücken. Und wollen sie mir was Liebes tun, So müssen sie halt sich bücken.

(Edgar Steiger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

- Die Sonntagskonzerte des Schiller-Theaters in Charlottenburg nehmen am Sonntag, den 17. Oktober, wieder ihren Anfang. Das erste Konzert bringt ein Brahmsches Trio und eins von Beethoven, im gelungenden Teil wirkt Anton Sittermann mit. Monnentscheffe für die fünf ersten Konzerte zu 2,50 und 3,50 M. (einschließlich Garderobe und Programm); Einzelbillets zu 75 Pf. und 1 M.

- Peary und Cool unter Kontrolle. Die amerikanische geographische Gesellschaft beschloß, den Präsidenten der Akademie der Wissenschaften Remsen aufzufordern, eine Kommission zu ernennen, die mit der Untersuchung der von Cool und Peary gemachten Beobachtungen betraut werde.

- Die teuersten Eisenbahnfahrkarten. In der großen Verhalle des Frankfurter Centralbahnhofes befindet sich jetzt auch ein Billetschalter, der u. a. die für unsere Augen noch etwas ungewöhnliche Aufschrift trägt: „Fahrkarten nach China und Japan“. Hier kann man die teuersten Eisenbahnbillets erhalten, die bei uns zurzeit überhaupt existieren. So kostet dort ein Fahrchein erster Klasse nach Nagasaki 808,75 M. (in der zweiten Klasse 590,50 M.) und nach Shanghai über Wirballen sogar 926,40 M., während sich die Route dorthin über Alexandrow um etwa 100 M. billiger stellt. Dagegen kann man nach Wladivostok bereits für 721,30 M. befördert werden und nach Charkow für 650,60 M. Fahrkarten nach Sibirien gibt es selbstverständlich nicht - die Fahrgäste, die dorthin reisen, haben sie dank der liebevollen Fürsorge des väterlichen Staat zumeist nicht nötig.

- Paralytischer Kinder. Oberarzt Dr. Hermann hat in der Münchener Psychiatrischen Klinik Naßl und Beschaffenheit der Kinder aus 120 Ehen untersucht, bei denen der eine Teil der Ehegatten an Gehirnerweichung (progressiver Paralyse) litt. Von 124 untersuchten Kindern litten 8 an schweren Geistesstörungen, 54 aber wiesen geistige und 52 körperliche Defekte und Anomalien auf. Mehr als die Hälfte aller Kinder von paralytischen Eltern trugen also die Merkmale ihrer unglücklichen Abstammung an sich.

von ein paar Ideologen, die die deutsche Wissenschaft selbst hieße.

Wenn Herr Professor Weber sich einbilden sollte, die Sozialdemokratie verfüge nicht über Intelligenzen genug, um eine Anzahl Professuren der Nationalökonomie, der Geschichte, der Philosophie zu besetzen, so befindet er sich in einem seltsamen Irrtum. Denn daß die Sozialdemokratie, diese Vertreterin der bestillosen Klassen, ohne weiteres in der Lage sein sollte, die Lehrstühle für sämtliche Wissensgebiete aus ihren Reihen zu besetzen, diese schmurrige Zumutung wird ja Herr Professor Max Weber an eine politische Partei doch wohl kaum stellen wollen. Trotzdem würden wir gerne die Verpflichtung übernehmen, für jedes Wissensgebiet Kandidaten zu stellen, sobald Herr Professor Weber nur erst einmal die wirkliche Befreiheit durchgesetzt haben wird!

Gegen Professor Bach sowohl als gegen verschiedene Diskussionsredner, speziell Professor Max Weber, wandte sich Professor Reich aus Wien. Man müsse sehr vorsichtig sein, wenn man von Leuten spreche, die grundsätzliche Gegner der bestehenden Staatsordnung seien. Auch er neige sozialistischen Ideen zu, auch er sei ein Gegner der bestehenden Staatsordnung. Alle diese Leute könne man doch wirklich nicht von der Univeritätskarriere ausschließen wollen. Mit der „Staatsordnung“ sei ein eigenes Ding, denn wer im 18. Jahrhundert gegen die Leibeigenschaft aufgetreten sei, sei ein Gegner der damals bestehenden Staatsordnung gewesen! Er müsse bestätigen, daß in Österreich in bezug auf die „persönliche Würdigkeit“ in ganz unwürdiger Weise geschnüffelt worden sei: „Im übrigen habe ich die Zuversicht, daß auch die Sozialdemokratie nachweisen würde, daß sie über eine größere Anzahl von tüchtigen Leuten verfügt und daß sie die Fächer besetzen kann. Ich kenne jemand in Deutschland, der als erster Gelehrter gilt, aber in einem unpolitischen Fache lehrt und der sich zur Sozialdemokratie rechnet. Er hat aber kein Interesse daran, daß das an die Öffentlichkeit gerückt wird. Solche tüchtigen Männer werden sich auch noch in größerer Zahl finden, wenn die Sozialdemokratie zugelassen wird.“

Nachdem noch die Erklärung abgegeben worden war, daß die Mehrheit des Hochschullehrertages sich im wesentlichen auf den Standpunkt des Professors Bach stelle, wurde die Debatte geschlossen.

Der Verlauf der Debatte beweist zwar, daß auch in Hochschullehrerkreisen sich Opposition gegen die brutale Vergewaltigung der akademischen Lehrfreiheit zu regen beginnt, aber er beweist nicht minder, daß es in den Hochschullehrerkreisen noch gar sehr an dem Verständnis dafür fehlt, daß es in allen mit dem staatlichen Leben und der sozialen Entwicklung zusammenhängenden Fragen keine „reine“ Wissenschaft geben kann, sondern daß die Wissenschaft lediglich die unabweisbare Pflicht hat, den Vertretern sämtlicher miteinander kämpfenden Weltanschauungen das Recht auf akademische Lehrfreiheit zu sichern!

Vom Bierkrieg.

Der Rückgang des Bierablasses soll für verschiedene Brauereien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bis zu 80 Prozent betragen. Schon bei den Jahresabschlussprognosen für Juli haben die Brauereien Veranlassung genommen, wegen starken Konsumrückgangs die Dividendenabteilungen zu reduzieren. Treiben die Birte in Berlin es zu einem offenen Kampf, dann dürfte hier der Konsumrückgang wohl noch viel empfindlicher sein als im Industriegebiet.

In Essen a. M. fanden zwischen Vertretern der Partei und der freien und christlichen Gewerkschaften Verhandlungen mit Wirtin und Brauereien statt, die zu einer Vereinbarung führten, die dem Biersteige jedenfalls ein Ende bereitet. Es soll überall da, wo bisher 1/2 Liter für 10 Pf. verkauft wurde, dieses Maß bestehen bleiben, während für 15 Pf. statt bisher 1/10 in Zukunft 7/10 Liter ausgegeben werden. Die Brauereien übernehmen gleichzeitig die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Arbeiterentlassungen wegen Konsumrückgangs nicht eintreten; ferner sollen alle Lokale im Kreise den Gewerkschaften und der Partei zur Verfügung gestellt werden.

Aus Kiel wird berichtet, verschiedene Brauereien hätten den Marine-Vontailiers das Bier wieder zu den alten Preisen angeboten. Die Brauereien wollen anscheinend dadurch auf der einen Seite ihren Absatz, der durch den Vorkott sehr begrenzt ist, wieder erhöhen, um dann den Kampf gegen die Arbeiter um so länger aushalten zu können. Diese werden sich natürlich erst recht dafür bedanken, das Bier teurer zu bezahlen, damit die Marine es für den alten Preis erhält. Die obigen Brauereien beweisen durch obiges Angebot, daß die Brauereien das Bier zu den alten Preisen liefern können.

Kein Ärztestreik in Frankfurt a. M. Der neue Arztvertrag.

Durch die bürgerliche Presse wurde neulich eine Notiz die Kunde, daß in Frankfurt a. M. die seit 13 Jahren bestehende freie Arztwahl beseitigt werden, ein Ärztestreik eintreten würde, wie ihn selten deutsche Ärzte geführt hätten.

Nach langen Verhandlungen der Krankenkassen mit dem Ärzteverband ist nun der Friede geschlossen worden und die freie Arztwahl für Frankfurt gesichert. Diesmal waren es die Krankenkassen, welche eine Reihe von Forderungen an die Ärzteorganisation stellten, die von den Ärzten mit Gegenforderungen schnell beantwortet worden sind.

Die Hauptforderung der Krankenkassen, welche bei den Ärzten auf heftigsten Widerstand stieß, war „Abschluß eines Einzelvertrages“. Seither existierte kein Einzelvertrag mit den Ärzten, sondern es war ein Kollektivvertrag zwischen Ärzteverband und Krankenkassen abgeschlossen. Die Ärzte sind nun in einem Verband organisiert, der nicht juristische Person ist. Daher konnte keine Krankenkasse Klagen vorgehen. Dazu kam, daß bei dem letzten Ärztestreik in Köln von dem Ärzteverein den Ärzten Verweise zur Unterzeichnung vorgelegt wurden, nach welchen diese sich auf verpflichtet, sofort aus dem Ärzteverband auszutreten. Da nun auch in Köln kein Einzelvertrag mit den Ärzten bestand, so hätten die Krankenkassen das Nachsehen gehabt, wenn die Ärzte dem Rufe ihrer Führer gefolgt und aus dem Verein ausgetreten wären. Die Krankenkassen hätten keine Ärzte gehabt. Dies wollte man nun in Frankfurt vermeiden. Daher die Forderung auf Einzelvertrag. Nach langen Verhandlungen gaben in diesem Punkte die Ärzte nach und erklärten sich bereit, wenn ein Kollektivvertrag abgeschlossen würde, jedes Mitglied ihres Verbandes durch einen besonderen Revers zu verpflichten, seine Tätigkeit als Kassenarzt den Bestimmungen des Kollektivvertrages entsprechend auszuüben und vor allem die Vertragsdauer auszuhalten.

Die weitere Forderung der Krankenkassen, ihnen auch zu gestatten, außerhalb des Ärzteverbandes stehende Ärzte zuzuziehen zu dürfen, war in der Hauptsache gegenstandslos geworden, nachdem ihnen von dem Ärzteverband das Recht zugestanden wurde, auch künftig in unbeschränkter Zahl Naturärzte, Homöopathen usw. anzustellen. Gefordert wurde weiter, die Vertrauensärzte selbst anstellen zu können, da die von den Ärzten seither präsentierten Vertrauensärzte nicht immer den Krankenkassen zusagten. Eine Einigung wurde nun dahingehend getroffen, daß die Vertrauensärzte in Zukunft von den Krankenkassen selbst aus den Reihen der Mitglieder des Ärzteverbandes gewählt werden. Die Krankenkassen haben also freie Hand bekommen.

Sehr wichtig war eine weitere Forderung der Krankenkassen, daß die Kassenärzte verpflichtet sein sollen, auf Wunsch den Unfallverletzten ein Gutachten abzugeben, damit diese auch in der Lage sind, den Kampf um die Unfallrente wirksamer zu führen. Wie in allen Städten, weigerten sich seither auch die Frankfurter Ärzte, ihren Unfallschadenden später ein Gutachten auszustellen, hatten allerlei Ausreden, wie „der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft sei doch maßgebend, sie seien als Kassenarzt doch gar nicht verpflichtet, ein Gutachten auszustellen“ usw. Zudem haben die Ärzte auf ihrem letzten Verbandstag in Lübeck ausdrücklich ihre Kollegen verpflichtet, den Kassenpatienten kein Gutachten auszustellen. Da aber die Frankfurter Kassenvorstände gerade deshalb auf diese Forderung den größten Wert legten und den Abschluß eines neuen Vertrages von der Bewilligung derselben abhängig machten, gaben die Ärzte nach und halten sich künftig verpflichtet, den Unfallverletzten zu helfen.

In Frankfurt a. M. besteht die fakultative Familienversicherung, die seither in ihren Statuten den Passus enthält, daß Mitglieder mit einem Einkommen über 2000 M. aus dieser Versicherung auszuscheiden haben. Die Kassenvorstände verlangten, daß den Ärzten überhaupt kein Recht gegeben werden sollte, die Einkommensgrenze zu bestimmen und wollten alle Mitglieder behalten. Schließlich einigte man sich dahin, daß nur dann Familien auszuscheiden haben, wenn deren Einkommen über 4000 M. beträgt. Für Arbeiterfamilien wird dies also wohl kaum in Frage kommen.

Soweit die Hauptforderungen der Krankenkassen. Die Ärzte verlangen ursprünglich nicht allein die ausschließliche Behandlung aller Kassenmitglieder, sie wollten auch für auswärtig wohnende Mitglieder nur eine Konsultation im Notfall ausführen und dann bezahlt sein. Seither konnten auch auswärtig wohnende Kassenmitglieder alle Frankfurter Ärzte in Anspruch nehmen und war dieser Zustand geradezu ideal zu nennen; zumal auf den meisten Ortschaften keine Spezialärzte vorhanden sind, erwerbsfähige Kranke den Kassenarzt ihres Heimatortes gar nicht an Wochentagen in Anspruch nehmen konnten. Die Kassenvorstände durchkreuzten jedoch diese Forderung der Ärzte, die ihnen eine neue und ungeahnte Einnahmequelle verschafft haben würde und lehnten jede Extrazahlung entschieden ab. An Honorar hatten die Ärzte „nur“ eine Erhöhung von zehnte einer halben Million Mark für die Vortragsdauer gefordert und begründeten dies mit der seitherigen ungenügenden Vergütung. Die Kassenverwaltung erließen an alle Verbandsärzte ein ausfallendes Schreiben, worin die seit dem Jahre 1896 eingetretene Honorarerhöhung dargelegt wurden. Es stellte sich bei dieser Berechnung heraus, daß unter der Leitung der früher nicht organisierten Arbeiter und Unternehmer nur 2 M. pro Kopf Pauschalhonorar an den Arzt gezahlt wurde und für jede versicherte Familie nur 6 M. Heute beträgt aber das Honorar pro Kopf schon 4,20 M. und pro Familie gar 9,50 M., eine Steigerung von über 100 Proz. in kaum 10 Jahren. Bei der schlechten Finanzlage der Kassen, folgen der Krisis, sei auch eine Erhöhung des Honorars nicht möglich, eine Vertragserrhöhung — um den Ärzten wiederum entgegenzukommen —, auch für die Familien, ausgeschlossen. Nach langem Kampfe um andere Sätze haben dann die Ärzte auf jede weitere Honorarerhöhung verläufig verzichtet.

In Frankfurt a. M. besitzen außer der Ortskrankenkasse alle übrigen Krankenkassen den sogenannten Zuweisungsschein, deshalb verlangten die Ärzte zum Schluß, daß die Ortskrankenkasse auch dieses System einführen sollte, wenn keine Honorarerhöhung zustande käme. Seither war es den Mitgliedern der Ortskrankenkasse sehr bequem gemacht, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Ohne jeden Ausweis ihrer Mitgliedschaft seitens der Krankenkasse konnten sie zu jeder Zeit von der Straße aus direkt zum Kassenarzt gehen und sich behandeln lassen. Die Ärzte wiesen nun nach, daß die anderen Kassen, welche einen Zuweisungsschein besitzen, der jedesmal erst von der Kassenverwaltung ausgestellt werden muß, fast das doppelte Honorar pro Krankheitsfall zahlen können. Die Statistik hat denn auch ergeben, daß z. B. in 1. und 2. Quartal 1909 der einzelne Krankheitsfall bei der Ortskrankenkasse ohne Zuweisungsschein nur mit 1,80 M. berechnet werden konnte, während er bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen mit 2,70 M., bei den Hilfskassen sogar mit 3 M. bezahlt wurde, obgleich das Honorar bei den Hilfskassen sogar um 25 Pf. pro Kopf niedriger war. Noch größer wurde der Unterschied bei der Familienversicherung. Hier wurde der Krankheitsfall bei der Ortskrankenkasse nur mit 1,80 M. gezahlt, bei den übrigen Krankenkassen mit Zuweisungsschein jedoch mit 2,70 M. und 3,40 M. Da aber auch größere Ersparnisse in Ausgaben für Arznei usw. durch Einführung des Zuweisungsscheines in Aussicht gestellt wurden, so haben die Generalversammlungsdirektoren der Ortskrankenkasse, die seitens des Kassenverbandes extra über diese Frage zu einer Versammlung am letzten Freitag einberufen wurden, nach langer und heftiger Diskussion der Einführung dieses Scheines zugestimmt. Eine Erhöhung des Honorars auf 4,50 M. pro Kopf wurde den Ärzten zugestanden, wenn die Kassen in der Lage sind, 5 Proz. der Beiträge zum Reservefonds zuzulassen, wie dies bekanntlich auch im Entwurf der neuen Reichsversicherungsordnung als Erleichterung vorgesehen ist. Seither sollten doch die Kassen 10 Proz. Rücklagen machen.

Erwähnt sei schließlich noch, daß es in Frankfurt auch gelungen ist, den Plan der Ärzte zu durchkreuzen, bei Inkrafttreten der geplanten Reichsversicherungsordnung ihre Tätigkeit als Kassenärzte einzustellen. Auch in Frankfurt forderten die Ärzte, daß der Vertrag nur bis zur Einführung der Reichsversicherungsordnung dauern soll. Die Kassen blieben aber fest und erklärten, auf jeden Vertrag zu verzichten, der diesen Passus enthält. Schließlich gaben die Ärzte auch in diesem Punkte nach und erklärten sich bereit, ohne diese Klauseln einen Vertrag auf die Dauer von 5 Jahren abzuschließen zu wollen, nur um in Frankfurt a. M. die freie Arztwahl zu erhalten. Wäre ihnen auch nach Frankfurt a. M. verloren gegangen, welches als die „Hochburg der freien Arztwahl“ in Deutschland gilt, so wären die Ärzte auf der ganzen Linie geschlagen und noch mehr kaniert, als sie seither durch Köln usw. „erreichten“.

So kam der Friede in Frankfurt a. M. zustande.

Aus der Partei.

Der 21. Parteitag der sozialdemokratischen Partei des Niederrheins fand am 10. und 11. Oktober in Krefeld statt. Aus dem Geschäftsbericht des Agitationskomitees haben wir schon die wichtigsten Daten gegeben. Der Parteitag war von 80 Delegierten (darunter 10 weibliche) aus 14 Wahlkreisen besetzt. Außerdem waren anwesend die Kreisleiter, die beamteten Parteisekretäre, die Vertreter der im Bezirk erscheinenden Parteizeitungen, der Reichstagsabgeordnete Hengsbach, Genosse Ebert im Auftrage des Parteivorstandes, die Reichstagskandidaten des Bezirks und das Agitationskomitee, insgesamt 118 Personen.

Genosse Hengsbach hielt ein Referat über: Die neuen Steuern und die politischen Parteien. Nach einer ausführlichen Schilderung der Vorgänge in der Kommission und im Reichstage erklärte Hengsbach, eine Obstruktion wäre unmöglich gewesen. Die Geschäftsordnung lasse nur sehr wenig Spielraum und dann

war es ausgeschlossen, daß sich die Liberalen an einer Obstruktion beteiligten.

Dem Referenten traten die Genossen Gevehr, Dittmann, Solingen und Ludwig Hagen entgegen; sie vertraten den Standpunkt, daß unsere Fraktion Obstruktion hätte treiben müssen, mit den Volkshandräubern müßten unsere Genossen einmal ernstlich Fronten reden. Der Erbanfallsteuer hätte die Fraktion in dritter Lesung nicht zustimmen dürfen. Genosse Hengsbach erklärte, daß er dieser Ansicht stets Ausdruck verliehen habe. Zum Schluß befristete Genosse Dittmann folgende von ihm eingebrachte Resolution:

„Der Parteitag betrachtet es als ein Gebot grundsätzlicher proletarischer Politik, Steuerfragen im Reich nicht isoliert und lediglich vom Standpunkt des kleineren Übels aus, sondern stets nur von unserem grundsätzlichen Standpunkt zum Klassenkampf im Zusammenhang mit den Erfordernissen der allgemeinen politischen Situation und besonders mit der Schaffung demokratischer Verfassungszustände zur Entscheidung zu bringen.“

Vom Genossen Dittmann war in der Diskussion die Behauptung aufgestellt worden, daß, wenn Vebel in Körperlicher Frische den Kämpfen im Reichstage hätte beizuwohnen können, er die belannte Erklärung auf dem Parteitage in Leipzig wohl nicht abgegeben haben würde. Dieser Auffassung widersprach Genosse Ebert ganz entschieden. Vebel habe den Verhandlungen im Reichstage seine volle Aufmerksamkeit gewidmet und die Erklärung entspräche vollständig dem, was er in Briefen und Gesprächen zum Ausdruck gebracht.

Gegen die Annahme der Dittmannschen Resolution erhob sich Widerspruch, nicht weil der Parteitag mit der Tendenz nicht einverstanden war, sondern weil man nicht wollte, daß die Diskussion, die im Laufe des Jahres in den einzelnen Organisationen über die Steuerfrage gepflegt werden soll, unterbunden werde. Der Parteitag nahm schließlich einstimmig einen Antrag an, den die Kreisleiter im Einverständnis mit Dittmann stellten. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteitag stimmt der allgemeinen Tendenz der Resolution Dittmann zu, sieht aber von einer formellen Beschlußfassung über dieselbe ab, da sie den Parteiorganisationen des Bezirks nicht zur Diskussion vorgelegen hat und der Parteitag über eine so wichtige Frage ohne vorherige gründliche Diskussion keine endgültige Entscheidung treffen möchte.“

Der Parteitag fordert aber die Genossen des Bezirks auf, namentlich überall in eine Diskussion über die Steuerfrage einzutreten und dabei die Resolution des Genossen Dittmann zur Grundlage zu nehmen.“

Um das Organisationsstatut des Bezirks dem der Gesamtpartei anzupassen, was auf dem Parteitag in Leipzig beschlossen worden ist, hatte das Agitationskomitee einen Entwurf ausgearbeitet. Aus ihm, der einstimmig angenommen wurde, heben wir einige Bestimmungen hervor. Die Form der Wahlkreisorganisation ist eine streng zentralistische, selbstständige Ortsgruppen dürfen nicht gebildet werden. An Mitgliedsbeiträgen müssen erhoben werden für männliche Mitglieder 40 Pf., für weibliche 30 Pf. bei Gratislieferung der „Gleichheit“. Von den regelmäßig erhobenen Beiträgen sind 12 Prozent an das Agitationskomitee abzuführen. Die Delegation zu dem Bezirksparteitage ist in der Weise geregelt, daß jeder Kreis drei Delegierte entsenden kann. Auf jede Vollzahl von 400 Mitglieder entfällt ein weiterer Delegierter.

Der Parteitag nahm zum Internationalen Kongress, der in Kopenhagen stattfinden soll, Stellung und wählte als Delegierte des Bezirks die Genossen Dittmann, Hengsbach und Haberland-Eberfeld-Darmen. Genosse Verten-Düsseldorf wurde als Erfaymann gewählt.

Der Parteitag akzeptierte eine Resolution des Genossen Dittmann, durch die das Internationale Bureau angeregt werden soll, wenn möglich die Steuerfrage auf die Tagesordnung des Kongresses zu legen.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Altena-Flersb.-Südenscheld wollen am 1. November eine eigene Zeitung, in eigener Druckerei hergestellt, herausgeben, für welches Projekt sich das Agitationskomitee nicht erörtern konnte, weil die Vorbedingungen für ein solches Unternehmen in dem Kreise nicht vorhanden sind. Der Genosse Ebert warnte entschieden vor derartigen Gründungen, der Parteivorstand könne solche Unternehmungen, welche den Stein der Schwindsucht bei der Geburt schon in sich tragen, im Interesse der Gesamtpartei nicht unterstützen.

Die auf dem Leipziger Parteitag gefasste Resolution für den Schnapsbockott wurde durch einen entsprechenden Antrag stark unterstützt.

Ein Antrag des Wahlkreises Essen, zur Schaffung eines Bezirksfonds für die Opfer der Kaiserfeier von jedem Mitgliede pro Jahr 1 Mark zu erheben, wurde durch folgenden Zusatzantrag erledigt, der Annahme fand:

„Der Parteitag erklärt sich mit dem Antrag Essen betreffend Schaffung eines Bezirksfonds für die Kaiserfeier grundsätzlich einverstanden. Da jedoch für die Bildung dieses Fonds besondere Bezirke gebildet werden sollen, so wird der Antrag dem Agitationskomitee als Material überwiesen. Das Agitationskomitee hat den Antrag bei den Leitungen der neugebildeten Bezirke zu vertreten.“

Das Agitationskomitee behält seinen Sitz in Eberfeld.

Vom Fortschritt der Presse. Die „Schwäbische Tagwacht“ erschien am Montag zum ersten Male in neuem Gewande. Unser Stuttgarter Organ hat ein neues Heim, eine eigene Druckerei bezogen und bei dieser Gelegenheit ein neues Kleid angelegt, an Stelle der bisherigen schmalen Spalten die Teilung der Seite in drei breite Spalten und ein etwas verfeinertes handliches Format eingeführt. Möge unser schwäbisches Parteiorgan in der neuen Gestalt recht viel neue Leser gewinnen.

Konzentration der Wählblätter. Der „Süddeutsche Postillon“, das seit dem Jahre 1881 im Verlage des Genossen M. Ernst in München erscheinende Wählblatt, ist, da es andauernd Kränklichkeit dem Genossen Ernst unmöglich macht, das Blatt weiter zu führen, in den Verlag der Firma Paul Singer in Stuttgart übergegangen. Die nächste Nummer ist die letzte, die in München erscheint. Die darauffolgende Nummer vom 16. November wird bereits in Stuttgart herausgegeben werden.

Es werden also nun der „Wahre Jakob“ und der „Süddeutsche Postillon“ im selben Verlage erscheinen.

Warnung.

Mit einem Empfehlungsschreiben, angeblich ausgefertigt von dem Vorstand der finnischen Sozialdemokratie, versehen, brandschmied ein gewisser Olaf Ransen zurzeit die Genossen in Pommern, West- und Ostpreußen.

Das Empfehlungsschreiben ist nicht von dem Vorstand der finnischen Sozialdemokratie ausgefertigt. Dem Vorgeizer ist, wo er auftaucht, der Laufpaß zu geben.

Aus Industrie und Handel.

Weitere Steigerung der Schweinepreise.

Die Aufwärtsbewegung der Schweinepreise nimmt noch immer kein Ende. In zwei Städten, und zwar in Plauen i. V. und in Stuttgart, geht der Höchstpreis für Schweine Anfang Oktober dieses Jahres bis auf 164 M. pro Doppelzentner hinauf, während im ganzen Jahre 1908, das als „Teuerungsjahr“ bezeichnet wird, der höchste Preis mit 150 M. notiert wurde. Aber nicht nur die beste Sorte hat sich so verteuert, sondern auch die geringen Qualitäten steigen zum Teil beträchtlich höher als 1908. Ein Vergleich mit dem Vorjahr aber zeigt erst recht, welche ungewöhnliche Höhe die Schweinepreise in diesem Jahre erreicht haben. Die Städte, in denen die Preise auf ein ganz besonders hohes Niveau

gelangt sind, sind folgende, 50 Kilo Lebendgewicht Koffein in Paris Anfang Oktober:

	1908	1909
Stuttgart	66-78	70-82
Plauen i. V.	65-74	74-83
Dresden	61-71	70-80
Frankfurt a. M.	65-74	72-79
München	66-69	70-79
Hildesheim	68-74	65-79
Breslau	66-68	60-78
Berlin	62-66 1/2	69-78

Besonders zahlreich ist Sachen unter den Städten mit den höchsten Schweinepreisen vertreten. Im Vergleich zum Vorjahre haben sich die Schweinepreise vornehmlich in München, Breslau und Berlin vermindert; in Breslau beträgt die Steigerung bis zu 15 M. Nicht weit hinter den Preisen in den angeführten Orten bleiben die in anderen deutschen Städten zurück. So verzeichnet Chemnitz z. B. Anfang Oktober einen Preis von 65-77 M. gegen 68-70 M. am selben Zeitpunkt 1908. In Mannheim beträgt der Preis im laufenden Jahre 77 M. für die beste Sorte gegen 72 M. im Vorjahre.

Die Milchpreise weisen in Deutschland außerordentliche Differenzen auf. Der Preis stellt sich z. B. in Lissit auf 13, in Potsdam auf 23 Pf. pro Liter. Einen Durchschnittspreis von 22 Pf. pro Liter bezwecken Altona, Hamburg a. G., Hanau, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Köln. Auch in Berlin, Brandenburg a. S., Gleiwitz, Magdeburg, Halle a. S., Doornum, Kassel, Koblenz, Düsseldorf, Essen, Reuß, Trier und Aachen stehen die Milchpreise sehr hoch; sie betragen in diesen Städten 20 bis 21 Pf. pro Liter, während der gesamte Durchschnittspreis in 50 Städten 19 Pf. beträgt. Sehr hoch ist die Anzahl der Orte, in denen der Milchpreis 18 Pf. pro Liter beträgt. Zu ihnen gehören Frankfurt a. O., Kottbus, Stettin, Posen, Götting, Königshütte i. Oberschl., Erfurt, Kiel, Hannover, Hildesheim, Wiesfeld, Baderborn, Riefeld und Sigmaringen. Unter das Niveau von 18 Pf. gehen verhältnismäßig wenig Städte mit ihren Milchpreisen hinab. Der Preis von 17 Pf. pro Liter wird nur dreimal, und zwar in Bromberg, Breslau und Münster notiert. Der Preis von 16 Pf. findet sich schon ziemlich selten; ihn treffen wir in Danzig, Graudenz, in Straßburg, Liegnitz, Plessburg und Emden an. 1 Pf. werden nur in drei größeren Orten, nämlich in Königsberg i. Pr., Köslin und Stade bezahlt. Die niedrigsten Preise, 14 und 13 Pf. pro Liter, finden sich in Memel, Lissit und Alsenstein. Bemerkenswert ist vor allem die Erscheinung, daß im Norden und Osten Deutschlands die Preise viel niedriger sind als im Süden und im Westen.

Schutzmaß, Zweck und Wirkung. „Kaum hat der neue Tarif,“ so schreibt die „New Yorker Handelszeitung“, „den Wünschen der einheimischen Fabrikanten gemäß, für Uhren und Uhrenteile Zollhöhen dekretiert, auch sonstige Bestimmungen getroffen, welche bezwecken, die Einfuhr von Taschenuhren und Teilen solcher, wie sie die Schweiz hauptsächlich hierher liefert, zu erschweren, da sehen sich die leitenden hiesigen Fabrikanten, unter denen notorisch ein Kartell besteht, veranlaßt, einen Aufschlag ihrer Preise anzukündigen. Nachdem die westlichen Fabrikanten damit den Anfang gemacht hatten, haben die des Ostens, mit der Wallham Watch Co. an der Spitze, dem Vorgehen jetzt folge geleistet, angeblich mit Rücksicht auf die höheren Materialkosten. Gleichzeitig wird in der Tagespresse über eine „Krisis in der Schweizer Taschenuhrenindustrie“ berichtet, für welche der neue Tarif verantwortlich sein soll. Ungleichmäßig bringt somit der letztere in diesem Falle nur einigen wenigen einheimischen Fabrikanten Vorteil, wogegen die große Masse der amerikanischen Konsumenten geschädigt und im Ausland eine bittere Stimmung gegen Amerika erzeugt wird.“

Soziales.

Justizminister gegen den Verfassungsunfug der Staatsanwaltschaft.

Nach dem Gesetz steht bekanntlich der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, nicht nur dann, wenn neue Momente eine andere Verteilung angezeigt erscheinen lassen, das Recht der Verurteilung gegen Schöffengerichtsurteile zu. Bei einigen Staatsanwaltschaften hat man von diesem Recht seit dem Gebrauch gemacht, wenn der Angeklagte seinerseits Verurteilung eingeleitet hatte. Ja, in einigen Bezirken ist man zu der Anweisung geschritten, in allen Fällen Verurteilung einzulegen, in denen nicht der Anklage entsprechend entschieden ist. Die Einlegung der Verurteilung lediglich deshalb, weil der Angeklagte Verurteilung eingeleitet hat, wirkt naturgemäß als Abschreckung gegen das Recht des Angeklagten, ist kein Zeichen für die Vornahme sorgfältiger Erwägungen seitens der Anklagebehörde vor ihren Handlungen und zeigt auch nicht von Achtung vor Gerichtsurteilen seitens dieser Verwaltungsbehörde. Wiederholt ist über den Mißbrauch der Einlegung staatsanwaltlicher Verurteilungen im Reichstag und in Landtagen geklagt worden. Jetzt ist zur Eindämmung des geschilderten Übels eine Verfügung des Justizministers ergangen, die dahingehet:

1. Die Staatsanwaltschaften und Amtsanwaltschaften haben von dem Rechtsmittel nur mit sorgfältiger Auswahl und nur dann Gebrauch zu machen, wenn sich überwiegende sachliche Gründe aus der Beschaffenheit des Einzelfalles oder etwa aus der allgemeinen Bedeutung von Rechtsfragen ergeben. Nur unter dieser Voraussetzung und mit Beschränkung auf den Einzelfall sind auch vorgängige Weisungen des Oberstaatsanwalts an den Amtsanwalt, gegen ein etwaiges freisprechendes Urteil Verurteilung einzulegen, zulässig.

2. Für die Entscheidung darüber, ob Verurteilung einzulegen sei, darf die Tatsache, daß der Angeklagte seinerseits Verurteilung eingeleitet hat, nicht entscheidend sein. Auch in solchen Fällen ist von der Staatsanwaltschaft (Amtsanwaltschaft) nur dann gleichfalls Verurteilung einzulegen, wenn nach ihrer Überzeugung eine erhebliche Milderung des Urteils zum Nachteil des Angeklagten erforderlich erscheint.

3. Erachtet bei Berücksichtigung vorstehender Grundsätze der Amtsanwalt die Einlegung der Verurteilung für geboten, so soll er, soweit es die Frist und die sonstigen Umstände gestatten, vor der Einlegung die Meinung des vorgesehnen Oberstaatsanwalts einholen. Soweit dies nicht tunlich erscheint, ist sofort nach Einlegung der Verurteilung dem Oberstaatsanwalt Gelegenheit zur Entscheidung darüber zu geben, ob das Rechtsmittel weiter zu verfolgen oder etwa zurückzunehmen sei.

Dieser verständliche Erlaß ist für Württemberg ergangen — für Preußen darf noch wie vor ohne Beachtung der vorstehenden Grundsätze Verurteilung eingeleitet werden. Gesehliche Verurteilung des staatsanwaltlichen Verurteilungsrechts wird Aufgabe der neuen Strafprozessordnung sein.

Die Beleidigung des Arbeitgebers nach erfolgter Entlassung ein Entlassungsgrund?

Die Kammer 2 des Oberverwaltungsgerichts hat in einer gestern behandelten Prozeßsache eine Ansicht bekundet, die dem Rechtsempfinden der Arbeiter und dem vieler Arbeitgeber und auch dem Gesetz entgegenstehen dürfte. Die Seidenweblerin Frau G. stand bei der Mechanischen Seidenweberei, G. m. B. H., in der Reinickendorfer Straße in Arbeit. Sie wurde am 5. September entlassen, weil sie am Tage zuvor beim Nachhausegehen eine in der geöffneten Tür des Fabrikraumes liegende wertvolle, verbeulte Delle (ein 15 Litergefäß), über die sie hätte hinwegsteigen müssen, mit dem Fuß beiseite gestoßen hat, so daß sie die Treppe hinunterfiel. Die Beklagte erklärte hierin eine vorsätzliche Sachbeschädigung im Sinne des § 123 Abs. 6 der Gewerbeordnung, die zur Entlassung berechtige. In der Verhandlung wendete sie ferner ein, die Klägerin habe eine

Mitarbeiterin zu Handlungen zu verleiten gesucht, die wider Gesetz und gute Sitten verstoßen; denn sie habe diese zur Aufgabe ihrer Stellung zu bestimmen gesucht. Nach der Weisaufnahme stellte sich die Sache so dar, daß die Arbeiterin sich der Klägerin gegenüber beklagte, daß sie zu geringem Lohn erhalte und zu Arbeiten herangezogen werde, die ihr nicht zulämen. Da sie ihre Stellung zu wechseln beabsichtigte, gab ihr die Klägerin die Adressen einiger Firmen, die mehr an Lohn zu zahlen pflegen als die Beklagte. Im gefirigten Termin erhob die Beklagte erst auf Befragen oder richtiger gesagt Anraten des Kammerpräsidenten Magistratssekretär Dr. Wagner noch den Einwand, daß die Klägerin den Geschäftsführer der Beklagten grüßlich beleidigt habe. Die Weisaufnahme ergab: Die Klägerin hat nach der bereits erfolgten Entlassung am Abend des Entlassungstages auf dem Heimwege einer Mitarbeiterin gesagt, sie werde die Firma verlassen. Dabei ließ sie in ihrer Erregtheit eine den Geschäftsführer beleidigende Äußerung fallen.

Das Gericht empfahl nach langer Beratung der Klägerin, die Klage zurückzunehmen, da dieselbe aussichtslos sei. Der Fall mit der Delle und der Adressenangabe von besser zahlenden Firmen an die Mitarbeiterin rechtfertigt die Entlassung nicht. Die beleidigende Äußerung hätte sie aber nicht tun dürfen. Die Klägerin beklagte leider, um Kosten zu sparen, den Fall.

Der Klägerin hätte der Klagenanspruch zugestimmt werden sollen. Nach § 123 Ziff. 6 der Gewerbeordnung ist der Arbeitgeber zur Kündigungsfreiheit Entlassung berechtigt, wenn der Arbeiter sich grober Beleidigungen gegen den Arbeitgeber oder seinen Vertreter zuschulden kommen läßt. Die Entlassung ist aber nach Absatz 2 des § 123 „nicht mehr zulässig“, wenn die Beleidigung dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt ist. Im vorliegenden Fall ist der Entlassungsgrund erst gestern, also nach mehr als 2 Wochen geltend gemacht. Das verstößt gegen den klaren Wortlaut der zitierten Gesetzesbestimmung, selbst wenn man an sich die Ansicht billigt, daß ein Vorfall, der nach der Entlassung sich ereignete, noch einen Grund zur Entlassung abgeben konnte. Netherdies hat ja die Firma oder ihr Vertreter von ihrem eventuellen Recht, wegen Beleidigung zu entlassen, auch nicht innerhalb der 14 Tage, die nach als Vertragszeit erachtet werden konnten, noch überhaupt als Entlassungsgrund geltend gemacht, sondern lediglich die Einrede erhoben, er hätte wegen der Beleidigung entlassen können. Wäre das Gericht trotzdem zu einem abweisenden Urteil gelangt, so wären die Gründe dafür interessant gewesen, weshalb das zitierte Gesetz auf den vorliegenden Fall nach Ansicht des Gerichts nicht anwendbar war.

Prämien für Betrug von Arbeitern.

In Plauen wurde der Stickerfabrikant Mauresberger nach sechslägiger Gerichtsverhandlung wegen Betruges zu 1500 M. Strafe verurteilt. Mauresberger hatte die Stickerfabriken gefälscht, indem er weniger Stiche angab, als diese tatsächlich enthielten. Nach den Stickerfabriken wurden die Stickerlöhne berechnet.

Gegen eine Faldenteiler Firma steht ein ähnlicher Prozeß bevor. Diese Firma hatte auf den Stickerfabriken die Stiche auf 13 000 angegeben, in Wirklichkeit enthielten diese aber 23 000. Der Sticker bekommt für 1000 Stiche 18 Pf. und der Stickermaschinenbesitzer 82 Pf. Man kann hieraus ersehen, welche einträgliches Geschäft diese Art von Betrugerei ist. Die Sticker sind in letzterem Fall bis zu 15 M. wöchentlich, je nach dem Beschäftigungsgrad, geschädigt worden.

Die Strafe steht deshalb in keinem Verhältnis zu dem Vorteil, welchen Mauresberger durch die unterzählten Schalflonen hatte, sondern muß wie eine Prämie für Betrugerei zu neuen Betrugereien ähnlich wie die bekannten gelinden Strafen gegen Kassenbeitragsunterschläger wirken.

Um in Zukunft vor solchen Betrugereien geschützt zu sein — sie sind fast allgemein geworden — fordern die Sticker die Anbringung von Stickerzählapparaten. Man sollte annehmen, daß hier eine Harmonie der Interessen vorliegt, welche die reell denkenden Fabrikanten zur Unterstützung dieser Bestrebungen der Arbeiter veranlassen muß. Inzwischen kränkt sich zurzeit noch die Mehrzahl der Fabrikanten gegen die Verhinderung von Betrugereien durch die geforderten technischen Einrichtungen. Doppelt bedauerlich ist, daß durch die Milde von Strafen, deren Höhe geringer ist als der durch Betrugereien erzielte Vorteil, die unreellen Fabrikanten in ihrem Kampf gegen mechanische Zählapparate unterstützt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Immer enger gestaltet sich der Kampf um das Bürgerrecht der Frau. Die Womens Freedom League (Liga für Frauenfreiheit) hat Monate hindurch eine förmliche Belagerung des Parlamentes durchgeführt, um die praktische Anerkennung des jedem englischen Staatsbürger durch das Gesetz gewährleisteten Petitionsrechtes für die Frauen zu erreichen. Stets gelang es Mr. Asquith, dem Premierminister, unter Außerachtlassung jeder ministeriellen Würde, den hartnäckigen Petentinnen zu entweichen. Kürzlich war die Liga in der Lage, die zehntausendste Stunde der Belagerung des Unterhauses zu feiern. Den Versuch eines „Päpales“ von Frauen, den Premierminister vor seinem Hause abzulangen, um ihn zum Empfang einer Deputation zu veranlassen, beantwortete er brutal durch Verhaftung ihrer Führerinnen.

Zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Garde Mr. Asquiths und den bürgerlichen Stimmrechtskämpferinnen, den „Suffragettes“, kam es kürzlich in Birmingham, wo der Premierminister den männlichen Steuerzahler Rechnung über die Führung der Regierung abzulegen hatte. Die Suffragettes hielten es für zweckmäßig, die Gelegenheit wahrzunehmen, um den ersten Beamten des Reiches daran zu erinnern, daß die Frauen ganz ebenso wie die Männer durch das Budget betroffen werden. Ein starkes Polizeiaufgebot bedeckte den Minister und verhinderte die Frauen, in den Versammlungssaal einzudringen. Auf's äußerste gereizt, sollen sich die Suffragettes nun zu tödlichen Angriffen auf die Polizei haben hinreißend lassen. Reue Damen wurden bei dem Kampfe verhaftet und zu mehrmonatlicher harter Zwangsarbeit verurteilt. Sie protestierten gegen ihre Behandlung als Gefangene zweiter Klasse und forderten die Vergünstigungen, die den politischen Gefangenen zufließen, da ihre Demonstration mit allen ihren Folgen einen rein politischen Charakter trug. Natürlich gab die Regierung diesem Verlangen nicht nach, und als die Gefangenen diese neue Rechtsbewegung mit dem Hungerstreik beantworteten, setzte Mr. Gladstone, der Staatssekretär des Innern, der Brutalität der Regierung die Krone auf, indem er ihnen durch Gefängnisstrafen die Nahrung mit Gewalt einzupumpen ließ. Es scheint unglücklich, daß im 20. Jahrhundert solche barbarischen Methoden gegen gefangene Frauen angewandt werden, die nur ihre Rechte fordern. Eigentlich nimmt folgende Szene, die sich im Unterhause abspielte, als der Gebrauch der Magenpumpe zur gewaltsamen Ernährung der Eingekerkerten erörtert wurde. Mr. Keir Hardie, der bekannte Führer der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei): Will der ehrenwerte Herr sagen, ob die Nahrung durch die Nasenlöcher eingepumpt wird oder durch eine in den Schlund eingeführte Röhre? — Mr. Mastermann: Ich glaube, das zweite Verfahren wird ausschließlich angewandt. — Keir Hardie: Das ist eine entsetzliche Schmach! (Wächter.) — Mr. Mastermann: Diese Behandlung unterscheidet sich in nichts von der der anderen Gefangenen. (Zustimmung und Heiterkeit.) — Keir Hardie rief darauf den lebenden Koflingen, die sich mit Stolz englische Gentlemen nennen, zu, daß erst kürzlich ein Mann insolge derartiger roher Behandlung verstarb. — Netherhaupt muß man sagen, daß eine Brutalität dadurch nicht kleiner, sondern vielmehr verdoppelt wird, daß sie bei den Geschlechtern zugefügt wird.

Gerichts-Zeitung.

Zigarettenmarkenfälschungen.

Einen äußerst schwierigen Kampf gegen unberücksichtigte Fälschung von Zigarettenmarken führt seit langer Zeit schon die Zigarettenindustrie, in welcher alle Augenblicke neue Fälschungen bekannter Marken in dem Handel erscheinen. Daß diese Fälschungen ganz gewerbmäßig betrieben werden und sich schon zu einer recht klüßelnden Industrie entwickelt haben, zeigte eine Verhandlung gegen den Zigarettenfabrikanten Franz Lehmann und dessen Ehefrau Henriette L., sowie mehrere Gastwirte und Zigarettenhändler, welche sich hier wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Warenbezeichnung vor dem Strafgericht zu verantworten hatten. Der Angeklagte Lehmann ist wegen Fälschungen der Marke „Garbath“ schon zu 9 Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldbuße und ferner zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Trotzdem betreibt er dieses Handwerk unentwegt weiter, so daß insbesondere die Firma J. Garbath-Rosenthal in Pawlow ein ganzes Heer von Angestellten zu halten genötigt ist, die weiter nichts zu tun haben, als ständig den Fälschern und ihren Abnehmern auf der Spur zu bleiben.

Im November vorigen Jahres tauchten bei zahlreichen Gastwirten in Berlin und Umgegend gefälschte Garbath-Zigaretten „Königin von Saba“ auf, die sämtlich von den Lehmannschen Eheleuten herrührten. Die Folge einer Hausdurchsuchung war die sechste Anklage, welche auch auf die Abnehmer der Fälschungen ausgedehnt wurde, da diese bei Ankauf der gefälschten Zigaretten fahrlässig gehandelt hatten. Der Produzent der Firma Garbath, Wieser, beklagte vor Gericht, daß der von den Fälschern der Zigarettenindustrie zugefügte Schaden in die Hunderttausende gehe. — Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf den immensen Schaden, daß einer Industrie durch derartige gewerbmäßige Fälscher zu gefügt werde, gegen die Eheleute Lehmann 6 bezw. 2 Monate Gefängnis, während Rechtsanwalt Dr. Jaffe die Anklage der Angeklagten als mildern den Gesichtspunkt hervorhob. Das Gericht erkannte gegen den Eheleute Lehmann auf 3 Monate Gefängnis und 200 M. Geldstrafe und gegen die Ehefrau L. auf 3 Wochen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe. Außerdem wurde der geschädigten Firma Garbath eine Buße von je 100 M. zugesprochen. Die Abnehmer der gefälschten Zigaretten wurden zu kleinen Gefängnis bezw. Geldstrafen verurteilt.

Tafel aus der Haft entlassen.

Für Tafel sind 20 000 M. Kaution gezahlt. Er ist daraufhin aus der Haft entlassen. Die Einzahlung ist nicht vom Verleger Bruhn erfolgt.

Zum Göttinger Todesurteil.

Gegen das vom Schwurgericht in Göttingen gegen die Modistin Auguste Jöbel ergangene Todesurteil hat der Verteidiger die Revision angemeldet. Insbesondere soll die Revision darauf gestützt werden, daß die Briefe, die die Angeklagte an verschiedene Personen gerichtet hat, von der Staatsanwaltschaft ohne richterliche Beschlagnahme einfach zurückgehalten sind. Wie behauptet wird, hatte man hier von der Angeklagten keine Kenntnis gegeben, so daß diese immer wieder Briefe schrieb, welche stets von neuem als Beweismittel zurückgehalten worden sein sollen. Nach Ansicht des Verteidigers sind gerade diese Briefe geeignet, das Verlangen nach neuer Untersuchung des Geisteszustandes der Angeklagten zu rechtfertigen, da ihr kranker Inhalt auf eine Geistesstörung hindeute. Dafür spreche auch das Verhalten der Angeklagten während der Verhandlung und nach der Urteilsverkündung. Sie hatte am nachfolgenden Tage ihre Haftung vollständig wiedererhalten und hat sogar wiederholt gelacht. Am Tage der Urteilsverkündung war sie lediglich deshalb in Aufregung geraten, weil sie ihre Schwester, an der sie sehr hängt, auf dem Vorhonor Verzweiflungsschreie ausstoßen hörte. — Vermutlich wird sich gegen eine über das Geständnis der Angeklagten vernommene Zeugin in Verfahren wegen Meineids entwickeln. Diese hatte behauptet, daß sie die Nachrichten über die Tat nur von der Angeklagten hätte, während eine darauf vernommene Zeugin erklärte, daß sie der Vorzeugin derartige Mitteilungen gemacht habe und daß diese Mitteilungen aus dem „Mitteler Anzeiger“ stammten. Dies hatte die Angeklagte behauptet; die betreffende Belastungszeugin hatte es aber auf Befragen des Verteidigers bestritten. Letzterer will beantragen, ob die Sache vor ein anderes Schwurgericht, womöglich nach Berlin, zu verweisen.

Streikbrecher.

Von welcher Qualität die „nützlichen Elemente“ sind, erfährt man wieder in einer Verhandlung des Landgerichts Nürnberg. Gegen einen oft vorbestraften Dieb namens Raub sollte wegen eines neuerlichen Diebstahls verhandelt werden. Als die Sache außergerichtet wurde, war der Angeklagte nicht da. Als man sich aber erkundigte, erfährt man, daß er in der Zelluloidwarenfabrik von Gebr. Wolff, wo die Arbeiter seit Wochen in einem heißen Streik kämpften, Streikbrecherdienste leistet. Aufseiner glaubte er, als Hausreicher könne ihn auch die Justiz nicht weiter befehlen. Das Gericht ließ ihn jedoch vorführen und verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis. Die Vorstrafen dieses Streikbrecher-Küsterknaben waren recht erheblicher Art. Sind es die Vorstrafen, die es veranlassen, daß diese Gesellschaft durch die Polizei so sorgsam „geschützt“ und in eigenen Strohhütten-Sonderwagen befördert werden, damit sie mit ehrlichen Arbeitern nicht in Verührung kommen?

Opfer der Arbeit.

Vom Landgericht Halle a. S. ist am 28. Mai der Obersteiger Ottomar Seifert wegen Übertretung des Vergesetzes zu 30 M. Geldstrafe und wegen fahrlässiger Tötung zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er ist auf der Grube „Friedrich III.“ bei Bitterfeld angestellt und hatte einen Stollen für den Tagbau herstellen lassen. Weil die drei letzten Felder desselben nicht genügend verzimmert waren, stürzten sie ein und töteten den dort tätigen Häuer H. Der Angeklagte hatte angeordnet, Hilfsböler zu holen oder die Arbeit einzustellen. Hilfsböler waren aber nicht zu beschaffen gewesen und H. hatte doch weitergearbeitet. In seiner Revision berief sich der Angeklagte darauf, daß er doch für den erwähnten Fall die Einstellung der Arbeit angeordnet habe. Das Reichsgericht verwarf am Montag jedoch die Revision, da der Angeklagte einen ganz bestimmten Befehl hätte erteilen müssen und es nicht dem Ermessen der Arbeiter hätte überlassen müssen, ob sie weiterarbeiten sollten oder nicht.

Grober Unfug durch die Presse?

Der Seher Paul Jelle in Konstantinopel hatte beim Schen eines Artikels für den Osmanischen Lloyd den Namen eines Schriftstellers absichtlich entstellt, so daß ein uneheliches Wort entstand. Bei der Korrektur wurde dieser Seherstreich übersehen. Die nichtdeutschen Blätter machten über den angelegenen Namen höhnische Bemerkungen. Das deutsche Konsulargericht in Konstantinopel verurteilte Jelle am 11. Juni dieses Jahres wegen groben Unfuges zu einer Woche Haft, da der Angeklagte wusste, daß die Veröffentlichung das Publikum belästigte und beunruhigte. — Auf die Verurteilung des Angeklagten hob am Montag das Reichsgericht das Urteil auf und stellte das Verfahren ein. Nach der neueren Rechtsprechung kann, hieß es in den Gründen, der Unfugparagraf nur angewendet werden, wenn der äußere Bestand der Ordnung gestört oder verletzt ist. Die Wahrung einer deutschen Zeitung ist aber noch keine Störung der Ordnung. Auf Einleitung, nicht auf Freisprechung mußte erkannt werden, weil die Tat des Angeklagten eine Beleidigung des deutschen Schriftstellers darstellte, die zur Verurteilung hätte führen können, wenn ein Strafantrag vorlagte.

W. WERTHEIM G. m. b. H.

Friedrichstraße 110-112 *Passage-Kaufhaus* Friedrichstraße 110-112

Damen- und Bettwäsche

in vorzüglichen Qualitäten und bester Verarbeitung.

DAMEN-TAGHEMDEN

Achselschluß mit Stickerel ..	1.50	1.75
Madapolam mit Madetra-Press	1.85	
Fassonschnitt in eleganten Garnierungen	2.25	2.50 2.90
Hochelegant verarbeitet	3.75	4.50

BEINKLEIDER

Knieform mit Einsatz und Ansatz	1.75	2.25
Knieform elegant garniert.	2.50	2.75
Priesenform in Chiffon und Barchent mit Stickerel	1.50	1.75
Priesenform Barchent mit Lang.	1.95	2.25

NACHTHEMDEN U. NACHTJACKEN

Nachthemd hübsch garn.	3.50	3.75	4.50
Nachthemd elegant ausgeführt .	6.00	7.50	
Nachtjacken Barchent mit Stickerel	1.95	2.25	
Nachtjacken mit Languetten ..	1.75	1.95	

KINDER-WÄSCHE

Mädchenhemden in 11 Größen	von 50 Pf. bis	1.65
Fassonschnitt in 11 Größen	von 60 Pf. bis	1.75
Knabenhemden in 8 Größen	von 55 Pf. bis	1.25
Knabenhemden mit langen Ärmeln	von 1.10 bis	1.60
Knabenhemden mit Ausschnitt	von 60 Pf. bis	1.30
Mädchen-Beinkleider in 10 Größen	von 65 Pf. bis	1.55
Mädchen-Beinkleider Knieform in 8 Größen mit breiter Stickerel	95 Pf. bis	1.80

BETT-WÄSCHE

Louisianatuch	Deckbett 2.75	Kissen 80 Pf.
Hemdentuch	Deckbett 3.25	Kissen 90 Pf.
Louisianatuch	prima Deckbett 4.00	Kissen 1.25
Dimiti und Damast	Deckbett 4.85	Kissen 1.25
Damast beste Qualität	Deckbett 6.00	Kissen 1.50
Bunte Bezüge	Deckbett 2.50 3.00	Kissen 75 Pf. 1.00
Betttücher prima Dowlas ohne Naht	1.75	2.00
Betttücher prima Halbbleinen	1.75	2.25 2.50

Bett-Federn in großer Auswahl.

TASCHENTÜCHER

Englische Batisttücher Seiden-Imitation	Stück 28 Pf.
Batisttücher f. Damen m. Hohlsaum	Stück 15 Pf.

Englische Batisttücher mit Hohlsaum	6 Stück 2.25
Batisttaschentücher mit Buchstaben	6 Stück 1.25

Reinleinen Taschentücher für Damen u. Herren Dtz.	2.90 3.25 4.50
Seidene Taschentücher in modernen Farben ... durchweg	Stück 50 Pf.

Einmaliges
Angebot!

Wäschestoffe u. Tischzeuge

Besonders
preiswert!

WÄSCHE-STOFFE

Elsasser Hemdentuch Mtr.	28 35 45 52 Pf.
Renforcé feinfädig	Meter 42 48 56 Pf.
Maccotuch f. feine Leibwäsche .	Meter 50 60 Pf.
Louisianatuch für Leib- und Bett- wäsche, 80 cm breit	Meter 38 45 55 Pf.
Louisianatuch für Bettwäsche, 130 cm breit	Meter 65 80 95 Pf.
Bettsatin 80 cm breit	Meter 45 55 75 Pf.
Bettsatin 130 cm breit ...	Meter 68 85 Pf. 1.15
Bettdamast modernes Muster, 80 cm breit	Meter 60 85 Pf. 1.05
Bettdamast modernes Muster, 130 cm breit	Meter 95 Pf. 1.20 1.50
Lakendowlas 150-160 cm breit	68 85 Pf. 1.10
Lakenhalbleinen ganze Breite	85 Pf. 1.05 1.35

TISCHZEUGE U. SERVIETTEN

Jacquard-Tischtücher gestümt	
Gr. ca. 115/125	95 Pf. Gr. ca. 130/130 . 1.10 1.50
Gr. ca. 130/160	1.75 Gr. ca. 130/200
	2.25
Servietten Gr. ca. 60/60	Dtz. 3.60
Jacquard-Tischtücher Rein Leinen, gestümt	
Gr. ca. 130/130	2.40 2.65 3.15
Gr. ca. 130/160 ...	3.25 Gr. ca. 160/160 .. 3.95
Gr. ca. 160/225 ...	5.25 Gr. ca. 160/280 .. 6.75
Gr. ca. 160/340 für 12 Personen	7.75
Servietten ca. 60/60 ..	5.25 Rein Leinen .. 6.00
Servietten ca. 60/60 ..	3.50 Halbleinen ... 4.25

HANDTÜCHER U. WISCHTÜCHER

gestümt und gebündert	
Drell-Handtücher Gr. ca. 42/100	4.00
Drell-Handtücher Rein Leinen Gr. ca. 50/110	6.50
Gerstenkorn-Handtücher Gr. ca. 50/110	5.90 6.50
Jacquard-Handtücher Rein Leinen	Dtz. 5.90 6.50 7.60
Küchen-Handtücher Gerstenkorn m. roter Kante Gr. ca. 40/100	2.90
Gr. ca. 48/110	3.80 4.50
Küchen-Handtücher Rein Leinen Gr. ca. 40/100 ,	4.75 Gr. ca. 48/110 . 6.25
Rolltücher	75 95 Pf. 1.25
Wischtücher	Dtz. 2.50 2.90 3.20
Staubtücher	Dtz. 1.10 1.50 1.75

Ein großer Posten
Einzelne Tischtücher u. Servietten
in Jacquard und Damast.
Besonders wohlfeil. Besonders wohlfeil.

Reste und Abschnitte von
Spitzen, Spitzenstoffen
:: und Stickereien zu ::
enorm billigen Preisen

Ein großer Posten
Schweizer Wäsche-Stickereien
Coupons von ca. 4.10 Meter . 75 95 Pf. 1.40

Heute Mittwoch, den 13. Oktober: Zahlabend in den Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Am Freitag, den 15. Oktober, 8 Uhr abends, wird Genosse Viktor Berger, Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft Wisconsin (Amerika) im Berliner Gewerkschaftshause (großer Saal) einen Vortrag über die

Arbeiterbewegung in Amerika

halten, worauf wir am Zahlabend aufmerksam zu machen bitten. Genosse Berger referiert in deutscher Sprache.

Zahlreicher Besuch der Genossen und Genossinnen ist erwünscht.

Mit Rücksicht auf die Landtagswahlen wird der diesmonatliche Lesabend der Frauen für ganz Groß-Berlin auf Montag, den 18. Oktober, verlegt.

Als Vortragsthema gilt überall: „Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen“. Die ständigen Referenten sollen an diesem Abend die Bedeutung der Landtagswahlen behandeln.

Auf den Lesabenden gelangt ein Flugblatt an die Frauen zur Ausgabe. Die Genossinnen sollen dieses Flugblatt in einer größeren Zahl von Exemplaren mitnehmen und an alle Frauen, auf welche sie einwirken können, zur Verteilung bringen. Durch diese Verbreitung von Frau zu Frau hoffen wir ebenfalls eine Wirkung auf das Wahlergebnis hervorzurufen.

Zweifellos haben auch die Genossinnen der Kreise, in welchen diesmal nicht gewählt wird, geschäftliche, freundschaftliche oder familiäre Beziehungen zu den Frauen der vier zur Wahl stehenden Bezirke und sind so in der Lage, auch ihrerseits für sozialdemokratische Wahlen, wenigstens indirekt, zu wirken. Nicht der kleinste Umstand, der das Wahlergebnis zu unseren Gunsten beeinflussen kann, darf bei dieser Wahl außer acht gelassen werden.

Die Parteitagprotokolle, welche in diesem Jahre für die Mitglieder der Organisation zum Preise von 10 Pfennigen (Verkaufspreis sonst 1,25 Mark) abgegeben werden, bitten wir, wo dies noch nicht geschehen, heute am Zahlabend bestellen zu wollen, damit die Kreise baldigst die Anzahl der gewünschten Exemplare angeben können. Der Zentralvorstand.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

In diesem Monat erscheint wiederum eine neue Lokalliste. Wie ersehen daher, alle Änderungen bezw. Neuauflagen bis spätestens Sonntag, den 17. Oktober, an die nachbezeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Vatsch, NW. 20, Vestingstraße 32.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Bergmannstraße 93, II.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 50, Urbanstraße 19.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 34, Strassmannstraße 20.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Gahnisch, O. 54, Auguststraße 51, Duerpeß. IV.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Genschel, N. 53, Heckenmünder Straße 17, II.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Hermann Elias, O. 112, Blumenthalstraße 24.

Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Koch, Rixdorf, Selchauer Straße 15-16, IV.

Für Potsdam-Uthmanneburg an den Genossen August Paris, Welten, Bahnhofsstraße 8.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten.

Im das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalanzeigen für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokallistenverträgen der Lokalliste so oft gefassten Beschluß hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht.

Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 17. Oktober einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalanzeigen nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Berggängen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Genschel, Berlin N. 53, Heckenmünder Straße 17, II.

Zur Lokalliste. In Nr. 237 vom 10. d. Mts. sind die Lokale Lude Rasi, Winkelmann, Berliner Str. 128, und Kuhmann, Berliner Str. 183, irrtümlich als in Tempelhof liegend aufgeführt. Beide Lokale gehören zu Groß-Lichterfelde. Da uns dieselben hartnäckig verweigert werden, ersuchen wir nachmals, allen dortigen Veranstaltungen fernzubleiben.

Auf wiederholte Anfragen teilen wir mit, daß in Pantlitz das Lokal „Grüne Linde“, Hauptstraße, der Arbeiteridast nicht zur Verfügung steht. Der betreffende Wirt hat sich kontraktlich verpflichtet, seine Räume der Sozialdemokratie nicht zu geben. Wir ersuchen ganz besonders die Arbeiter der dortigen „Daimler-Werke“, dies beachten zu wollen.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis. Sonntag, den 17. Oktober, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelaker 15: Anstehend zur Feier des 20. Stiftungsfestes mit anschließendem Ball. Billets à 40 Pf. sind bei dem Bezirksführer und beim Kassierer Wittner, Heilwerferstr. 11, zu haben.

Wilmersdorf-Gelenke. Heute Mittwoch: Zahlabend des Wahlvereins. Durch die Neuerteilung der Bezirke ist eine Verschiebung der Zahlabendlokale notwendig geworden. Wir bitten die Genossen,

in dem von ihrem Bezirksführer bezeichneten Lokal pünktlich zu erscheinen, da eine Neuwahl der Bezirksführer stattfindet.

Rehendorf (Teltow-Beeskow). Der heutige Zahlabend findet für den 4. Bezirk bei Herrn Otto Schöne, Potsdamer Chaussee, Ecke Derflingerstraße, statt. Die Genossen aller Bezirke werden darauf aufmerksam gemacht, daß über die Beteiligung an den Zahlabenden von jetzt ab eine Statistik aufgenommen wird. Es ist daher notwendig, daß alle Genossen zur Stelle sind. Der Vorstand.

Lichtenberg. Sonnabend, den 16. Oktober, findet im „Schwarzen Adler“, Inhaber Gebrüder Arnhold, Frankfurter Chaussee 5/6, das Herbstfest des Wahlvereins statt. Dasselbe besteht aus einem großen Künstlerkonzert (Kammermusik und solistische Vorträge) des Neuen Tonkünstler-Orchesters, Dirigent Franz Goldfeder, unter Mitwirkung des Baritonisten Herrn Emil Severin. Nach dem Konzert: Großer Ball. Billets sind bei sämtlichen Bezirks- und Gruppenführern zu haben. In Anbetracht der außerordentlichen Darbietungen wird auf ein zahlreiches Erscheinen der Mitglieder gerechnet.

Erker. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Trebbin. Am Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse, Aufnahme neuer Mitglieder und Abrechnung vom III. Quartal. 2. Stadtverordnetenwahl. 3. Bericht vom Parteitag. Referent: Frau Zeje, Rixdorf.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonnabend, den 16. Oktober, findet im Restaurant Liedemitt (an der Kirche) ein Lichtbildervortrag statt. Thema: Unsere heutige Kenntnis vom Ueprung des Menschengeschlechts. Vortragender Herr M. S. Baese. Anfang pünktlich 8 Uhr abends. Eintritt 25 Pf. Nach dem Vortrag findet gemütliches Beisammensein mit Tanz statt. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen für einen guten Besuch Sorge zu tragen. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Kastanien.

Der Zug nach oben, der die Säfte in die Äste trieb und Blätter und Blüten hervorbrachte, hat sich in den Zug nach unten gewandelt; die Früchte streben zur Mutter zurück. Die Kastanien, die vor einem knappen halben Jahre das Auge durch ihr weißes Blütenkleid erfreuten und den Frühling recht eigentlich einleiteten, sie sind es auch, die der Herbstzeit auf ihre Weise ein Ziel setzen. Aus unscheinbaren Fruchtnoten sind gewichtige, knorpelige Gehäuse herangewachsen. Ganz lose hängen sie an ihren Stielen und von Zeit zu Zeit prasseln sie in das dürre Laub herab, das schon die Wege der Parks und die Kastanienalleen säumt. Dabei plätsch die Hülle und die blanken braunen Rüsse rollen dahin. Man muß sich aber ein wenig bemühen, um sie zu bekommen, denn die Kinder sind eifrig hinterher. Die glatten harten Samen sind bei ihnen sehr beliebt, und wenn man von ihrer Verwendung zu Fütterungszwecken absieht, so haben die Früchte der Kastanie auf diese Weise eine von der Natur scheinbar beabsichtigte Wandlung durchgemacht: die Samen sind ein Kinderpielzeug geworden, nachdem sie bei uns, wo sie keine Wälder bilden können, ihren Beruf verfehlt haben. Der Mensch sucht ein paar davon aus und pflanzt seine Älken. Die übrigen ungezählten Hunderttausende von Früchten, die der Baum alljährlich bei uns produziert, sind verloren für die Zwecke der Fortpflanzung des Baumes, der seine Heimat in den griechischen Gebirgen hat. Aber so ist es nun einmal bei der Produktion der Natur: damit von zahlreichen Keimen auch nur einer einmal auf guten Boden gerate, läßt sie sie zu Tausenden auf das unsichtbare Steinpflaster fallen.

Die halb entblätterten Kronen der Kastanien und der anderen Bäume sind immer lichtdurchlässiger geworden und die immer herblicher schimmernde Sonne sucht die nachlassende Wärme ihrer Strahlen durch die größere Hülle des Lichtes zu verdeden, das sie jetzt durch die kahlwerdenden Kronen über die Straßen und Wege fluten läßt, solange die Wolken es ihr erlauben. Aber mit der zunehmenden Entblätterung wächst auch die Kahlheit der Erdoberfläche und die Stärke ihrer durch die Vegetationsbede nur noch unvollkommen gebildeten Wärmestrahlung gegen den Himmel. Es wird kühler und kühler und langsam bilden sich die Nebel, die sich kalt auf die Fluren senken werden.

Zur Erleichterung für das reisende Publikum ist auf dem Stettiner Bahnhof verschiedentlich ein Fahrplanautomat aufgestellt worden, welcher eine außerordentlich schnelle Orientierung bei der Feststellung der Fahrzeiten ermöglicht. Der neue Fahrplanhalter besteht in einem drei Meter hohen und zwei Meter breiten Holzrahmen, in welchem auf zwanzig Tafeln die sämtlichen Fahrpläne der Eisenbahndirektionen des Norden, Osten und Südwesten Preußens enthalten sind. Zu den beiden Breitseiten des Apparates sind nach Direktionsbezirken und alphabetisch geordnet Stationsverzeichnis angebracht und neben den Bahnhofsnamen ist die Stationsnummer in roten und die Streckennummer in schwarzen Ziffern eingezeichnet. Will man die Ankunfts- resp. Abfahrtszeit bei einer bestimmten Ortschaft feststellen, so sucht man auf dem Stationsverzeichnis zunächst die Stationsnummer, zieht dann die mit einem Handgriff und roter Nummerbezeichnung versehene Tafel herunter und kann dann mit Hilfe der Streckenbezeichnung in wenigen Sekunden die gewünschten Fahrzeiten feststellen. Wird die Tafel nicht mehr gebraucht, so setzt man den Fuß auf eine an den Seiten angebrachte Pedale und der Fahrplan schießt augenblicklich empor. In dieser Weise ist es auch möglich, die Anfahrtszeiten auf Umsteigestationen in wenigen Augenblicken zu ermitteln. Allerdings können gleichzeitig nur zwei Personen den Apparat benutzen, so daß bei starkem Andrang der Anhang der Verkehrspläne in der bisherigen Weise nicht zu entbehren ist.

Bei den Kanalarbeiten in Königs-Buckenhäuser sind in der Nähe des Schulhauses eine Menge Skelette ausgegraben worden, die sämtlich von Männern herrühren. Die Knochenreste sind mindestens 800 Jahre alt und stammen vermutlich aus der Zeit der Wendenkämpfe. In der Fundstelle soll nach allen Ueberlieferungen eine Wendenburg gestanden haben. Jedenfalls bilden die Knochen die Überreste gealterter wendischer Krieger, welche an jener Stelle in Massengräbern beigesetzt sind.

Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Berlin eine gewerbliche Niederlassung besitzen und im Jahre 1910 persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbetriebs Waren aufkaufen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, die hierzu gemäß § 44, 44a der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Legitimationskarten für das Jahr 1910 baldigst zu beantragen, und zwar ausschließlich bei dem Polizeirevier, in dessen Bezirk ihre

gewerbliche Niederlassung liegt. Anderenfalls würde bei der großen Anzahl der eingehenden Anträge die rechtzeitige Ausstellung nicht gesichert sein.

Der Polizeipräsident macht noch besonders darauf aufmerksam, daß die für die Anträge zu benutzenden Formulare, welche die zur Information der Gewerbetreibenden erforderlichen Bemerkungen enthalten, von den Gewerbetreibenden selbst zu beschaffen sind; sie können u. a. vom Formularverlag von Karl Kühn u. Söhne, Berlin C., Breitestr. 25, bezogen werden.

Am Caruso.

Caruso gibt wieder einmal im Opernhause ein Gastspiel. Ihn zu hören, ist nur Leuten mit großen Portemonnaie möglich und auch denen nur unter erschwerten Umständen. Neben dem Kampf um Billets zu den Caruso-Vorstellungen wird dem „Berliner Tageblatt“ geschrieben: „Unglaubliche Vorgänge haben sich gestern bei dem Vorverkauf der Billets für die diesjährigen Caruso-Gastspiele zugetragen. Seit zehn Uhr des vorhergehenden Abends begann das Publikum sich anzuhäufen. Viele hatten sich, auf ein langes Warten vorbereitet und förmlich mit Futrogeleiten versehen, in denen Vierfüßler nicht fehlten. Durch eine unvorhergesehene Taktik der Polizei wurden jedoch die meisten um den Lohn ihres anstrengenden Wartens gebracht. Das Auffstellen und Stehenbleiben am Opernhause, wie es sonst üblich war, wurde nämlich nach Mitternacht verboten. Die Menge mußte sich ständig in Bewegung halten. Erst um 8 Uhr morgens, als die Zahl der Harrenden gegen 1000 betrug, wurde das Postoffice geöfnet, und nun entspann sich ein erbitterter Kampf um die ersten Plätze, an dem sich die Damen mit besonderer Heftigkeit beteiligten. Es gab zertretene Hüte, zerbrochene Schirme, zerrißene Schleier, demolierte Fahrräder und viele blutige Köpfe. Es dauerte lange, bis Ordnung eintret und eine Reihe sich gebildet hatte. Eine Dame hatte einen hysterischen Anfall, in dem sie sich in Beschimpfungen der sie zurückweisenden Schüchler erging. Schließlich suchte sie bei dem diensttuenden Polizeileutnant Schuy, indem sie ihn unterfaßte und nicht wieder loslassen wollte. Von denen, die glücklicherweise den ersten Plätze ertrotzt hatten, wurde mancher arg enttäuscht. Viele waren nämlich auf den Gedanken gekommen, sich einen anderen zum Stechen zu machen, um diesen vor der Kasseneröffnung abzulösen. Dies wurde jedoch von den Schüchlerleuten auf besondere Anweisung verhindert. Die Wartenden durften nicht einmal mit Geld zum Ankauf der Billets versehen werden. Ueber eine große Zahl der Billets war schon verfügt, und unter den ersten Befanden sich größtenteils Helfer der Billetschändler, die so viel Billets wie möglich an sich brachten. Um 3 Uhr mittags blühte auch schon der Weizen der Händler. Für einen Stehplatz im vierten Rang wurden 15 M. verlangt und gezahlt.“

Gasexplosion im Postamt W. 50. Eine schwere Gasexplosion, bei der vier Personen, darunter eine schwer verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag gegen 2 Uhr in den Räumen des Postamtes W. 50 in der Karlsruher Straße 12. Durch die Unachtsamkeit eines alten Gasrohres im Kellergehoß des Hauses Karlsruher Straße 12, in dessen Parterreeräumlichkeiten das Postamt W. 50 untergebracht ist, entstand gegen 2 Uhr im Briefsortierraum der dortigen Rohrleitung eine heftige Gasexplosion. Der 35 Jahre alte Postassistent Albert Seehausen, der mit dem Sortieren von Briefen beschäftigt war und gerade über der Explosionsstelle an einem Kull stand, wurde durch den Luftdruck gegen die Türe des Raumes und dann mit solcher Wucht zu Boden geschleudert, daß er eine schwere Gehirnerschütterung davontrug und im Krankenwagen nach der Unfallstation Zoologischer Garten und von dort in das Krankenhaus Westend gebracht werden mußte. Auch der 40 Jahre alte Briefbote Hermann Marquardt, der neben ihm arbeitete, erlitt schwere Quetschungen. Durch herabfallende Mauerstücke wurden zwei Personen leichter verletzt.

Schwere Verletzungen erlitten ist der 32 Jahre alte Hermann Barch aus der Niederbarnim Straße 24 in Lichtenberg, der kürzlich auf einem Bau in der Decsdener Straße 50 abstürzte. Er starb im Krankenhaus Westend.

Wer ist die Tote? Die Leiche einer unbekanntem Frau wurde gestern aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht. Die Tote ist etwa 20 bis 25 Jahre alt und 1,70 Meter groß. Sie hat eine kräftige Gestalt, dunkelblondes Haar und vollständige Zähne, und trug ein schwarzes Jackett, eine weiß karierte Bluse mit weißem Einfaß und einen schwarzen Rock. Ihr Trauring ist W. O. 1. 7. 06, ihre Blöße G. gezeichnet.

Nicht halbe Schweine geflohen. Bei einem dreifachen Wagen Diebstahl erbeuteten die Täter acht halbe Schweine und größere Quantitäten Fleischwaren. Vor dem Hause Nochr. 3 hatte ein Schlächterfuhrwerk der Firma Hermann Hoffmann-Schönwalde gehalten. Kaum hatte der Kutscher dem Gefährt für einen kurzen Augenblick den Rücken gekehrt, so sprang ein fremder Mensch auf den Bod, hieb auf die Pferde ein und raste mit dem Wagen davon. Zwei andere Kutscher, die sich in verdächtiger Weise am Tatort zu schaffen gemacht hatten, waren jedenfalls Komplizen des Täters. Die bestohlene Firma ist durch den Verlust des Wagens, der mit acht halben Schweinen und anderen Fleischwaren hoch beladen war, um mehr als 2000 M. geschädigt worden.

Warnung vor Anwerbern nach Brasilien. Von der Madeira-Mamore-Railway-Company wird im oberen Amazonasgebiete eine Eisenbahn gebaut, für die der Vertreter der Gesellschaft, W. Juergens, in Deutschland eine größere Anzahl Arbeiter angeworben hat. Mit einem Transport von etwa 300 Leuten befindet er selbst sich bereits auf der Reise nach Brasilien. Ein zweiter Transport von angeblich 350 Arbeitern sollte am 7. d. M. von Hamburg abgehen. Weitere Werbungen sind in Aussicht genommen. Der Vertreter des Genossenschaftlichen Verbandes ist der Ingenieur H. Goetze in Soest in Westf., Wallburgerstraße 35. Wie man erfahren hat, sollen in dem Bahnbaugebiet Malariaerkrankungen mit tödlichem Verlauf zahlreich vorkommen, auch sollen die Verpflegungsverhältnisse sehr mangelhaft sein. Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse des in Frage kommenden Gebietes und die mehrfach in die deutsch-brasilianische Presse gelangten Klagen über die Behandlung und Verpflegung europäischer Arbeiter bei Bahnbauten in Brasilien ist von einer Ueberfiedlung dorthin zu dem gedachten Zweck dringend abzuraten.

Die Kesselfrage von der Schornsteinstraße bis zur Pantelbrücke wird behufs Umplanfestung sofort bis auf weiteres für Fußwege und Meier gesperrt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Stadterordnetenversammlung.

In der letzten Sitzung widmete der Vorsteher zunächst dem verstorbenen früheren Stadterordneten Dr. W. S. H. H. (H. H. H.) einen ehrenden Nachruf. Der Verstorbene hatte nur ein Alter von 29 Jahren erreicht.

Sodann gab es eine lange Debatte über den Bau von Schneefinwurfschächten. Einige Herren konnten sich mit dem Beschluß der vorigen Sitzung nicht zufrieden geben, sondern verlangten, daß auch vor der Tür ihres Hauses ein solcher Schneefinwurfschacht gebaut werden müsse. Die langen Aus-

einandersehungen endeten schließlich mit der Zurückziehung des Antrages. Die Schnee-Einwurfsschächte werden also nur in dem in der vorigen Sitzung beschlossenen Umfang errichtet.

Zur Beschaffung neuer Räume für die Stadthauptkassie wurde eine gemischte Deputation eingesetzt.

Ein Antrag der liberalen Fraktion verlangt die Einstellung von Mitteln in den Etat für 1910 zur Schaffung und Unterhaltung von Sandläufen und größeren Sandplätzen zum Spielen für Kinder. Stadtb. Wetekamp (lib. Frakt.) trat in längeren Ausführungen für die Annahme des Antrages ein.

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß der Aufstellung derartiger Sandläufe Widerstand seitens der Hausbesitzer entgegengekehrt werde, man solle sich mit dem bisher Geschaffenen begnügen.

Stadtb. Küter (Soz.) bedauerte, daß der Antrag die Einrichtungen erst für den Etat des Jahres 1910 fordert und nicht schon jetzt damit der Anfang gemacht wird. Der Magistrat hätte bei Zeiten schon von selbst Vorkehrungen treffen sollen. Notwendig sei es, diese Plätze und Kästen auf die ganze Stadt zu verteilen und nicht nur einzelne Gegenden damit zu versehen.

Stadtb. Hoffmann (Soz.) hielt das in dem Antrag Geforderte für viel zu wenig. Das Hauptgewicht sei auf die Errichtung von Kinderspielplätzen zu legen. Für die Errichtung von Spielplätzen und Badeanstalten sei aber bisher sehr wenig geschehen. Es habe den Anschein, als ob die liberale Fraktion die Forderung von Kinderspielplätzen nicht mehr so in den Vordergrund stelle. Auch scheine es, daß die bevorstehenden Wahlen nur die Triebfeder für den Antrag gewesen seien.

Diese letzten Ausführungen Hoffmanns geben nun Veranlassung zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Rednern der liberalen Fraktion und den Sozialdemokraten. Die Herren der liberalen Fraktion brachten diese Angelegenheit sogar mit dem Zukunftsstaate in Verbindung und erklärten, daß sie nicht auf den Zukunftsstaat warten könnten, sondern lieber jetzt etwas zu essen haben wollten. Von unseren Genossen wurden diese Angriffe gebührend zurückgewiesen, sie betonten, daß die soziale Kultur nicht durch die Errichtung von Sandläufen und Plätzen beseitigt werden kann.

Der Antrag wurde darauf angenommen.

Für die Beteiligung einer höheren Mädchenschule Schnebergers an der Brüsseler Weltausstellung im Jahre 1910 wurden die nötigen Mittel in der Höhe von 800 M. bewilligt.

Ein Antrag des Magistrats fordert die Erhöhung der dem „Schöneberger Tageblatt“ zu gewährenden Entschädigung für Veröffentlichung der von den städtischen Behörden zu erlassenden Bekanntmachungen von 800 M. jährlich auf 2500 M.

Stadtb. Wollermann (Soz.) betont, er könne der vorgeschlagenen Erhöhung nicht zustimmen, sondern halte die Prüfung der Angelegenheit durch einen Ausschuss für notwendig. Die lokalen Blätter verdanken ihre Existenz vielfach dem Umstand, daß sie Publikationsorgane der städtischen Behörden seien. Dieser Umstand müsse bei der Berechnung der für die Aufnahme der Bekanntmachungen zu gewährenden Summe in Betracht gezogen werden.

Der Antrag wurde darauf angenommen.

Ein weitere Vorlage des Magistrats betrifft die Einrichtung einer Schulzahnklinik. Der eingesezte Ausschuss hat sich mit der Vorlage einverstanden erklärt, nur hat er die Entschädigung der Schwester von 1500 auf 1000 M. und die der Heilmadame von 600 auf 300 M. jährlich herabgesetzt.

Stadtb. Küter (Soz.) beantragte, die Magistratsvorlage in der ursprünglichen Form wiederherzustellen. Die für die Erniebrigung der beiden Posten angegebenen Gründe, daß die Schulzahnklinik im ersten Jahre nicht voll in Anspruch genommen würde, trifft keineswegs zu.

Die Vorlage wurde darauf mit den von der sozialdemokratischen Fraktion beantragten erhöhten Sätzen angenommen. Die Schulzahnklinik wird also zum 1. April 1910 errichtet. Der angestellte Zahnarzt darf keine Privatpraxis treiben.

Der Verrückung der Vorgärten in der Mohrtstraße wurde zugestimmt, ebenso der geplanten Abänderung des Entwurfs der Untergrundbahn.

Sodann gibt der Magistrat davon Kenntnis, daß er dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung betr. Festsetzung der Wahlzeit der dritten Abteilung auf einen Sonntag nicht beigetreten sei. In seiner Begründung hierfür gibt er an, daß nach einer alten Kadettensorder die Polizeibehörde beauftragt ist, die Wahlen des Sonntags wegen Störung des Gottesdienstes zu verbieten. Jedenfalls können die Wahlen des Sonntags anheft erwidert werden, da eine Polizeiverordnung alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verbietet. Nach der Judikatur des Kammergerichts gehöre zu diesen Arbeiten auch das Verteilen von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. Ohne Verteilen von Stimmzetteln und Druckschriften sei aber eine Wahl praktisch nicht durchführbar. Das Zettelverteilen am Sonntag führe auch erfahrungsgemäß häufig zu Konflikten mit der Polizei auf Grund der Gewerbeordnung. Deshalb sei ein Sonntag als Wahltag ungeeignet.

Stadtb. Wollermann (Soz.) bedauerte zunächst, daß der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung seinen ablehnenden Standpunkt erst in letzter Minute mitteilt, während in den Zeitungen schon früher darüber berichtet werden konnte. Die vom Magistrat angeführten Gründe für die Ablehnung des Antrages halte er Redner in seinem Fall für stichhaltig. Die angeführte Störung des Gottesdienstes kann dadurch vermieden werden, daß die Wahlzeit in die Nachmittags- und Abendstunden verlegt werden. Die Wahlsingblätter würden heute schon des Sonntags verteilt und was die Verteilung der Stimmzettel am Wahltag anbetrifft, so ließe sich immer noch ein Ausweg dafür finden, daß die Verteilung gar nicht einmal auf der Straße vor sich zu gehen braucht. Die Bürgererschaft hat sich ebenfalls für die Verlegung der Wahlzeit auf einen Sonntag ausgesprochen. Wenn der Magistrat eine Abstimmung unter den Wählern der dritten Abteilung vornehmen wollte, so würde er finden, daß die übergroße Mehrheit dieser Wähler trotz der angeführten Bedenken des Magistrats, für die Verlegung auf einen Sonntag stimmen würde. Der Magistrat scheint aber den Interessen der Bürgererschaft nicht Rechnung tragen zu wollen. Redner unterbreitete namens der sozialdemokratischen Fraktion den folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß der Magistrat dem Antrage, die Wahlzeit bei den Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung auf einen Sonntag festzusetzen, die Zustimmung verweigert hat. Gemäß § 88 der Städteordnung richtet die Stadtverordnetenversammlung das Gesuchen an den Magistrat, mit ihr in gemeinschaftlicher Kommission nochmals in die Beratung des Antrages einzutreten.“

Oberbürgermeister Wilde suchte den ablehnenden Standpunkt des Magistrats nochmals zu begründen, es müsse doch auch der Nachmittags-Gottesdienst berücksichtigt werden. Der § 88 der Städteordnung komme für diesen Fall nicht in Betracht, da der Magistrat über die Festsetzung der Wahlzeit allein zu bestimmen habe und ein Antrag der Stadtverordnetenversammlung könne in diesem Falle nur der Petition irgend eines Vereins gleich geachtet werden.

Nachdem Stadtb. Wollermann (Soz.) die Bedenken des Oberbürgermeisters zurückgewiesen hatte, wurde der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen. Redner anderer Fraktionen nahmen zu der Angelegenheit nicht das Wort.

Der Vorträge gibt sodann noch Kenntnis von dem Eingang des folgenden Antrages:

„Der Magistrat wird ersucht, beim Minister der öffentlichen Arbeiten oder bei dem Staatsministerium gegen jede etwaige Ausschaltung des Rollendortplatzes seitens der Hochbahngesellschaft vom direkten Durchgangsverkehr nach dem Ostern Berlin, das heißt zur Warschauer Straße, energig Protest zu erheben.“

Die Beratung des Antrages wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Ein eigenartiger Unglücksfall hat sich vorgestern Abend gegen 9 Uhr am Vagerischen Platz ereignet. Die bei ihrem Eltern in der Maximilian-Roth-Strasse wohnende 19jährige Maria Manke war mit ihrem Bräutigam, dem Kaufmann Schneider, bei Bekannten gewesen und wollte zu der genannten Zeit mit einem Wagen der Straßenbahnlinie B nach Hause fahren. Sie sprang in der Kurve am Vagerischen Platz auf den in langsamer Fahrt befindlichen Waggon, wurde jedoch von Schneider, der mit seiner Braut noch sprechen wollte, unwillkürlich wieder vom Treittret herabgezogen. Hierbei kamen beide zu Fall, und zwar so unglücklich, daß sie unter den Knöchelgelenken gerieten und ein Rad desselben über das rechte Bein des Mädchens hinwegging. Der M. wurden die Knochen zermalmt, so daß sie nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt werden mußte, wo eine sofortige Amputation des Beines erforderlich wurde. Sch. hatte nur leichte Hautabschürfungen davongetragen.

Rixdorf.

Einem Strauß-Abend (Herbstfest) veranstaltet am Sonnabend, den 10. Oktober, abends präzis 8 1/2 Uhr, der hiesige Bildungsausschuss im großen Saale des Etablissements „Neue Welt“, Hasenheide 108-114. Zur Aufführung gelangen nur Kompositionen von Strauß, ausgeführt von dem Berliner Sinfonieorchester unter Leitung des Kapellmeisters Herrn Maximilian Fißler. An dem gesanglichen Teil des Abends werden Herr Hans Arndt vom Wilhelm-Theater in Magdeburg, Olga Orsella vom Stadt-Theater in Königsberg und Käthe Wille-Wach mitwirken. Da dieser Abend ein genügender zu werden verspricht, auch dem verdienstlichsten Künstler in jeder Hinsicht Rechnung getragen ist, wird ersucht, denselben recht zahlreich zu besuchen. Eintrittskarten à 80 Pf. wolle man auf dem morgen stattfindenden Jahlabend entnehmen, ebenso sind solche in der Parteipublikation, Redakstr. 2 erhältlich. Der Bildungsausschuss.

Auf der Polizeiwache gestorben ist vorgestern der 47 Jahre alte Lumpensammler August Wibel, der schwer betrunken auf der Straße aufgefunden und von der Revierpolizei in Gewahrsam genommen wurde. Er erlag einer Alkoholvergiftung.

Der Jugendausschuss der Arbeiterkassette Rixdorfs veranstaltet am Sonntag, den 17. Oktober, eine Besichtigung der Kaiser-Kunstwerkstätten von Puhl u. Wagner in der Kiehlholzstraße. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu eingeladen. Die Beteiligung ist kostenfrei, nur ist aus organisatorischen Gründen die vorherige Entnahme von Teilnehmerkarten notwendig. Dieselben können an folgenden Stellen bis spätestens Freitagabend in Empfang genommen werden: Niemegkstr. 17 III links bei Schulte; Weichselstr. 33 bei Schuch; Hermannstr. 55, Querg. II rechts bei Schulze.

Steglitz.

Zu dem Besuch der Treptow-Sternwarte am Sonntag, den 17. Oktober, ist Treffpunkt nachmittags 3 Uhr bei der Kaiserliche (Friedenan). Fahrt mit der Strohenbahn (Linie 88). Kinder, welche keine Störung verursachen, können an dem Besuch teilnehmen; für diese sind Eintrittskarten für den Vortrag zum Preise von 25 Pf., für die Beobachtung 50 Pf. an der Kasse zu haben. Der Bildungsausschuss.

Brick-Bauhof.

In der letzten nur schwach besuchten Versammlung des Wahlvereins gab der Reichstagsabgeordnete Genosse Frick Jubel einen eingehenden Bericht vom Parteitag in Leipzig. Der Beifall am Schluß des Berichtes zeigte das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Redners. In der Diskussion vertrat im Gegensatz zu Jubel Genosse Raab die Ansicht, daß die Fraktion auch in der dritten Lesung hätte für die Erbschaftsteuer stimmen müssen. Aus dem hierauf erstatteten Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand von 293 auf 289 gesunken ist. Der Bericht des Kassierers weist eine Einnahme von 248,73 M. auf. Davon sind an den Kreis 165,82 M. abgeliefert; die Ausgabe am Ort beträgt 76,20 M., so daß am Ort ein Bestand von 6,71 M. verbleibt. Genosse Raab gab die Abrechnung von der Kramia-Vorstellung, die ein Plus von 21,67 M. ergeben hat. Als dritter Revisor wurde Genosse A. Friedrich für das laufende Jahr gewählt. Der Vorsitzende forderte noch auf, für regen Besuch des am 23. Oktober stattfindenden Stiftungsfestes zu sorgen. Die Parteitagprotokolle können die Mitglieder bei ihren Bezirksführern bestellen.

Röpenitz.

Der Bildungsausschuss veranstaltet morgen, Donnerstag, seinen ersten diesjährigen Theaterabend im Stadttheater, in welchem „Kora oder ein Puppenheim“ von Heintz Iffgen zur Aufführung gelangt. Die Regie führt Herr Martin Hartwig vom Schillertheater in Berlin. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf. Karten sind bei den Genossen H. Weber, Bahnhofstr. 15, E. Becker, Grünauer Straße 1, E. Wähler, Kiecher Straße 6, und A. Lesfère, Grünstraße 16, zu haben. Parteigenossen, der Ausschuss im Verein mit den leitenden Körperlichkeiten gibt sich der Hoffnung hin, daß die Genossen diesen Veranstaltungen ein größeres Interesse entgegenbringen, wie der letzten Jugendfeier.

Zossen.

Zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wird am Sonnabend, abends 8 Uhr eine noch dem Lokal des Genossen P. Kurzner einberufene Wählerversammlung Stellung nehmen. Genosse Dr. Bruno Vorkardt, Charlottenburg spricht über das Thema: „Warum müssen wir Sozialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung wählen?“

Bisher ist die Sozialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung noch nicht vertreten. Daß dem so ist, hat seine Ursache darin, daß sich ein großer Teil hier anfängiger Arbeiter bisher noch von „berufener“ Seite an die Wahlurne dirigieren ließ und dort die Stimme den bürgerlichen Kandidaten gab. So besanden sich bei der letzten Wahl unter 187 gemäßigten Stimmen allein über 100 Arbeiterstimmen. Dieser Zustand darf nicht länger dauern; jeder einzelne muß nun bestrebt sein, die Indifferenten aufzuklären, damit es gelingt, der Sozialdemokratie im Rathaus Eingang zu verschaffen.

Am Donnerstagsabend 7 Uhr findet vom Lokale des Genossen Kurzner aus eine Flugblattverteilung mit Audent an die Stadtverordnetenwähler der dritten Abteilung statt. Es wird erwartet, daß sich jeder Genosse an dieser wichtigen Arbeit beteiligt.

Schönwalde (Bezirk Pankow).

In einer gut besuchten Volksversammlung referierte am Sonntag Genosse Reichstagsabgeordneter Stadthagen über: „Die Löhne zu 1. Der Steuerzufuß geht um.“ Die Versammlung quittierte die trefflichen Ausführungen mit stürmischem Beifall und dräuenden Hochs auf die Sozialdemokratie. Für unsere Organisation wurden neun Neuaufnahmen erzielt.

Friedrichsfelde.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Brühl-Lichtenberg Bericht vom Parteitag. In sehr ausführlicher Weise schilderte Redner die Verhandlungen und hob ganz besonders den Beamtenweindienst hervor. Dieser Beschluß sei von hoher kultureller Bedeutung. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Rühl, Lehmann und Schwent. Ersterer beauftragte die Hofgängerin und vertrat die Ansicht, daß die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien (Kreuz) gemeinsame Politik treiben könne. Dieser Auffassung traten die Genossen Lehmann und Brühl ganz entschieden entgegen, sei doch die Sozialdemokratie bei allen wichtigen Angelegenheiten stets auf sich selbst angewiesen. Unter Vereinsangelegenheiten teilte Genosse Schwent mit, daß das diesjährige Stiftungsfest des Wahlvereins am Sonntag, den 10. Oktober, bei Ruhe, unter Mitwirkung des Berliner Ill-Zirkus stattfindet, er ersucht für zahlreiche Besuch Sorge zu tragen. Am 26. Oktober findet eine öffentliche Versammlung statt; für diese soll schon jetzt

agiert werden. Auch wurden die Genossen aufgefordert, sich an den Vorträgen der Arbeiterbildungsschule zu beteiligen. Die Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft wird Mitte Oktober in der Copri-allee eröffnet.

Spandau.

Ein Drama hat sich vor kurzem hier abgespielt. Am 30. September waren zwei junge Mädchen, das 19jährige Dienstmädchen Gertrud Martgraf und die 19jährige Verkäuferin Frieda Schorodt, spurlos verschwunden. Einige Tage später wurden beide Mädchen in halbtaubem Zustande als Leichen aus der Havel gefischt. Die angestellten Ermittlungen haben bisher Folgendes ergeben: Am 30. September hatte das Dienstmädchen Martgraf, welches in der Brunnenstraße 5 bei dem Unterzahlmeister Verhöld im Dienst stand, die Erlaubnis erhalten, bis abends 11 Uhr auszugehen zu dürfen. Sie begab sich zunächst nach dem Bahnhof, um anschließend dort jemand zu erwarten. Wahrscheinlich war ihre Warten aber vergeblich, denn sie entfernte sich bald wieder vom Bahnhof. In der Bräudenstraße traf sie ihre Freundin Frieda Schorodt, die im Zigarrengeschäft von Rehe in der Brunnenstraße 12 als Verkäuferin tätig ist. Um 1/2 Uhr nachts tauchten beide Mädchen in sehr angeheitertem Zustand in der Kanitorrei von Witwe Apitzsch, Streifenplatz 1, auf. Wo die Mädchen in der Zwischenzeit waren, ist noch nicht genau festgestellt. Es wird erzählt, daß sie in einem von Einjährigern sehr besuchten Lokal in der Neustadt gewesen sind, wo sie auch betrunken gemacht worden seien. In der Apitzsch'schen Kanitorrei befanden sie sich in Gesellschaft eines Militärmusikers und eines Feuerwerkers. Kurz vor 2 Uhr entfernte sich der Militärmusiker, da er nicht länger Urlaub hatte, und die Mädchen blieben allein mit dem Feuerwerker. Dieser hat beide nach seiner am Schiffbauerdamm belegenen Wohnung mitgenommen. Was dort nun vorgekommen und wann die Mädchen fortgegangen, will der vernommene Feuerwerker nicht mehr wissen, da er angibt, total betrunken gewesen zu sein. Die fehlenden Sachen der Mädchen wurden bei ihm vorgefunden. Der betrockene Feuerwerker hat zunächst 5 Tage Arrest wegen Unkrautüberschreitung abtun müssen. Ob nun die Mädchen selbst den Tod gesucht haben oder ob sie gar gewaltsam in die Havel gestochen sind, darüber verläutet bis jetzt nichts Bestimmtes. Die hiesigen bürgerlichen Blätter berichten, daß angenommen wird, die beiden Mädchen hätten sich selbst ertränkt. Sei dem nun wie ihm wolle, erwünscht wäre es jedenfalls, wenn auch die Wunden ausfindig gemacht werden, die die Mädchen betrunken gemacht und obendrein die Betrunkeneit der Mädchen benutzten, um ihre Wollust zu befriedigen.

Vermischtes.

Einsturz eines Neubaus in Straßburg. Gestern vormittag gegen 1/11 Uhr stürzte, wie eine Meldung aus Straßburg i. G. besagt, in der Ludwigshafener Straße ein Neubau ein, wodurch eine größere Anzahl von Arbeitern verunglückt wurde. Durch die Feuerwehre wurden bisher zwei Tote, acht Schwerverwundete und vier Leichtverwundete geborgen. Es konnte jedoch noch nicht festgestellt werden, ob sich weitere Verunglückte unter den Trümmern befinden.

Einer späteren Meldung zufolge sind zwei von den Schwerverletzten im Krankenhaus gestorben.

Zum Elbinger Raubmord.

Die Ermittlungen in der Mordeffäre im Vogelfanger Stadtwald haben zu einer überraschenden Entdeckung geführt. In starkem Verdacht, den praktischen Arzt Dr. Kraus ermordet zu haben, steht ein früherer Lehrer Stolze aus Ramin, der sich in der Gegend um Osterode aufgehalten hat. Von ihm wird auch behauptet, daß er die Erpressungen an dem Elbinger Oberbürgermeister Editt, die diesen in den Tod trieben, verübt habe. Aufgefallen ist in letzter Zeit, daß Stolze, obwohl er keinerlei Einnahmen hatte, fortgesetzt über größere Geldbeträge verfügte. Die Untersuchung soll auch ergeben haben, daß St. gegen andere Personen Mordversuche geplant hat.

Eine Fernfahrt des Parabelballons.

Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, hat gestern früh um 5 1/2 Uhr der Parabelballon eine Fernfahrt nach Nürnberg angetreten. Um 1/2 Uhr nachmittags erließen der Ballon über Würzburg; dort wurde er mit großem Jubel begrüßt.

Nürnberg. Der Parabel III erlitten gestern kurz vor 6 Uhr über der Stadt, die er ganz in der Richtung auf die Burg überflog. Er umkreiste die Burg und wurde bald nach 6 Uhr auf dem Juppelinselde beim Dampendrich gestrichelt. Die Landung geschah um 6 Uhr 30 Minuten inmitten einer nach vielen Tausenden zählenden Volksmenge, die kurz vor der Ankunft des Luftschiffes die Schranken bereits durchbrochen hatte und bei der Landung in brauende Jubelrufe ausbrach.

Oberleutnant Stellung beabsichtigt, mit dem Luftschiff die Nacht über in Nürnberg zu verbleiben und morgen früh nach Augsburg weiter zu fahren.

Gesunkener Dampfer. Aus Hamburg wird gemeldet: Der der Reederei Rob. M. Sloman jun. gehörende Dampfer Weiffina ist nach einem der Reederei zugegangenen Telegramm an der spanischen Küste mit einem unbekanntem Dampfer zusammengestoßen und gesunken. Die Mannschaft ist gerettet.

Dresden. Der mutmaßliche Mörder des Fleischerehrlichen Höch, der 19jährige Dienstmädchen Wille wurde vorgestern an die Leiche des Ermordeten geföhrt, blieb aber dabei völlig ruhig und leugnete die Tat beharrlich. Dagegen fing Wille vorgestern nachmittag in seiner Hölzerkammer plötzlich zu toben an, zertrümmerte die Fensterhebel und alles in der Zelle befindliche Gerät. Als er gefesselt werden sollte, leistete er heftigen Widerstand. Schließlich wurde er doch überwältigt. Seitdem spielt er fortgesetzt den wilden Mann.

Ein Orkan in Westindien. New York, 12. Oktober. Wie auf Kuba hat auch auf der Halbinsel Florida insbesondere in Key-West ein Orkan großen Schaden angerichtet. Viele Häuser und Zigarrenfabriken wurden zerstört; Telegraphendrähte wurden zerrissen und viele Bezirke der Halbinsel vom Verkehr abgeschnitten.

Eine spätere Meldung aus Key-West lautet: Infolge des gestrigen Orkans liegt ein großer Teil der Stadt in Trümmern. Den Schaden an Eigentum schätzt man auf zwei Millionen Dollars. Hunderte von Wohnhäusern und neun Zigarrenfabriken sind ganz oder zum Teil zerstört. Als der Sturm sich legte, begannen Wünderer ihr Werk, worauf das Staudrecht verhängt wurde. Der Sturm erreichte eine Stundengeschwindigkeit von hundert Meilen.

Aus Havana wird berichtet: Der gestrige Orkan hat besonders im ganzen westlichen Teil von Kuba große Verwüstungen angerichtet. Tausend Personen sind dort ums Leben gekommen und 25 sind verlegt. 40 Leichterfahrzeuge sind im Hafen gesunken. Der in Sabana entstandene Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Das neue Spital für Tuberkulosekranken in Arroyo Roxano ist eingestürzt. Viele Patienten erlitten dabei Verletzungen.

Kochträglich berichtet noch das W. T. B. aus New York: Die Zahl der bei dem Orkan an der Küste Floridas ums Leben gekommenen wird von hiesigen Blättern auf siebenhundert angegeben. In Key-West ist fast jedes Haus beschädigt.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Abt. Bedding bei Schulz, Rangstr. 13b. Abt. Lichtenberg bei Ernst, Marstr. 74. 1/2 Uhr jeden Dienstag Spielabend. Abt. Wobbe bei Wiele, Zwillingstraße 15a. Abt. Schenbauer Klee bei Kell. Schenbauer Allee 134a. Jeden Montag 1/2 Uhr Spielabend. Abt. Nord-West bei Lamprecht, Pulleystraße 10. Jeden Freitag 1/2 Uhr Spielabend. In allen Abteilungen Sonnabends freier Schachverkehr.

Neue Welt.
Kalenheide.
Mittwoch, den 13. Oktober 1909:
Salon und Kloster.
Volkshauspiel in 5 Akten v. D. Horn.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Walhalla.
Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen
Oktober-Spezialitäten.
Im Tunnel: Regimentskapelle.
Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.

**Das kolossale
reichhaltige
Spezialitäten-Programm.**
Anfang 7 1/2 Uhr.
Entree: 50 Pf. bis 2 Mark.
Vorzugsarten, zu hohen Kassen-
preisen gütlich, überall zu haben.

Folies Caprice.
Mobilisierung.
Bunter Teil.
Der gewisse Augenblick.
Vorverk. 11-2. Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater
Bismarckstr. 16, am Rosenhaller Tor.
Das Warenhausfräulein.
Volkshaus in 5 Akten v. R. D. Popper.
Messingputzer I. Tietzschens Warenhaus
Anfang 7 1/2 Uhr.
Donnerstag: Frauenkampf.
Sonntag: Durch Nacht z. Licht.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang:
Bogenk. 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.

Büppenhagen
am Moritzplatz
Anf. 8 Uhr.
I. Theatersaal: D. Kanonenschlager
Meyer mit n Hängeboden
mit Paul Bendix in der Titol-
rolle und das glänzende
Spezialitäten-Programm.
Im Konzertsaal:
Täglich: Gr. Konzert
der
ersten Kapellen der Berliner
Garde-Regimenter.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstraße 72.
Täglich: Franz Sobanski,
Hedy Brumion, Willy Gramsch,
Vallis u. Jeannette, F. W. Hardt,
Mlle Claire, Thea Erika.
Ein verweifeltes Mittel.
Schwanz in einem Akt.

**Orts-Krankenkasse
Weißensee.**
Bekanntmachung.
Durch die am 1. Oktober 1909 ab-
gelaufene Wahlzeit ist eine Neuwahl
ämterlicher Vertreter erforderlich.
Es sind zu wählen:
157 Arbeitnehmer-Vertreter
52 Arbeitgeber-Vertreter
73 Arbeiter-Vertreter
24 Arbeitgeber-Vertreter
Die Wahlen finden statt
am Montag, den 25. Oktober cr.,
von 5 bis 9 1/2 Uhr abends,
im Restaurant „Prälatten“
hier selbst, Pecherstr. 122,
und zwar wählen
die Arbeitnehmer von 5 bis 7 1/2 Uhr,
die Arbeitgeber von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr.
Wahlberechtigt und wählbar sind
nur diejenigen Kassenglieder und
Arbeitgeber, welche großjährig und
im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte
sind.
Die Arbeitnehmer haben das
Drittstimmrecht bei der Wahl vorzu-
legen. Die Arbeitgeber wollen sich
zum Zwecke ihrer Legitimation mit
einem Ausweis versehen.
Weißensee, den 9. Oktober 1909.
Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für den
Gemeindebezirk Weißensee.
F u r m a n n, Buchhändler.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzüge od. Paletot
nach Maß, schick, stark, zuleist,
von 20 Mark an, Moritz Laband,
Neue Promenade 11 (Städt. Bäder).

Öffentliche Versammlung

am
Freitag, den 15. Oktober, 8 Uhr abends
im
Gewerkschaftshause, Engelufer 15, großer Saal.
Tages-Ordnung:

1. Die Arbeiterbewegung in Amerika.
Referent: **Victor Berger** (Wisconsin). 206/1*
2. Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Einberufer: **Eugen Ernst, Böhlerstr. 9.**

Konsumgenossenschaft Berlin u. Umg.

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Mittwoch, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saale (Saal II) des
Gewerkschaftshauses, Engelufer 15:

Ordentl. General-Versammlung.

- Tages-Ordnung:
1. a) Geschäftsbericht. b) Vorlegung des Revisionsberichts.
 2. Entlohnung des Vorstandes.
 3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
 4. a) Wahl von fünf Aufsichtsratsmitgliedern. b) Wahl von fünf Erfahrpersonen für den Aufsichtsrat.
 5. Anträge.
- Als Legitimation ist das Mitgliedsbuch mitzubringen.
- Für den Aufsichtsrat: **Fr. Schulze.** Für den Vorstand: **H. Junger, G. Wäde.**

Sanssouci, Kottbuser
Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Mittwoch:
Theater-Abend.
Zum erstenmal:
Am hohen Preis.
Schauspiel in 4 Aufzügen.
Morgen Donnerstag:
**Hoffmanns Nord. Sänger
und Tanztruppe.**
Beginn Sonnt. 5, mont. 8 Uhr.
Freitag, den 15. Oktober: Extra-
Theater-Vorstellung: **Griseida.**

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im **Schullokal, Grenadierstr. 37:**
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Anträge.
3. Schulangelegenheiten. 4. Neuwahl des Vorstandes, der Unterrichts-
vertreter, zweier Revisoren und der Ordner-Kommission. 5. Ver-
schiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. ◀ Beiträge werden entgegengenommen.

Ein glänzendes Zeugnis für
Westmann's
Spezial-Konfektionshaus
1. Geschäft Berlin W., Mohrenstr. 37a kein Eckhaus, 2. Haus
von der Jerusalemstr.
2. Gesch. Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115 kein Eckh., 2. Haus
von d. Andreasstr.

ist der
stetig wachsende Zuspruch!
Geschäftsprinzip: Neuestes Entgegenkommen, äusserste Preise

Jetzt ganz besonders billig:
Astrachan-, Plüsch-, Pelz-Konfektion!
Kostüme! Mäntel! Röcke! Jacketts!
vom einfachsten bis vornehmsten Genre
von **Mk. 5.00 bis Mk. 500.00.**

Auf Wunsch gratis: Stoff zu einem Bordürenrock

Persil Das
vollkommene, wirklich selbsttätige
Waschmittel
von unerreichter Wirkung; gibt mühelos
blendend weiße Wäsche bei grüster Scho-
nung des Gewebes. Pakete à 35 und 65 Pfg.
Überall erhältlich. Alleinige Fabrikanten,
Henkel & Co., Düsseldorf.

In allen Drogen-, Kolonialwaren- und Seifengeschäften erhältlich.
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalor, Berlin N.,
Tieckstraße 11.** 301/14*

Möbelfabrik Richard Barasch
Berlin SO.
Schlesische Str. 40a
— Hochbahn, Schles. Tor. —
Verkauf zu Fabrikr. — Sicheren
Leuten weitgeh. Entgegenkommen.

Engl. Bettstelle . M. 25.—
Vertiko (Laubbaum) „ 58.—
Ausziehtisch . . „ 25.—
Sofa (beste Ausführung) „ 55.—

Nach längerem schweren Leiden
verstarb am 11. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, unser guter Gatte
und Vater, der Tischlermeister
Adolf Gaertner
im Alter von 67 Jahren.
Um stille Teilnahme bitten
Die Hinterbliebenen
Auguste Gaertner als Frau,
Rudolf Gaertner als Sohn.
Die Beerdigung findet am
15. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle der Frei-
willigen Gemeinde, Pappel-
allee 15/17, aus statt.

Dankagung.
Für die uns so herzlich bewiesene
Teilnahme und Kräftigung bei der
Beerdigung, meiner ungeliebten
Frau, unsere Mutter und Großmutter
Friederike Kuhn
lagen wir allen Freunden, Ver-
wandten und Bekannten, insbesondere
dem Gesangsverein der Vater für den
Gesang am Grabe unseren herz-
lichsten Dank.
Friedrich Kuhn nebst Kindern.

Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Wir empfehlen unseren Lesern folgende
Neuerscheinungen:
**Die Rechtsprechung
in Unfallrenten-Streitigkeiten**
von **Hermann Müller.**
Preis geb. 3 M.
**Die Brandschätzung
des Volkes durch indirekte
Steuern in Deutschland**
von **J. Karvskl.**
Preis 50 Pf.
**Das arbeitende Volk und
die Steuern**
von **Dr. Karl Renner.**
Preis 50 Pf.
Der dumme Teufel
Die Katastrophe der Zentrumspolitik.
Preis 20 Pf.
**Führer durch das preussische
Einkommensteuer-Gesetz.**
Preis 30 Pf.
**Kirche, Religion und Sozial-
demokratie**
Vortrag von Pastor prim.
Emil Felden.
Preis 30 Pf.
Die Waffen nieder
Eine Abrechnung mit dem Militarismus
von **Z. Höglind.**
Preis 15 Pf.
Biblische Geschichten
Beiträge zum geschichtlichen Ver-
ständnis der Religion
von **Max Murenbrecher.**
Band I: Schöpfungsgeschichten.
Preis 1 M.
Bollhausgabe 40 Pf.
**Die tatsächlichen Differenzen
in der Arbeiterbewegung**
von **Ant. Pannekoek.**
Preis 50 Pf.
**Babenf und die Ver-
schwörung für die Gleichheit**
von **Ph. Buonarroti.**
Übersetzt von Anna u. Wilhelm Bloch.
Preis brosch. 2 M.,
geb. 2.50 M.
Expedition des Vorwärts,
Berlin SW. 68,
Lindenstr. 69, Laden.

Reste
Damenstiche, schwarz und
farbig, Costumes-Stoffe, neueste
Muster. Trikot-Stoffe, Seiden-
Plüsch, Sammete,
Seide etc.

Confection
Paletots,
Jackets, Stan-
mäntel, Costumes und Costu-
röcke in grosser Auswahl.

C. Pelz,
Kottbuserstr. 5.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Stralauer Viertel,
Berl. Nr. 318, Teil I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unsere Genossin
Frau Marie Lehnigk
Remelerstr. 16a,
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 14. Oktober,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des Central-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
220/8 **Der Vorstand.**

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß die Frau unseres Kollegen
Marie Lehnigk geb. Lehmann
Remeler Straße 16a, Bezirk 4
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. d. Mts.,
nachmittags 5 Uhr, von der
Leichenhalle des hiesigen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Schlosser
Bernhard Hoffmann
(20. Bezirk),
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von
der Halle des hiesigen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
220/4 **Der Vorstand.**

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Karl Ludwig
am 10. d. Mts. an Herzleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 13. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Central-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Klempner
Wilhelm Wassermann
am 10. September erkrankt ist.
Ehre seinem Andenken!
123/20 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriger Kollege,
der Straßenbahner
August Jacob
am 9. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr vom
Trennerhause, Osanderstr. 30,
aus nach dem neuen Kufen-
Friedhof, Hirschenbrunner Weg.
70/9
123/20 **Die Bezirksverwaltung.**

Am 11. d. M., nachmittags
6 Uhr, verstarb nach langem
Leiden mein lieber, guter Mann,
unser Vater, Schwager und
Schwiegerohn, der Werkführer
Emil Kadach
im 46. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrübt an und
um stille Teilnahme bittend
Anna Kadach geb. Behnisch.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 16. d. M., nachm.
4 Uhr, von der Leichenhalle des
alten Kufen-Friedhofes in der
Bergmannstraße aus statt. 19285

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die überaus güt-
lichen Kräftigungen bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes und
unseres lieben Vaters lagern wir
unseren dankbaren
19286 **Frau Marie Scholle nebst Kindern.**

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Stadt.
- Tor. Weg. Prack, Gebod
1.50, Hofe 1.00, Seite 50/1.

Prack
Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Stadt.
- Tor. Weg. Prack, Gebod
1.50, Hofe 1.00, Seite 50/1.

Restaurationsgrundstück

1 1/2 Stunde Bahnfahrt von Berlin, einziges Gartelhof, mit großem Saal, über 2000 organisierte Arbeiter...

Herrenzimmer 100 Musterzimmer Salon und Speisezimmer Schlafzimmer stehen zur gefälligen Ansicht ohne Kaufzwang...

Eine nationale Tat.

Ich halte es für eine geradezu nationale Tat, daß in unserem nervösen Zeitalter ein Genußmittel geboten ist, das die schwere Schädigung des Coffeins vermeidet...

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei. Dünne Zettel die bequemste u. wirksamste Hilfe...

Eheleute

verlangen illustrierte Prospekte vom Versandhaus „Komet“ Rixdorf.

Hilsebein Weißbierbrauerei



Aktiengesellschaft BERLIN O. 17 Koppenstr. 68/69 Fernspr. VII 2821

empfehlen ihr anerkannt vorzügliches, aus bestem Malz und Hopfen hergestelltes Prima Berliner Tafel-Weißbier...

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (festgedruckt) 20 Pfg. Stellenanzeige und Schlußzeilen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (festgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalverkauf. Restbestände Tuch- und Wollwaren, Garnitur 2,65, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75, 8,50, 9,50 usw.

Wandbilder mit Gipsbild und feiner Spinnweb an Gipswandmalerei verkauft Schade, Großgörschenstr. 35.

1000 neue Nähmaschinen. Prima Langschiff für Familie 55 Mark, Abzahlung 75 Mark ohne Anzahlung.

Auf Teilzahlung Möbel-Einrichtung. Stuhl und Küche, 15 Mark. Verleihen gemessene Möbel (spottbillig).

Möbel. In meiner seit 1880 bestehenden Möbel-Fabrik, Giesensstr. 15, am Döllischen Tor...

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Werführer, Genossen, verheiratet, einmonatig...

Geschäftsverkäufe.

Schönheits-Verkauf. Friseur (Krankheit), Spottpreis 1500, Schulze/Hilse 500.

Wandbilder. Verleihen gemessene Möbel (spottbillig). Stuhl und Küche, 15 Mark.

Möbel. Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas...

Wichtige Gelegenheits! Wenig gebrauchte, gut erhaltene Möbel, auch neue, einfache, elegante, belassen gemessen, verfallene (spottbillig).

Musik. Piano, gut erhalten, Blüthner, 350,00, zu verkaufen Poststraße 45, vom 1. 11/15

Redakteur 289/14. per 1. November od. später für den gemeinschaftlichen und kommunalpolitischen Teil der „Vorkämpfer“...

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. H. Gahnisch, Auguststr. 50. W. G. Schmidt, Reichstr. 14. O. W. Mann, Petersburger Platz 4.

Wandbilder. Verleihen gemessene Möbel (spottbillig). Stuhl und Küche, 15 Mark. Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen...

Möbel. Gebrauchte Möbel aus Versteigerungen, Schränke, Vertikos, Tische, Sofas, Schreibröhre, Bücherregale...

Musik. Piano, gut erhalten, Blüthner, 350,00, zu verkaufen Poststraße 45, vom 1. 11/15. Violinunterricht (neu, doppelt über die Methode bis zur Vollendung)...

Verschiedenes. Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, Einzelstunden und im Hotel...

Chauffeurschüler! Warnung! Allen denjenigen Personen, welche beschäftigt sind, den Chauffeurberuf zu erlernen...